

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einleitung	3
2 Ausbildungsmarktsituation 2011	7
2.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Ausbildungsbilanz zum 30. September	7
2.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach strukturellen Merkmalen	11
2.3 Prognose	18
2.4 Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens	19
2.5 Aktuelle Herausforderungen	20
2.6 Statistiken zur Berufsausbildung	33
3 Berufsbildungspolitische Maßnahmen und Programme	35
3.1 Duale Ausbildung stärken, Berufsorientierung ausbauen, Ausbildungsreife sicherstellen, Übergänge in Ausbildung erleichtern, Ausbildungsabschlüsse und damit Fachkräftenachwuchs sichern ...	36
3.1.1 Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs	36
3.1.2 Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife von Jugendlichen, individuelle Begleitung von Jugendlichen	37
3.1.3 Maßnahmen und Programme zur Optimierung des Übergangsmanagements, des Übergangsbereichs und innovative Ansätze zur Nachqualifizierung	42
3.1.4 Weitere Maßnahmen und Programme zur Stärkung der dualen Ausbildung	46
3.2 Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern, Durchlässigkeit im Bildungssystem voranbringen ...	50

	Seite
3.2.1 Maßnahmen und Programme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	50
3.2.2 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen	54
3.2.3 Maßnahmen und Programme zur Förderung der Durchlässigkeit im Bildungssystem	55
3.3 Zukunftsorientierung des Berufsbildungssystems	57
3.3.1 Neue und modernisierte Ausbildungsordnungen	58
3.3.2 Neue und modernisierte Fortbildungsordnungen	58
3.3.3 Berufsbildungsforschungsinitiative des BMBF	59
3.3.4 Früherkennung von Qualifikationsbedarf	59
3.3.5 Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung – ASCOT	61
4 Stand und Perspektive der beruflichen Bildung in der internationalen Zusammenarbeit	61
Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012	69
Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012	69
Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012	71
Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012	75

1 Einleitung

Erfreuliche Ausbildungsmarktentwicklung 2011 – Politische Priorität auf der Öffnung, Durchlässigkeit und Attraktivität der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung in Deutschland mit ihrem dualen System als tragende Säule stößt international auf weiter wachsende Wertschätzung und verstärkte Nachfrage und hat gerade in jüngster Zeit in der europäischen Zusammenarbeit eine neue Orientierungsrolle für andere Staaten übernommen. Die neuen EU-Zielsetzungen in der beruflichen Bildung bis 2020, die primär auf nationale Systemreformen gerichtet sind, setzen auf das duale Prinzip, auf die enge Verzahnung von Schule und Wirtschaft und die Arbeitsmarktrelevanz der Ausbildung.

Gründe dafür sind nicht nur die relative Stabilität des dualen Systems im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern auch das Spitzenranking Deutschlands bei der Jugendarbeitslosigkeit¹, beim hohen Qualifikationsniveau und beim guten Übergang in den Arbeitsmarkt nach der Ausbildung. Mehrere EU-Staaten, darunter Schweden, Ungarn und Rumänien, haben Reformschritte in Richtung der dualen Ausbildung eingeleitet. Und auch die in der Vergangenheit stark auf tertiäre Ausbildungen fokussierte OECD hat eindrucksvoll in einer internationalen OECD-Vergleichsstudie die Leistungsfähigkeit des dualen Systems unterstrichen und zugleich eine weitere internationale Studie zur Leistungsfähigkeit beruflicher Weiterbildung lanciert.

Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum 2011, der demografisch bedingte Bewerberrückgang und die erfolgreiche Arbeit des Nationalen Ausbildungspaktes von Bundesregierung, Ländern und Wirtschaft haben den Ausbildungsmarkt in Deutschland weiter zugunsten der jungen, ausbildungssuchenden Menschen verbessert. Zunehmend können Unternehmen inzwischen ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen. Dies gilt besonders für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU).

Bundesweit wurden vom 1. Oktober 2010 bis zum 30. September 2011 570 140 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,8 Prozent (Vorjahr: 559 960). Der Anstieg der betrieblichen Ausbildungsverträge lag dabei noch deutlich höher (+4 Prozent im Vergleich zu 2010, was in der Gesamtbilanz allerdings wegen des zeitgleich bewussten Zurückfahrens der geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsplatzangebote nicht sichtbar wird). Erneut gab es zudem zum Ende des Ausbildungsjahres mehr unbesetzte Ausbildungsstellen (Zuwachs um 51,4 Prozent auf 29 689 in 2011) als unversorgte Bewerber und Bewerberinnen (2011: 11 550, 2010: 12 255).

Im Rahmen der im Nationalen Ausbildungspakt vereinbarten Nachvermittlung nach dem 30. September 2011

wurde jedem erschienenen Jugendlichen² mindestens ein Qualifizierungsangebot unterbreitet. Verstärkt wurden Bewerber und Bewerberinnen in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen angesprochen, die bereits ein anderes Bildungsangebot aufgenommen, aber ihren Wunsch nach Vermittlung in Ausbildung aufrechterhalten hatten, oder die bereits für eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme angemeldet waren.

Der spürbar zunehmende Wettbewerb um die Schulabgänger und Schulabgängerinnen stärkt deren Marktposition und Auswahlmöglichkeiten. Die Zahl junger Menschen im Übergangsbereich ist entsprechend deutlich rückläufig (Rückgang um 123 353 beziehungsweise 29,5 Prozent gegenüber 2005), auch die Zahl der Altbewerber und Altbewerberinnen³ hat stark abgenommen (Rückgang um 5,7 Prozent auf 174 285 im Vorjahresvergleich).

Trotz dieser guten Ausbildungsmarktentwicklung besteht allerdings weiter Handlungsbedarf. Der demografisch bedingte Rückgang an Schulabgängern und Schulabgängerinnen verschärft den schon heute in Teilbereichen der Wirtschaft absehbaren Fachkräftemangel. Das Wirtschaftswachstum 2012 wird sich nach der Prognose der Bundesregierung gegenüber dem Vorjahr abschwächen. Und eine große Zahl junger Menschen hat trotz insgesamt guter Ausbildungsmarktlage nach wie vor Schwierigkeiten beim Übergang in eine berufliche Ausbildung und braucht hierbei weiter Unterstützung. Die Bundesregierung setzt auf das duale System der Berufsausbildung als wichtiges Instrument der Fachkräftesicherung. Daher muss sich das duale System auch neuen Entwicklungen anpassen, es muss durch Strukturreformen fortentwickelt und zukunftsfest gemacht werden. Wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen, auf die wir auch über das duale System und seine Ausgestaltung Antworten geben müssen:

- Höherer Qualifikationsbedarf in Folge veränderter Arbeitsanforderungen (laut CEDEFOP überproportionaler Anstieg von Arbeitsplätzen mit sehr hohem Qualifikationsniveau auf 34 Prozent bis 2020 (2007: 26 Prozent), Rückgang von Arbeitsplätzen mit geringerem Qualifikationsniveau von 27 Prozent auf 18 Prozent⁴)
- Verschiebung zwischen den Wirtschaftsbereichen, anteiliger Aufwuchs des Dienstleistungssektors und neuer Branchen noch ohne hinreichende Ausbildungskultur
- Veränderung der Bildungsströme in den Bereichen beruflicher und akademischer Bildung, demografisch be-

¹ Laut EuroSTAT verzeichnete Deutschland mit 7,8 Prozent im Dezember 2011 die niedrigste Arbeitslosenquoten bei den unter 25-jährigen (zum Vergleich EU27 22,1 Prozent, Euroraum 21,3 Prozent, höchste Quoten: Spanien 48,7 Prozent, Griechenland 47,2 Prozent).

² „Jugendliche“ wird in diesem Bericht synonym mit „jungen Menschen“ gebraucht. Der Begriff bezieht sich nicht auf eine juristische Definition oder eine konkrete Altersspanne.

³ Hier definiert als bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Bewerber und Bewerberinnen, die in mindestens einem der letzten fünf Berichtsjahre schon mal Bewerber beziehungsweise Bewerberin waren (ohne Angaben der zugelassenen kommunalen Träger), vergleiche auch Kapitel 2.5.

⁴ Vergleiche www.cedefop.europa.eu/EN/Files/8016_de.pdf

dingter Rückgang der Ausbildungsnachfrage und zunehmende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung

- Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Arbeits- und Bildungsraums mit mittelbaren Strukturwirkungen auf das nationale Berufsbildungssystem

Besonders wird die demografische Entwicklung, die aktuell auf dem Ausbildungsmarkt eine entlastende Wirkung hat, für die Berufsbildung, die künftige Berufsbildungsinfrastruktur und die Fachkräftesicherung in Deutschland eine große Herausforderung sein.

Bis 2030 wird die Altersgruppe junger Menschen zwischen 17 und 25 Jahren um rund ein Fünftel schrumpfen.⁵ Gleichzeitig verändern sich die Bildungsentscheidungen der Jugendlichen. Der Trend zu höheren Schulbildungsabschlüssen hält an, die Studiengangreformen erhöhen die Attraktivität der akademischen Ausbildung. Die Konkurrenz zwischen dualer Ausbildung und Hochschulausbildung nimmt zu.

Zur Stärkung der dualen Ausbildung und zur Verbesserung der Übergänge hat die Bundesregierung bereits in den vergangenen Jahren gezielte Bundesinitiativen und -programme auf den Weg gebracht. Zudem hat die Bundesregierung mit der Bekräftigung des 10-Prozent-Ziels für Investitionen in Bildung und Forschung neue Maßstäbe gesetzt und investiert in der laufenden Legislaturperiode rund 12 Milliarden Euro zusätzlich in diese zentralen Zukunftsbereiche. In diesem Zusammenhang wurden die Mittel für Berufsbildung deutlich gesteigert und bewusst ein Schwerpunkt auf die Verbesserung der Übergänge und der Durchlässigkeit gelegt. Neben der finanziellen Steigerung der Bildungsinvestitionen stehen dabei qualitative und strukturelle Verbesserungen des Bildungssystems im Vordergrund.

Die politischen Prioritäten im Jahr 2011 lagen auf fünf Bereichen:

- 1) Abbau des Übergangsbereichs; Verzahnung von Übergangsbereich und dualer Ausbildung

Der Nationale Ausbildungspakt hat neben den quantitativen Zielen zur Ausbildungsplatzsicherung 2011 die Verbesserung des Übergangs von Schule in Ausbildung und die Optimierung des Übergangsbereichs als Schwerpunkt gesetzt und mit neuen Maßnahmen wie der Initiative Bildungsketten und der Stärkung der betrieblichen Ausbildungsvorbereitung (über Einstiegsqualifizierungen, Einstiegsqualifizierungen plus und ausbildungsbegleitende Hilfen) flankiert. Dies wird auch 2012 ein Schwerpunkt des Nationalen Ausbildungsabkommens sein.

Die BMBF-Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ wurde 2011 forciert. Sie hat die präventive und ganzheitliche Sicherung des Bildungserfolgs junger Menschen, insbesondere aus Haupt- und Förderschulen sowie die sukzessive Schaffung einer

strukturierten und kohärenten Förderpolitik von Bund und Ländern im Übergangsbereich zum Ziel. Für die BMBF-Förderung ist ein Mitteleinsatz von rund 460 Millionen Euro geplant.

Der Programmteil der Initiative Bildungsketten mit seinen drei verzahnten Instrumenten Potenzialanalysen, Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung wurde deutlich ausgebaut, die systematische und langjährige Begleitung junger Menschen ab der Vorabgangsklasse bis in die berufliche Ausbildung hinein verstärkt.

Zudem wurde die Förderung von Berufseinstiegsbegleitern und Berufseinstiegsbegleiterinnen durch das Arbeitsförderungsrecht fortgeführt.

Insgesamt (BA-Förderung und Bildungsketten) wurden 2011 an 2 000 Schulen rund 1 900 hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen für rund 38 000 Schüler und Schülerinnen eingesetzt.

Im Rahmen der Bildungsketten-Initiative und des betreffenden Berufsorientierungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurden zudem 2011 rund 120 000 Schüler und Schülerinnen ab der 8. Klasse in Berufsorientierungsmaßnahmen gefördert. Zudem wurden mit BMBF-Unterstützung rund 1 000 Senior Experten und Expertinnen für die ehrenamtliche Begleitung von Auszubildenden und Schülern und Schülerinnen gewonnen.

In der 2011 eingesetzten Begleitgruppe zur der Initiative „Bildungsketten“ haben Bund und Länder Vereinbarungen zu Qualitätsstandards und zur kohärenten Umsetzung der Instrumente getroffen. Zugleich erfolgt der Transfer erfolgreicher einzelner Länderkonzepte über Ländergrenzen hinweg. Somit leistet die Bund-Länder-Begleitgruppe einen wesentlichen Beitrag zu mehr Synergie und Effizienz in der Ausgestaltung von Maßnahmen. Das BMBF hat 2011 zusätzlich bilaterale Bund-Länder-Vereinbarungen zur flächendeckenden Verankerung von Bildungsketten-Instrumenten im Regelsystem mit den Ländern Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Bayern abgeschlossen beziehungsweise vorbereitet. Dieser Prozess wird 2012 mit den Ländern fortgesetzt.

Die Bundesregierung hat 2011 in einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) die Kohärenz der Förderinstrumente der Bundesressorts im Übergangsbereich zur beruflichen Bildung überprüft und einen neuen Frühwarn- und Koordinierungsprozess für künftige Bundesprogramme sowie allgemeine Kriterien vereinbart, an denen sich die Bundesressorts bei künftigen Programmen und Rechtsänderungen im Arbeitsförderungsrecht orientieren sollen.⁶

⁵ Vergleiche www.bmbf.de/pub/auswirkungen_demografische_entwicklung_berufliche_ausbildung.pdf

⁶ Der Abschlussbericht ist auf den Internetseiten des BMAS abrufbar: www.bmas.de/DE/Themen/Aus-und-Weiterbildung/Ausbildungsforderung/inhalt.html

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden zudem in die SGB-Instrumentenreform eingebracht: zum einen wurden Förderinstrumente reduziert beziehungsweise gebündelt, zum andern wurden bewährte Instrumente (Berufseinstiegsbegleitung, Berufsorientierungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung) als gesetzliche Leistungen verankert und im Sinne des Bildungskettenansatzes miteinander verzahnt.

Die Bundesregierung wird im Jahr 2012 mit den Ländern einen strukturierten Abstimmungsprozess zur künftigen Anpassung beziehungsweise Förderung von Maßnahmen im Übergangsbereich durchführen und dabei auch die künftige Förderung aus Bundes- und Länderprogrammen zum Europäischen Sozialfonds einbeziehen.

Zur Optimierung des Übergangsbereichs vor Ort wurde 2011 die BMBF-Initiative „Regionales Übergangsmanagement“ in 55 Kommunen fortgesetzt. Ziel ist jeweils die Verbesserung der regionalen Datenlage und Transparenz, die Systematisierung und Abstimmung von Förderangeboten und die Stärkung der Kooperation aller relevanten Bildungsakteure im Übergangsbereich.

Die Bildungsketten-Initiative wird flankiert durch den Einsatz bundesweit standardisierter Ausbildungsbausteine in 14 Berufen. Das BMBF prüft, in 2012 in 15 bis 20 weiteren Ausbildungsberufen Ausbildungsbausteine zu schaffen.

Der Hauptausschuss des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) hat 2011 Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf erarbeitet und darin die Bedeutung individueller Förderung, auch unter aktiver Nutzung von Ausbildungsbausteinen, und den Vorrang regulärer betrieblicher Ausbildung betont.

Die Analysemöglichkeiten der Entwicklungen im Übergangsbereich wurden durch die vom BMBF geförderte integrierte Ausbildungsberichterstattung weiter verbessert. Nach aktuellen Szenarienberechnungen des BIBB wird der Übergangsbereich weiter deutlich rückläufig sein. Allerdings wird er auch unter günstigsten Voraussetzungen weiterhin, wenn auch auf niedrigem Niveau, Bestand haben, weshalb auch künftig die Effizienzsteigerung der betreffenden Förderinstrumente im Vordergrund stehen muss.

2) Attraktivitätserhöhung der dualen Berufsausbildung

Neben der Stärkung der Integrationskraft des dualen Systems stand 2011 das Ziel im Vordergrund, das duale System zugleich durch Innovation und Attraktivitätserhöhung gezielter für leistungsstarke junge Menschen zu öffnen.

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, qualitativ hochwertige Ausbildungsangebote und gut qualifizierte Fachkräfte sowohl im Bereich der beruflichen Bildung als auch im Bereich der Hochschulen zu erhalten. Der Wettbewerb der beruflichen Bildung mit den Hochschulen wird dabei stärker. Die Zahl der Studienanfänger und Studienanfängerinnen hat 2011 eine

neue Rekordhöhe erreicht: 55 Prozent des Altersjahrgangs haben 2011 ein Studium aufgenommen⁷ (2005: 37 Prozent). Die neue Studienstruktur mit hohem Praxisbezug (Bachelor) wird in den Hochschulen in der Breite umgesetzt. Das duale System, in das traditionell knapp zwei Drittel eines Altersjahrgangs mündeten und das einen Auszubildendenanteil mit Abitur von rund 20 Prozent hat, muss seine Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Es muss zum zentralen Zeitpunkt der Entscheidung der Jugendlichen für die duale Ausbildung oder für Bildungsalternativen attraktive Zusatzangebote vorhalten, um sie für das duale System zu gewinnen. Ansatzpunkte hierfür sind die Verzahnung von Aus- und Fortbildung und die Ausschöpfung der noch weithin ungenutzten rechtlichen Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes, normierte Zusatzqualifikationen neben dem bereits bestehenden Angebot an regionalen und sektoralen Zusatzqualifikationen zu schaffen und breit einzusetzen.

Zur Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung hat das BMBF gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und mit Unterstützung der Pakt-Partner im Herbst 2011 eine bundesweite Kampagne „Berufliche Bildung – Praktisch unschlagbar“ gestartet. Mit vielfältigen Instrumenten, bundesweiten Infotouren und Plakataktionen, jugendadäquaten Ansprachen über soziale Medien, gezielten Infokampagnen zu attraktiven Ausbildungsberufen und zu Förderangeboten der Bundesregierung bis hin zu Internet-Beratungsplattformen sollen besonders auch leistungsstarke junge Menschen für die berufliche Aus- und Weiterbildung interessiert und gewonnen werden.

Die Kampagne wird einen Höhepunkt finden in der vom BMBF geförderten Ausrichtung der Berufsweltmeisterschaft Worldskills im Juli 2013 in Leipzig, auf der sich die besten Auszubildenden aus 60 Ländern aller Weltregionen in rund 45 Berufen messen werden. Das fachliche Rahmenprogramm zur Berufsweltmeisterschaft wird mit einer Vielzahl von nationalen und internationalen Treffen und Konferenzen unter dem Leitmotiv der Attraktivität, Exzellenz und Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung stehen.

Die Verbesserung der Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung in den Hochschulbereich ist ein weiteres wichtiges Handlungsfeld zur Attraktivitätssteigerung beruflicher Bildung. Der Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Zugang beruflicher Qualifizierter zu Hochschulen bietet hierfür eine gute Grundlage. Das BMBF hat den Ausbau von Aufstiegsstipendien und die Förderung spezifischer berufs begleitender Studienangebote für berufliche Qualifizierte ohne Abitur an den Hochschulen vorangetrieben und Initiativen zur Anrechenbarkeit beruflicher Vorqualifikationen auf das Hochschulstudium verstärkt.

⁷ Eine wesentliche Ursache für den gegenüber 2010 (45 Prozent) zuletzt besonders starken Anstieg um 10 Prozentpunkte sind die doppelten Abiturientenjahrgänge.

3) Qualitätssicherung, Differenzierung und Flexibilisierung der beruflichen Bildung

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld war 2011 die Qualitätssicherung, Differenzierung und Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung selbst. Das BMBF hat hierzu Initiativen zur Qualitätssicherung des Prozesses der dualen Ausbildung, zur Qualifizierung der Ausbilder, zur systematischen Verbindung von artverwandten Berufen in Berufsgruppen und zum leichteren Quereinstieg in das duale System durch bessere Instrumente zur Bewertung und Anrechnung von anderweitig erworbenen Vorkenntnissen, auch und gerade von Migranten und Migrantinnen, vorangetrieben. Der BMBF-Gesetzesentwurf zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen wurde 2011 vom Parlament verabschiedet und tritt am 1. April 2012 in Kraft. Die Umsetzung und die Schaffung entsprechender Beratungs- und Bewertungsstrukturen sind angelaufen.

Weiterhin standen 2011 die Modernisierung von 15 Aus- und 5 Fortbildungsbildungsordnungen, die Kompetenzorientierung von Ausbildungsordnungen zur künftigen Umsetzung des lernergebnisorientierten Deutschen Qualifikationsrahmens, Maßnahmen zur Früherkennung des Qualifikationsbedarfs und Fördermaßnahmen des BMBF zur Qualitätssicherung im Ausbildungsprozess im Vordergrund.

4) Berufliche Weiterbildung

Längere Lebensarbeitszeiten, die immer kürzere Halbwertszeit des Wissens, ein häufiger Berufswechsel sowie die im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung trotz drohendem Fachkräftemangel in Deutschland sind Ausgangspunkte für die Überlegungen zu einer Beruflichen Weiterbildungsinitiative, die 2011 mit der Vorbereitung einer Fachkampagne des BMBF zur Stärkung der betrieblichen Weiterbildung eingeleitet wurde. Die Fachkampagne steht in engem Kontext zur übergreifenden Informationsoffensive „Berufliche Bildung – Praktisch unschlagbar“ und wird ab März 2012 umgesetzt. Diese dient der Stärkung der betrieblichen Weiterbildung und wird fachpolitische Veranstaltungen, Online-Beratungsangebote, Publikationen und zielgruppenspezifische Information und Werbung umfassen.

Um individuelle berufliche Weiterbildung zu fördern, hat das BMBF das erfolgreiche Projekt „Bildungsprämie“ um zwei Jahre verlängert. Ziel ist es, auch diejenigen zu mobilisieren, die aus finanziellen Gründen bisher von beruflicher Weiterbildung ausgeschlossen waren.

Die Bundesregierung hat 2011 zudem ein Konzept zur Fachkräftesicherung in Deutschland beschlossen. Die Nutzung und Förderung inländischer Potenziale steht dabei im Vordergrund, sie wird um qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland ergänzt. Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung beschreibt entlang von fünf Überschriften konkrete Maßnahmen, die verstärkt oder neu ins Leben gerufen werden:

1. Aktivierung und Beschäftigungssicherung
2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
3. Bildungschancen für alle von Anfang an
4. Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung
5. Integration und qualifizierte Zuwanderung

Im Kontext der Fachkräftesicherung hat die Bundesregierung 2011 zudem eine neue Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege erarbeitet, die gemeinsam mit Ländern und Verbänden im Frühjahr 2012 unterzeichnet und umgesetzt werden soll. Ziel ist es, im Rahmen von zehn – vom Ausbau von Ausbildungskapazitäten bis zur verbesserten Anerkennung ausländischer Pflegequalifikationen reichenden – Handlungsfeldern dem absehbaren Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegenzuwirken.

5) Internationale Öffnung der Berufsbildung

Das deutsche Berufsbildungssystem muss sich auch im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig erhalten.

Der internationale und besonders auch europäische Trend zur Outcome-Orientierung beruflicher Bildung statt der Input-Steuerung und -Betrachtung kommt dem dualen System dabei aus mehrfacher Sicht entgegen. Denn er ist verbunden mit einer stärkeren Arbeitsmarktorientierung von Qualifikationsanforderungen und erlaubt einen Vergleich von Kompetenzen, unabhängig von Bildungsinstitutionen und Diplomentypen, über die diese Ergebnisse formal erreicht wurden. Damit ist potenziell die Chance verbunden, Qualifikationen, die in Deutschland nichtakademisch, in anderen Staaten aber akademisch vermittelt werden, zu vergleichen und gegebenenfalls auch gleichzustellen.

Die wichtigsten EU-Initiativen, an denen das BMBF 2011 mitgewirkt und sie jeweils national im Sinne einer symbiotischen Entwicklung flankiert hat, waren in 2011

- der Europäische Qualifikationsrahmen und der Deutsche Qualifikationsrahmen
- das Europäische Leistungspunktesystem ECVET und die BMBF-Initiative zu einem deutschen Creditsystem DECVET sowie die Initiative zur Förderung von Ausbildungsbausteinen
- die neue EU-Initiative ESCO, mit der eine gemeinsame europäische Taxonomie von Berufen, Kompetenzen und Qualifikationen und damit eine gemeinsame Sprache zwischen Arbeitsmarkt und Bildungswelt geschaffen werden soll
- die EU-Initiative EQAVET zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung und das deutsche Pendant DEQA-VET
- die EU-Outcome-Orientierung und die 2011 gestartete nationale Forschungsinitiative zur lernergebnisorientierten Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung des BMBF

- Die Steigerung der transnationalen Mobilität von Auszubildenden in der beruflichen Bildung und die Förderung entsprechender Beratungsstrukturen bei den Kammern
- die Weltmeisterschaft der Berufe (WorldSkills), die Stärkung der Berufswettbewerbsinfrastruktur in Deutschland und die Vorbereitung der Berufe-Weltmeisterschaft 2013 in Leipzig.

National von besonderer Bedeutung war 2011 die Abstimmung des bildungsbereichsübergreifenden, achtstufigen Deutschen Qualifikationsrahmens zwischen Bund, Ländern, Hochschulen und Sozialpartnern, zu dem Anfang 2012 eine politische Einigung erreicht wurde. Dabei ist es gelungen, eine gleichwertige Einstufung von Meistern/Technikern und dem Hochschulabschluss Bachelor auf Niveaustufe 6 zu erreichen. Für die berufliche Erstausbildung wird eine Zuordnung auf Niveau 4 (3- und 3 ½-jährige Ausbildungen) vorgenommen. 2-jährige Ausbildungen sind auf Niveau 3 angesiedelt. In der gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und Sozialpartnern wurde vorerst auf eine Einbeziehung allgemein bildender Bildungsabschlüsse in den Deutschen Qualifikationsrahmen verzichtet.⁸

2 Ausbildungsmarktsituation 2011

Insgesamt hat sich die Ausbildungsmarktsituation für Jugendliche 2011 weiter verbessert. Erfreulicherweise ist das Ausbildungsangebot⁹ gegenüber dem Vorjahr um +20 264 beziehungsweise +3,5 Prozent auf 599 829 angestiegen. Das betriebliche Ausbildungsangebot¹⁰ hat sich sogar um +30 813 beziehungsweise +5,7 Prozent verbessert. Der Ausbildungsmarkt hat dabei auch von der guten konjunkturellen Entwicklung profitiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung wieder kräftig zu. So stieg das Bruttoinlandprodukt (BIP) im ersten Quartal 2011 um +5,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr, auch das zweite (+3,0 Prozent) und dritte (+2,5 Prozent) Quartal verzeichneten Anstiege.¹¹

Auf der anderen Seite zeigen sich die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Ausbildungsmarkt immer deutlicher. Die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen – Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – ist weiter zurückgegangen (-19 699 beziehungsweise -3,5 Prozent verglichen mit 2010). Seit 2005 ist hier ein Rückgang um mehr als -154 000 zu verzeichnen. Die doppelten Abiturientenjahrgänge in Niedersachsen und Bayern sowie die Ausset-

zung des Wehr- und Zivildienstes haben dem Ausbildungsmarkt zwar zusätzliche Nachfrageimpulse gegeben, quantitativ fielen diese aber insgesamt betrachtet nur in geringem Maße ins Gewicht.¹² Letztendlich war es für die Betriebe noch schwieriger als in den Vorjahren, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen.

Nach wie vor gibt es aber auch noch eine erhebliche Zahl von Bewerbern und Bewerberinnen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht sofort gelingt. Betroffen sind zum Beispiel sogenannte Altbewerber und Altbewerberinnen oder auch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Gegenüber den Vorjahren konnten hier aber Verbesserungen erzielt werden.

Im Rahmen von Kapitel 2 wird die Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt beschrieben und weiterer Handlungsbedarf identifiziert, damit alle vorhandenen Potenziale für die Berufsausbildung und somit auch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland genutzt werden können.

2.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Ausbildungsbilanz zum 30. September

Anstieg in den alten Ländern, demografisch bedingter Rückgang in den neuen Ländern

Nach den Ergebnissen der Erhebung des BIBB bei den zuständigen Stellen wurden im Zeitraum vom 1. Oktober 2010 bis 30. September 2011 bundesweit 570 140 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das sind +10 180 beziehungsweise +1,8 Prozent mehr als 2010.¹³

Besonders erfreulich ist, dass der Anstieg auf die betrieblichen Ausbildungsverträge insbesondere in den alten Ländern zurückzuführen ist (vergleiche Kapitel 2.2). Mit insgesamt 485 645 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden hier +17 348 (+3,7 Prozent) Verträge mehr abgeschlossen als 2010 (468 297).

In den neuen Ländern sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -7 168 beziehungsweise -7,8 Prozent auf 84 495 (2010: 91 663). Dies ist kein Indiz für eine Verschlechterung der Ausbildungsmarktsituation aus Sicht der Jugendlichen, vielmehr spiegeln sich hier die Folgen der demografischen Entwicklung wider. Bei den Schulabgängern und Schulabgängerinnen ist gegenüber 2010 ein weiterer Rückgang zu verzeichnen (rund -8 800 beziehungsweise -8,0 Prozent auf rund 102 100). Wie stark der Rückgang ist, zeigt ein Blick in die Vergangenheit: 2000 hatte es noch mehr als doppelt so viele Schulabgänger und Schulabgängerinnen in den neuen Ländern gegeben (rund 235 000).

⁸ Vergleiche http://www.bmbf.de/pubRD/Erklaerung_Spitzengespraech_KMK_BMBF31_1_12logos.pdf

⁹ Das Ausbildungsangebot errechnet sich aus den 570 140 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen aus der BIBB-Erhebung zum 30. September und den 29 689 bei der BA gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätzen (vergleiche Kapitel 2.1).

¹⁰ Ohne überwiegend öffentlich finanzierte „außerbetriebliche“ Ausbildungsangebote. 2010: 538 522, 2011: 569 335.

¹¹ Vergleiche Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 435 vom 24. November 2011, abrufbar unter www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Presse/Pressemittelungen/Pressemittelungen.psm1

¹² Dies ist darauf zurückzuführen, dass Abiturienten und Abiturientinnen nur zu einem geringeren Anteil an der Aufnahme einer dualen Berufsausbildung interessiert sind. So planten nach Ergebnissen der BIBB-Schulabgängerbefragung nur gut ein Fünftel der Abiturienten und Abiturientinnen die unmittelbare Aufnahme einer dualen Berufsausbildung (vergleiche auch Kapitel 2.3).

¹³ Aufgrund von Korrekturmeldungen in den Bereichen Öffentlicher Dienst und Freie Berufe hat das BIBB eine Revision der 2010er Daten vorgenommen. Insofern kommt es zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen.

Mehr unbesetzte Berufsausbildungsstellen als unversorgte Bewerber und Bewerberinnen

29 689 der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Berufsausbildungsstellen waren im September 2011 noch unbesetzt. Das sind +10 084 beziehungsweise +51,4 Prozent mehr als im September 2010. Erstmals fällt der Anstieg in den alten Ländern (+54,0 Prozent beziehungsweise auf 24 398) höher aus als in den neuen Ländern (+41,3 Prozent auf 5 177). Hier zeigt sich, dass auch zunehmend Betriebe in den alten Ländern Schwierigkeiten haben, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen.

Bei den unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen¹⁴ zeichnete sich ein günstigeres Bild als im Vorjahreszeitraum ab. 11 550 Bewerber und Bewerberinnen waren im September 2011 noch unversorgt (-705 beziehungsweise -5,8 Prozent verglichen mit 2010). Der Rückgang ist insbesondere auf die neuen Länder zurückzuführen (-17,8 Prozent auf 3 090). In den alten Ländern lag die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen mit 8 456 geringfügig (-0,4 Prozent) unter dem Vorjahresniveau.

Der Überhang an Stellen gegenüber dem Vorjahr (+18 139) hat sich deutlich um +10 789 vergrößert (Stellenüberhang 2010: +7 350).¹⁵ Rein rechnerisch hätte somit 2011 jede der noch unbesetzten Ausbildungsstellen

mehr als zweimal besetzt werden können. Dass dies nicht gelang, ist zum Beispiel darauf zurückzuführen, dass Ausbildungswünsche der Jugendlichen und angebotene Ausbildungsstellen in beruflicher oder regionaler Hinsicht nicht übereinstimmen.¹⁶

Ausbildungsmarktbilanz

Insgesamt hat sich die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen 2011 weiter verbessert. Darauf deuten verschiedene Indikatoren¹⁷ zu Bewertung der Ausbildungsstellenmarktsituation hin:

Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)

In Anlehnung an § 86 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) wird das Angebot an Ausbildungsstellen ausgewiesen als die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge aus der BIBB-Erhebung zuzüglich der bei der BA gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsplätze. Die Nachfrage errechnet sich aus der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den bei der BA gemeldeten noch unversorgten Jugendlichen. Demnach betrug das Ausbildungsangebot 2011 599 829. Dies entspricht einem Anstieg um +20 264 beziehungsweise +3,5 Prozent. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen lag bei 581 690, +9 475 beziehungsweise +1,7 Prozent. Da das Angebot stärker gestiegen ist als die Nachfrage, hat sich die ANR gegenüber dem Vorjahr verbessert (vergleiche Übersicht 1). Sie lag bundesweit bei 103,1 (2010: 101,3). Die ANR fiel 2011 in den alten Ländern mit 103,2 (2010: 101,5) etwas günstiger aus als in den neuen Ländern mit 102,4 (2010: 99,9).

Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation

Mit der traditionellen Nachfragedefinition wird die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen nicht vollständig abgebildet. Berufsbildungsbericht und Nationaler Bildungsbericht weisen deshalb auch eine „erweiterte“ Nachfragedefinition aus, die neben den unversorgten Bewerbern auch Jugendliche einbezieht, die zwar eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (z. B. berufsvorbereitende Maßnahme, Praktikum), aber weiterhin eine Vermittlung in Ausbildung wünschen.¹⁸ Da ihre Zahl von 72 342 in 2010 auf 65 190 in 2011 gesunken ist, hat sich auch die erweiterte ANR gegenüber dem Vorjahr verbessert (vergleiche Schaubild 1). Ihrer Definition folgend fällt sie mit 92,7 (Vorjahr 89,9) ungünstiger aus als die „klassische“ ANR. Bei der erweiterten ANR zeichnet

¹⁴ Seit dem Berichtsjahr 2008/2009 weist die Statistik der BA bei den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen standardmäßig auch die Angaben der zugelassenen kommunalen Träger (zKT) mit aus. Die Gesamtsumme ergibt sich somit aus den Angaben der Arbeitsagenturen (AA), der Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung der Agentur für Arbeit und der Kommune (gE) und den Jobcentern zugelassener kommunaler Träger. Die Statistik der BA weist darauf hin, dass die Gesamtsumme aus zKT und AA/gE in geringem Umfang Überschneidungen enthält, also Bewerber und Bewerberinnen, die sowohl von AA/gE als auch von zKT bei der Ausbildungsstellensuche unterstützt und gemeldet wurden. Solche Überschneidungen entstehen etwa in Folge des Eintretens von Hilfebedürftigkeit im Sinne des zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), oder umgekehrt bei Wegfall der Bedürftigkeit. Sie sind also systemkonform. Ebenfalls zu beachten ist, dass die Angaben zu den gemeldeten Berufsausbildungsstellen bislang keine Daten aus zKT einhalten. Nach Einschätzung der Statistik der BA dürften bei den zKT aber nur wenige Ausbildungsstellen gemeldet sein, die nicht gleichzeitig auch bei den AA und gE erfasst sind. Die Statistik der BA geht deshalb davon aus, dass „keine nennenswerten Verzerrungen“ eintreten, wenn ausschließlich die bei AA und gE gemeldeten Berufsausbildungsstellen verwendet werden. Dagegen würde eine Berücksichtigung nur der bei den AA und gE gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen zu „ernsthaften Verfälschungen“ führen denn die Bewerber und Bewerberinnen bei zKT können der Ausbildungsvermittlung der BA i. d. R. nicht bekannt sein: (vergleiche Erläuterungen der BA zur Statistik in den jeweiligen Monatsheften zum Ausbildungsmarkt: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Ausbildungsstellenmarkt/zu-den-Daten/zu-den-Daten-Nav.html>). Von den zKT lagen zum Berichtsjahresende im September 2011 Meldungen über knapp 800 unbesetzte Berufsausbildungsstellen vor; die Anzahl der gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen lag bei über 21 000 Personen. Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht verkürzt von der BA gesprochen. Damit sind im Kontext Ausbildungsvermittlung die Agenturen für Arbeit und die Träger der Grundsicherung gemeint.

¹⁵ Über bei der BA gemeldete Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September und weiterem Vermittlungswunsch in Ausbildung informiert der folgende Abschnitt sowie (ausführlicher) Kapitel 2.5.

¹⁶ Vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A1

¹⁷ Das BIBB hat aktuell eine systematische Beschreibung der wichtigsten Indikatoren zur Berufs(aus)bildung vorgenommen, vergleiche www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

¹⁸ Zu berücksichtigen ist, dass diese erweiterte Nachfragedefinition als Kriterium allein den weiteren Vermittlungswunsch der Bewerber/Bewerberinnen zugrunde legt. Unter „Versorgungsaspekten“ ist längst nicht jeder dieser Jugendlichen ohne vollqualifizierende Ausbildung. So haben von den 65 190 Bewerbern/Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September und weiterem Vermittlungswunsch 5 980 eine bereits begonnene Ausbildung fortgesetzt, weitere 797 befanden sich in einem Studium.

Übersicht 1

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Angebot und Nachfrage 1992 bis 2011

	Neue Ausbildungsverträge	Unbesetzte Plätze	Unversorgte Bewerber/ Bewerberinnen	"Angebot"	"Nachfrage"	"Angebots-Nachfrage-Relation"	Entwicklung zum Vorjahr					
							Verträge		"Angebot"		"Nachfrage"	
							absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Bundesgebiet												
1992	595.215	126.610	12.975	721.825	608.190	118,7						
1993	570.120	85.737	17.759	655.857	587.879	111,6	-25.095	-4,2	-65.968	-9,1	-20.311	-3,3
1994	568.082	54.152	18.970	622.234	587.052	106,0	-2.038	-0,4	-33.623	-5,1	-827	-0,1
1995	572.774	44.214	24.962	616.988	597.736	103,2	4.692	0,8	-5.246	-0,8	10.684	1,8
1996	574.327	34.947	38.458	609.274	612.785	99,4	1.553	0,3	-7.714	-1,3	15.049	2,5
1997	587.517	25.864	47.421	613.381	634.938	96,6	13.190	2,3	4.107	0,7	22.153	3,6
1998	612.529	23.404	35.675	635.933	648.204	98,1	25.012	4,3	22.552	3,7	13.266	2,1
1999	631.015	23.439	29.365	654.454	660.380	99,1	18.486	3,0	18.521	2,9	12.176	1,9
2000	621.693	25.690	23.642	647.383	645.335	100,3	-9.322	-1,5	-7.071	-1,1	-15.045	-2,3
2001	614.236	24.535	20.462	638.771	634.698	100,6	-7.457	-1,2	-8.612	-1,3	-10.637	-1,6
2002	572.323	18.005	23.383	590.328	595.706	99,1	-41.913	-6,8	-48.443	-7,6	-38.992	-6,1
2003	557.634	14.840	35.015	572.474	592.649	96,6	-14.689	-2,6	-17.854	-3,0	-3.057	-0,5
2004	572.980	13.378	44.084	586.358	617.064	95,0	15.346	2,8	13.884	2,4	24.415	4,1
2005	550.180	12.636	40.504	562.816	590.684	95,3	-22.800	-4,0	-23.542	-4,0	-26.380	-4,3
2006	576.153	15.401	49.487	591.554	625.640	94,6	25.973	4,7	28.738	5,1	34.956	5,9
2007	625.885	18.359	32.660	644.244	658.545	97,8	49.732	8,6	52.690	8,9	32.905	5,3
2008	616.342	19.507	14.515	635.849	630.857	100,8	-9.543	-1,5	-8.395	-1,3	-27.688	-4,2
2009	564.307	17.255	9.603	581.562	573.910	101,3	-52.035	-8,4	-54.287	-8,5	-56.947	-9,0
Neue Zeitreihe einschließlich zkt												
2009	564.307	17.255	15.679	581.562	579.986	100,3						
2010	559.960	19.605	12.255	579.565	572.215	101,3	-4.347	-0,8	-1.997	-0,3	-7.771	-1,3
2011	570.140	29.689	11.550	599.829	581.690	103,1	10.180	1,8	20.264	3,5	9.475	1,7
Alte Länder												
1992	484.954	122.953	10.948	607.907	495.902	122,6						
1993	456.959	83.307	13.905	540.266	470.864	114,7	-27.995	-5,8	-67.641	-11,1	-25.038	-5,0
1994	435.388	52.462	16.902	487.850	452.290	107,9	-21.571	-4,7	-52.416	-9,7	-18.574	-3,9
1995	436.082	42.889	18.821	478.971	454.903	105,3	694	0,2	-8.879	-1,8	2.613	0,6
1996	434.648	33.642	23.896	468.290	458.544	102,1	-1.434	-0,3	-10.681	-2,2	3.641	0,8
1997	448.323	25.112	30.793	473.435	479.116	98,8	13.675	3,1	5.145	1,1	20.572	4,5
1998	468.732	22.775	22.297	491.507	491.029	100,1	20.409	4,6	18.072	3,8	11.913	2,5
1999	482.213	22.657	18.517	504.870	500.730	100,8	13.481	2,9	13.363	2,7	9.701	2,0
2000	483.082	24.760	14.214	507.842	497.296	102,1	869	0,2	2.972	0,6	-3.434	-0,7
2001	480.183	23.618	11.962	503.801	492.145	102,4	-2.899	-0,6	-4.041	-0,8	-5.151	-1,0
2002	447.426	17.123	13.180	464.549	460.606	100,9	-32.757	-6,8	-39.252	-7,8	-31.539	-6,4
2003	434.747	13.994	22.267	448.741	457.014	98,2	-12.679	-2,8	-15.808	-3,4	-3.592	-0,8
2004	448.876	12.533	29.319	461.409	478.195	96,5	14.129	3,2	12.668	2,8	21.181	4,6
2005	434.162	11.786	29.334	445.948	463.496	96,2	-14.714	-3,3	-15.461	-3,4	-14.699	-3,1
2006	452.215	13.556	33.237	465.771	485.452	95,9	18.053	4,2	19.823	4,4	21.956	4,7
2007	500.787	15.953	23.077	516.740	523.864	98,6	48.572	10,7	50.969	10,9	38.412	7,9
2008	502.604	16.664	10.154	519.268	512.758	101,3	1.817	0,4	2.528	0,5	-11.106	-2,1
2009	465.309	14.500	6.903	479.809	472.212	101,6	-37.295	-7,4	-39.459	-7,6	-40.546	-7,9
Neue Zeitreihe einschließlich zkt												
2009	465.309	14.500	11.259	479.809	476.568	100,7						
2010	468.297	15.844	8.494	484.141	476.791	101,5	2.988	0,6	4.332	0,9	223	0,0
2011	485.645	24.398	8.456	510.043	494.101	103,2	17.348	3,7	25.902	5,4	17.310	3,6
Neue Länder												
1992	110.261	3.657	2.027	113.918	112.288	101,5						
1993	113.161	2.430	3.854	115.591	117.015	98,8	2.900	2,6	1.673	1,5	4.727	4,2
1994	132.694	1.690	2.068	134.384	134.762	99,7	19.533	17,3	18.793	16,3	17.747	15,2
1995	136.692	1.325	6.141	138.017	142.833	96,6	3.998	3,0	3.633	2,7	8.071	6,0
1996	139.679	1.305	14.562	140.984	154.241	91,4	2.987	2,2	2.967	2,1	11.408	8,0
1997	139.194	752	16.628	139.946	155.822	89,8	-485	-0,3	-1.038	-0,7	1.581	1,0
1998	143.797	629	13.378	144.426	157.175	91,9	4.603	3,3	4.480	3,2	1.353	0,9
1999	148.802	782	10.848	149.584	159.650	93,7	5.005	3,5	5.158	3,6	2.475	1,6
2000	138.611	930	9.428	139.541	148.039	94,3	-10.191	-6,8	-10.043	-6,7	-11.611	-7,3
2001	134.053	917	8.500	134.970	142.553	94,7	-4.558	-3,3	-4.571	-3,3	-5.486	-3,7
2002	124.897	882	10.203	125.779	135.100	93,1	-9.156	-6,8	-9.191	-6,8	-7.453	-5,2
2003	122.887	846	12.748	123.733	135.635	91,2	-2.010	-1,6	-2.046	-1,6	535	0,4
2004	124.104	845	14.742	124.949	138.846	90,0	1.217	1,0	1.216	1,0	3.211	2,4
2005	116.018	850	11.154	116.868	127.172	91,9	-8.086	-6,5	-8.081	-6,5	-11.674	-8,4
2006	123.938	1.835	16.240	125.773	140.178	89,7	7.920	6,8	8.905	7,6	13.006	10,2
2007	125.098	2.338	9.576	127.436	134.674	94,6	1.160	0,9	1.663	1,3	-5.504	-3,9
2008	113.738	2.769	4.358	116.507	118.096	98,7	-11.360	-9,1	-10.929	-8,6	-16.578	-12,3
2009	98.998	2.644	2.697	101.642	101.695	99,9	-14.740	-13,0	-14.865	-12,8	-16.401	-13,9
Neue Zeitreihe einschließlich zkt												
2009	98.998	2.644	4.417	101.642	103.415	98,3						
2010	91.663	3.665	3.760	95.328	95.423	99,9	-7.335	-7,4	-6.314	-6,2	-7.992	-7,7
2011	84.495	5.177	3.090	89.672	87.585	102,4	-7.168	-7,8	-5.656	-5,9	-7.838	-8,2
Abweichungen in der Summe von "Alte Länder" und "Neue Länder" zum Bundesgebiet können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben. Bei den 2010er Daten kommt es aufgrund von Datenrevisionen zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen.												
Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).												

sich eine günstigere Ausbildungsmarktsituation in den neuen Ländern ab.¹⁹ Die erweiterte ANR betrug in den neuen Ländern 96,0 (Vorjahr 93,8) und in den alten Ländern 92,7 (Vorjahr 89,9).

Rechnerische Einmündungsquote

Die rechnerische Einmündungsquote (d. h. neu abgeschlossene Ausbildungsverträge je 100 Schulabgänger/Schulabgängerinnen) stellt eine starke Vereinfachung der Marktzusammenhänge dar, da sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht allein aus dem Kreis der aktuellen Schulabgänger und Schulabgängerinnen rekrutiert. In der Vergangenheit wurde argumentiert, dass der Vorteil dieser Größe darin besteht, dass die aktuellen Schulabgängerzahlen vergleichsweise gut mit dem Umfang eines Altersjahrgangs korrespondieren. Angesichts der doppelten Abiturientenjahrgänge in bevölkerungsreichen Bundesländern 2011 kann diese Argumentation nicht länger aufrecht erhalten werden, da die an einer dualen Ausbildung nur zu einem geringeren Anteil interessierten Abiturienten nun ein zu großes Gewicht erlangen. Die rechnerische Einmündungsquote hat folglich an Aussagekraft

¹⁹ Dies ist auf einen unterschiedlichen Umgang mit erfolglosen Jugendlichen und eine andere Förderpolitik zurückzuführen (neue Länder: mehr unversorgte Bewerber/Bewerberinnen, die dann in außerbetriebliche Ausbildung einmünden (; alte Länder: mehr alternativ verbliebene Bewerber/Bewerberinnen durch stärker ausgeprägten Übergangsbereich).

verloren. Aus Gründen der Kontinuität der Berichterstattung wird sie hier dennoch ausgewiesen (vergleiche Schaubild 2). 2011 lag die rechnerische Einmündungsquote bundesweit bei 65,9 (2010: 66,5). Als Folge des stärkeren demografischen Einbruchs fiel sie in den neuen Ländern mit 82,8 (2010: 82,6) deutlich günstiger aus als in den alten Ländern mit 63,6 (2010: 64,0).

Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)

2010 hat das BIBB einen neuen Indikator entwickelt. Bei der sogenannten „Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen“ wird die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September in Beziehung zu der Zahl aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen²⁰ gesetzt. Demnach ist für 2011 ein Anstieg der EQI auf 68,4 zu verzeichnen (2010: 66,3, vergleiche Schaubild 2). In den alten Ländern ver-

²⁰ Diese setzen sich zusammen aus der Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den gemeldeten Bewerbern abzüglich der gemeldeten Bewerber, die in eine Ausbildung eingemündet sind (andernfalls käme es zu Doppelzählungen). Die Quote bezieht sich auf alle jungen Menschen, die sich im Laufe des Berichtsjahres ausbildungsinteressiert gezeigt haben. Zum Stichtag 30. September hat allerdings ein Teil der im Laufe des Jahres gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen seinen Vermittlungswunsch aufgegeben beziehungsweise ist unbekannt verblieben. Darüber hinaus gibt es auch Bewerber und Bewerberinnen, die sich aus

Schaubild 1

Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, 2009 bis 2011

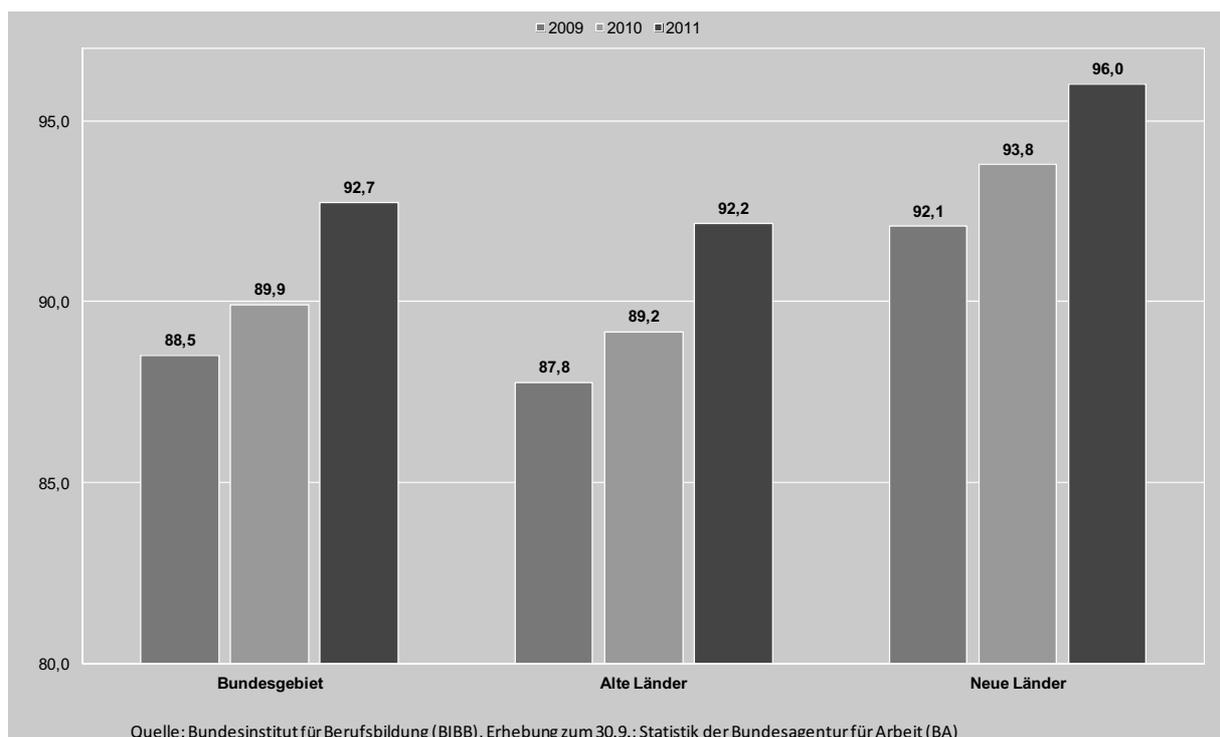
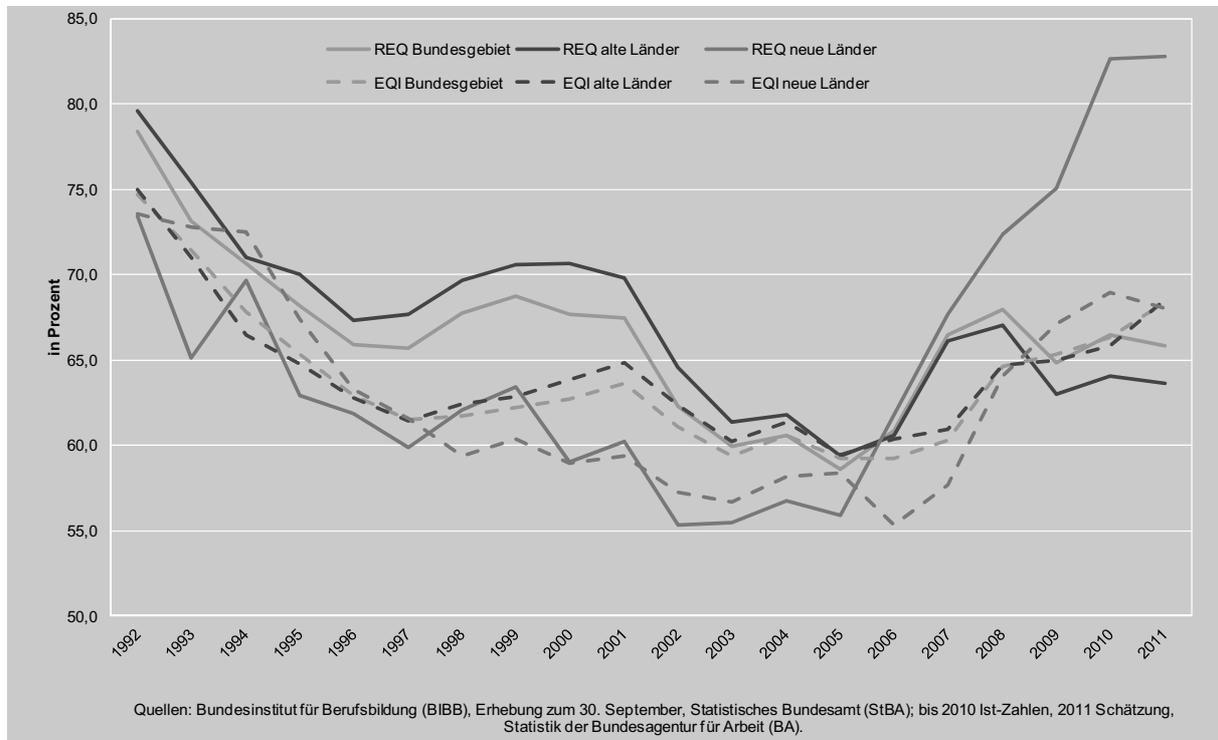


Schaubild 2

Rechnerische Einmündungsquote (REQ) und Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI) 1992 bis 2011



besserte sich die EQI von 65,8 in 2010 auf 68,5 in 2011. Die neuen Länder verzeichnen mit einer EQI von 68,1 einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2010: 68,9). Dies ist jedoch kein Indiz für eine Verschlechterung der Ausbildungsmarktsituation, sondern eine Folge des bewussten Abbaus des außerbetrieblichen Ausbildungsangebots als Reaktion auf die demografische Entwicklung und die damit verbundene sinkende Nachfrage. Nach Einschätzung des BIBB stellt die EQI eine Alternative zur rechnerischen Einmündungsquote dar.

2.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach strukturellen Merkmalen

Entwicklung in den Ausbildungsbereichen²¹

Im mit Abstand größten Ausbildungsbereich Industrie und Handel wurden 2011 bundesweit 342 782 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies entspricht einem Anteil von 60,1 Prozent an allen Neuverträgen 2011 (2010:

59,1 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Zahl der in Industrie und Handel neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit um +11 739 beziehungsweise +3,5 Prozent. Der Anstieg ist auf die Entwicklung in den alten Ländern zurückzuführen. Hier wurden mit insgesamt 289 428 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen +15 524 beziehungsweise +5,7 Prozent Verträge mehr abgeschlossen als im Vorjahr. Der relative Anteil an allen Neuabschlüssen stieg von 58,5 Prozent in 2010 auf 59,6 Prozent in 2011. In den neuen Ländern sank die Zahl der in Industrie und Handel abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -3 785 beziehungsweise -6,6 Prozent auf 53 354. Der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Industrie und Handel an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen hat aber auch hier gegenüber dem Vorjahr zugenommen (2010: 62,3 Prozent, 2011: 63,1 Prozent).

²¹ einem bestehenden Ausbildungsverhältnis heraus beworben haben (vergleiche Kapitel 2.5).

²¹ Die tatsächliche Ausbildungsleistung in den einzelnen Bereichen stimmt nur eingeschränkt mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Ausbildungsbereichen überein. So fallen Ausbildungsverträge, die der Öffentliche Dienst oder die Freien Berufe in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren ei-

genen Zuständigkeitsbereich, sondern werden von Industrie, Handel oder Handwerk für ihren jeweiligen Bereich gemeldet (Beispiel: Ausbildungsvertrag eines/einer Auszubildenden zum Kfz-Mechatroniker/zur Kfz-Mechatronikerin bei der Wehrverwaltung des Bundes wird beim Ausbildungsbereich Handwerk erfasst). Zudem nehmen in Hessen die Industrie- und Handelskammern auch für einige Berufe des Öffentlichen Dienstes die Aufgabe der zuständigen Stelle wahr, und in den Ländern Schleswig-Holstein und Hessen sind die Industrie- und Handelskammern auch die zuständigen Stellen für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft.

Im Handwerk wurden insgesamt 155 245 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das entspricht in etwa dem Vorjahresniveau (+67 beziehungsweise +0,0 Prozent). Bundesweit entfielen 27,2 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf das Handwerk (Vorjahr: 27,7 Prozent). Auch das Handwerk verzeichnete in den alten Ländern ein Plus (+2 239 beziehungsweise 1,7 Prozent auf 134 963). In den neuen Ländern sind die Vertragszahlen weiter gesunken. Hier wurden nur noch 20 282 Neuabschlüsse (-2 172 beziehungsweise -9,7 Prozent verglichen mit 2010) gezählt.

Mit insgesamt 42 612 lag die Zahl der Vertragsabschlüsse in den Freien Berufen bundesweit etwas über dem Vorjahresniveau (+171 beziehungsweise +0,4 Prozent). In den alten Ländern wurde ein Anstieg um +446 beziehungsweise +1,2 Prozent auf 37 864 verzeichnet. In den neuen Ländern ging die Zahl der Neuabschlüsse um -275 beziehungsweise -5,5 Prozent auf 4 748 zurück. Der Anteil der in den Freien Berufen abgeschlossenen Ausbildungsverträge an allen Ausbildungsverträgen lag mit 7,5 Prozent bundesweit minimal unter dem Vorjahreswert (7,6 Prozent).

Deutliche Vertragsrückgänge verzeichnete der Bereich Öffentlicher Dienst. Hier wurden mit 12 403 bundesweit insgesamt -1 152 beziehungsweise -8,5 Prozent weniger Verträge abgeschlossen als 2010.²² Der Rückgang ist sowohl auf die alten Länder (-805 beziehungsweise -7,5 Prozent auf 9 892), als auch auf die neuen Länder (-347 beziehungsweise -12,1 Prozent auf 2 511) zurückzuführen.

Der Bereich Landwirtschaft meldete 13 505 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, -417 beziehungsweise -3,0 Prozent weniger als im Vorjahr. In den alten Ländern wurden 10 772 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (+104 beziehungsweise +1,0 Prozent). In den neuen Ländern war ein Rückgang um -521 beziehungsweise -16 Prozent auf 2 733 zu verzeichnen.

In der Hauswirtschaft wurden 3 345 Ausbildungsverträge abgeschlossen, -237 beziehungsweise -6,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier gehen die Rückgänge auf Entwicklungen in den alten Ländern (-168 beziehungsweise -6,3 Prozent auf 2 494) und neuen Ländern (-69 beziehungsweise -7,5 Prozent auf 851) zurück.

In der Seeschifffahrt wurden insgesamt 248 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 9 Verträge beziehungsweise 3,8 Prozent mehr als 2011. Der bundesweite Zuwachs resultierte aus einem Plus in den alten Ländern (-8 beziehungsweise +3,6 Prozent auf 232). In den neuen Ländern wurde ein Vertrag mehr abgeschlossen als im Vorjahr (+1 beziehungsweise +6,7 Prozent auf 16).

Übersicht 2 zeigt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen und Ländern. In Übersicht 3 sind die absoluten und prozentualen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

²² Die Ausbildungsquote der Bundesverwaltung lag mit 7,6 Prozent über der im Ausbildungspakt gegebenen Zusage von 7 Prozent (vergleiche Kapitel 3.1.1).

Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge²³

Erfreulicher Zuwachs bei den betrieblichen Verträgen

Von den 570 140 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen waren bundesweit 539 646 betrieblich und 30 494 außerbetrieblich.²⁴

Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Mit einem Plus von 20 729 Verträgen (+4,0 Prozent) konnte hier ein deutlicher Anstieg erreicht werden. Der Anstieg ist auf die alten Länder zurückzuführen (+21 096 beziehungsweise +4,7 Prozent auf 466 917). In den neuen Ländern sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge minimal um -367 beziehungsweise -0,5 Prozent auf 72 729.

Bei den überwiegend öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen zeichneten sich deutliche Rückgänge ab. Verglichen mit 2010 sank ihre Zahl bundesweit um -10 549 (-25,7 Prozent) auf 30 494. Besonders stark ging die Zahl der neu abgeschlossenen außerbetrieblichen Ausbildungsverträge in den neuen Ländern zurück (-36,6 Prozent). Mit -16,7 Prozent wurden aber auch in den alten Ländern spürbare Rückgänge verzeichnet.

Dies hat zur Folge, dass sich die relativen Anteile weiter zugunsten der betrieblichen Ausbildung verbessern (vgl. Übersicht 4).

In den neuen Ländern ist der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge deutlich höher als in den alten Ländern. Allein aus dem höheren Anteil an außerbetrieblicher Ausbildung in den neuen Ländern ist nicht abzuleiten, dass die Ausbildungsmarktlage dort immer noch ungünstiger ist als in den alten Ländern. Es handelt sich vielmehr um die Folge eines unterschiedlichen Umgangs mit erfolglosen Ausbildungsstellenbewerbern und Ausbildungsstellenbewerberinnen und einer anderen Förderpolitik. Während für Jugendliche in den alten Ländern, die keinen Ausbildungsplatz fanden, vor allem teilqualifizierende Bildungsgänge des Übergangsbereichs zur Verfügung stehen, wurden in den neuen Ländern – auch als Reaktion auf die über Jahre hinweg deutlich schlechtere Marktsituation – viele vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungsplätze bereit gestellt. Angepasst an die demografische Entwicklung und die damit verbundene sinkende Nachfrage nach Ausbil-

²³ Das Merkmal „Finanzierungsform“, das Aussagen zum Anteil betrieblicher und überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverträge zulässt, wurde erstmals als reguläres Merkmal im Rahmen der BIBB-Erhebung 2008 erhoben. Allerdings war die Datenlieferung insbesondere in den alten Ländern noch sehr lückenhaft. Seitdem konnten deutliche Verbesserungen bei der Erfassung erzielt werden. Es gibt jedoch weiterhin Anzeichen auf eine unzureichende Erfassung in einigen Regionen der alten Länder, so dass der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge insgesamt leicht unterschätzt sein dürfte. Gleichwohl dürfte dies an der Kernaussage nichts ändern, dass es einen spürbaren Aufwuchs bei den betrieblichen Ausbildungsverträgen gegeben hat.

²⁴ Maßgeblich für die Zuordnung ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. „Außerbetrieblich“ sind demnach Ausbildungsverhältnisse, die überwiegend öffentlich finanziert sind.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2011 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

Land	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																						
	Davon im Zuständigkeitsbereich:																						
	Insgesamt		Industrie und Handel			Handwerk			Freie Berufe			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt		
Anzahl	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
Baden-Württemberg	78.813	47.745	60,6	21.839	27,7	5.430	6,9	1.830	2,3	1.447	1,8	522	0,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bayern	97.746	57.249	58,6	28.659	29,3	7.855	8,0	1.424	1,5	2.146	2,2	413	0,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berlin	18.396	11.223	61,0	4.356	23,7	1.768	9,6	647	3,5	256	1,4	146	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Brandenburg	12.121	7.737	63,8	2.782	23,0	566	4,7	386	3,2	527	4,3	123	1,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bremen	6.475	4.171	64,4	1.551	24,0	478	7,4	135	2,1	53	0,8	65	1,0	22	0,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Hamburg	14.916	10.261	68,8	3.063	20,5	1.119	7,5	164	1,1	165	1,1	32	0,2	112	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Hessen	41.166	25.277	61,4	10.907	26,5	3.041	7,4	1.216	3,0	717	1,7	8	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	8.909	5.632	63,2	2.018	22,7	478	5,4	295	3,3	369	4,1	101	1,1	16	0,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Niedersachsen	60.847	34.050	56,0	18.324	30,1	4.555	7,5	1.366	2,2	2.070	3,4	407	0,7	75	0,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Nordrhein-Westfalen	126.553	77.914	61,6	32.236	25,5	10.813	8,5	2.596	2,1	2.425	1,9	569	0,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rheinland-Pfalz	28.970	16.302	56,3	8.916	30,8	2.174	7,5	591	2,0	717	2,5	270	0,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Saarland	8.613	5.116	59,4	2.480	28,8	620	7,2	99	1,1	223	2,6	75	0,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachsen	20.510	13.343	65,1	4.746	23,1	972	4,7	588	2,9	704	3,4	157	0,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachsen-Anhalt	12.884	8.031	62,3	3.441	26,7	494	3,8	322	2,5	456	3,5	140	1,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Schleswig-Holstein	21.546	11.343	52,6	6.988	32,4	1.779	8,3	471	2,2	809	3,8	133	0,6	23	0,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Thüringen	11.675	7.388	63,3	2.939	25,2	470	4,0	273	2,3	421	3,6	184	1,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Alte Länder	485.645	289.428	59,6	134.963	27,8	37.864	7,8	9.892	2,0	10.772	2,2	2.494	0,5	232	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Neue Länder und Berlin	84.495	53.354	63,1	20.282	24,0	4.748	5,6	2.511	3,0	2.733	3,2	851	1,0	16	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bundesgebiet	570.140	342.782	60,1	155.245	27,2	42.612	7,5	12.403	2,2	13.505	2,4	3.345	0,6	248	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

Veränderung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von 2011 zu 2010 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

Land	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																					
	Davon im Zuständigkeitsbereich:																					
	Insgesamt		Industrie und Handel			Handwerk			Freie Berufe			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Baden-Württemberg	4.264	5,7	3.259	7,3	1.059	5,1	208	4,0	-214	-10,5	-32	-2,2	-16	-3,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bayern	3.420	3,6	3.157	5,8	159	0,6	243	3,2	-126	-8,1	-19	-0,9	6	1,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Berlin	-777	-4,1	-315	-2,7	-308	-6,6	-140	-7,3	-6	-0,9	-47	-15,5	39	36,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Brandenburg	-1.501	-11,0	-810	-9,5	-387	-12,2	-101	-15,1	-113	-22,6	-87	-14,2	-3	-2,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bremen ¹⁾	495	8,3	209	5,3	259	20,0	26	5,8	-4	-2,9	6	12,8	1	1,6	-2	-8,3	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Hamburg	534	3,7	243	2,4	349	12,9	2	0,2	-75	-31,4	15	10,0	-19	-37,3	19	20,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Hessen	932	2,3	975	4,0	-5	0,0	87	2,9	-81	-6,2	-31	-4,1	-13	-61,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	-970	-9,8	-471	-7,7	-356	-15,0	-19	-3,8	-49	-14,2	-35	-8,7	-41	-28,9	1	6,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Niedersachsen ¹⁾	2.529	4,3	2.405	7,6	152	0,8	-105	-2,3	10	0,7	111	5,7	-40	-8,9	-4	-5,1	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Nordrhein-Westfalen	4.243	3,5	4.317	5,9	197	0,6	-98	-0,9	-209	-7,5	96	4,1	-60	-9,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rheinland-Pfalz	477	1,7	472	3,0	37	0,4	95	4,6	-58	-8,9	-64	-8,2	-5	-1,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Saarland	140	1,7	99	2,0	20	0,8	34	5,8	-41	-29,3	31	16,1	-3	-3,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachsen	-1.738	-7,8	-1.048	-7,3	-391	-7,6	35	3,7	-66	-10,1	-205	-22,6	-63	-28,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachsen-Anhalt	-1.436	-10,0	-750	-8,5	-455	-11,7	-53	-9,7	-65	-16,8	-113	-19,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Schleswig-Holstein	314	1,5	388	3,5	12	0,2	-46	-2,5	-7	-1,5	-9	-1,1	-19	-12,5	-5	-17,9	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Thüringen	-746	-6,0	-391	-5,0	-275	-8,6	3	0,6	-48	-15,0	-34	-7,5	-1	-0,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Alte Länder	17.348	3,7	15.524	5,7	2.239	1,7	446	1,2	-805	-7,5	104	1,0	-168	-6,3	8	3,6	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Neue Länder und Berlin	-7.168	-7,8	-3.785	-6,6	-2.172	-9,7	-275	-5,5	-347	-12,1	-521	-16,0	-69	-7,5	1	6,7	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Bundesgebiet	10.180	1,8	11.739	3,5	67	0,0	171	0,4	-1.152	-8,5	-417	-3,0	-237	-6,6	9	3,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Finanzierungsform

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Bundesgebiet	alte Länder	neue Länder
absolut				
2009	insgesamt	564.307	465.309	98.998
	betrieblich	518.506	442.439	76.067
	außerbetrieblich	45.801	22.870	22.931
2010	insgesamt	559.960	468.297	91.663
	betrieblich	518.917	445.821	73.096
	außerbetrieblich	41.043	22.476	18.567
2011	insgesamt	570.140	485.645	84.495
	betrieblich	539.646	466.917	72.729
	außerbetrieblich	30.494	18.728	11.766
relativ				
2009	insgesamt	100,0%	100,0%	100,0%
	betrieblich	91,9%	95,1%	76,8%
	außerbetrieblich	8,1%	4,9%	23,2%
2010	insgesamt	100,0%	100,0%	100,0%
	betrieblich	92,7%	95,2%	79,7%
	außerbetrieblich	7,3%	4,8%	20,3%
2011	insgesamt	100,0%	100,0%	100,0%
	betrieblich	94,7%	96,1%	86,1%
	außerbetrieblich	5,3%	3,9%	13,9%

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

dungsplätzen wird das außerbetriebliche Ausbildungsangebot nun bewusst zurückgefahren.²⁵

Geschlechtsspezifische Differenzierung**Mehr Neuabschlüsse mit jungen Männern**

Von den 570 140 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen des Jahres 2011 wurden 338 019 (59,3 Prozent) mit jungen Männern und 232 121 (40,7 Prozent) mit jungen Frauen geschlossen.

Auch in den vergangenen Jahren lag der Anteil der mit jungen Frauen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stets unter dem der Neuabschlüsse mit jungen Männern. Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass viele Berufe, die schulisch ausgebildet werden, auf junge Frauen oftmals eine höhere Attraktivität ausüben als auf junge Männer und insofern eine Alternative zu einer dualen Berufsausbildung darstellen. Ein Beispiel ist die schulische Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens.²⁶

Frauen sind nicht nur in geringerem Maße in der dualen Berufsausbildung vertreten, sie konzentrieren sich auch auf weniger Ausbildungsberufe. Im Jahr 2011 fanden sich

75,4 Prozent aller weiblichen Ausbildungsanfänger in nur 25 Berufen wieder. Bei den jungen Männern entfielen auf die 25 am häufigsten von männlichen Jugendlichen gewählten Berufe 60,3 Prozent. Schaubild 3 und Schaubild 4 informieren über die 25 jeweils von jungen Frauen beziehungsweise jungen Männern am stärksten besetzten Berufe.

Bezogen auf die sieben Ausbildungsbereiche wiesen die Freien Berufe mit 94,2 Prozent den höchsten Anteil der mit jungen Frauen geschlossenen Verträge auf, gefolgt von der Hauswirtschaft (91,4 Prozent) und dem Öffentlichen Dienst (63,7 Prozent). In Industrie und Handel wurden 40,6 Prozent der Verträge mit jungen Frauen geschlossen. Eher niedrig war der Frauenanteil im Handwerk (25,0 Prozent), in der Landwirtschaft (22,3 Prozent) und in der Seeschifffahrt (4,4 Prozent).

Auffällig ist, dass nur die jungen Männer vom allgemeinen Vertragszuwachs 2011 profitieren. Die Zahl der Neuabschlüsse mit ihnen stieg um +12 924 (+4,0 Prozent) verglichen mit 2010. Die Zahl der mit jungen Frauen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank hingegen um -2 744 beziehungsweise -1,2 Prozent. Bei den jungen Frauen war es auch schon 2010 zu Vertragsrückgängen gekommen.

Noch ist unklar, ob es sich hierbei um ein vorübergehendes Phänomen handelt (2008 und 2009 verliefen die Vertragsentwicklungen der jungen Frauen deutlich günstiger als bei den jungen Männern), oder ob sich ein Trend und

²⁵ Vergleiche Kapitel 3.1.4, Ausbildungsplatzprogramm Ost

²⁶ Von den insgesamt 193 442 Schülern und Schülerinnen, die 2010/2011 eine Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens absolvierten (vergleiche Kapitel 2.4) waren 40 939 (21,2 Prozent) männlich und 152 503 (78,8 Prozent) weiblich.

Schaubild 3

Die 25 im Jahr 2011 am häufigsten von jungen Frauen besetzten Berufe

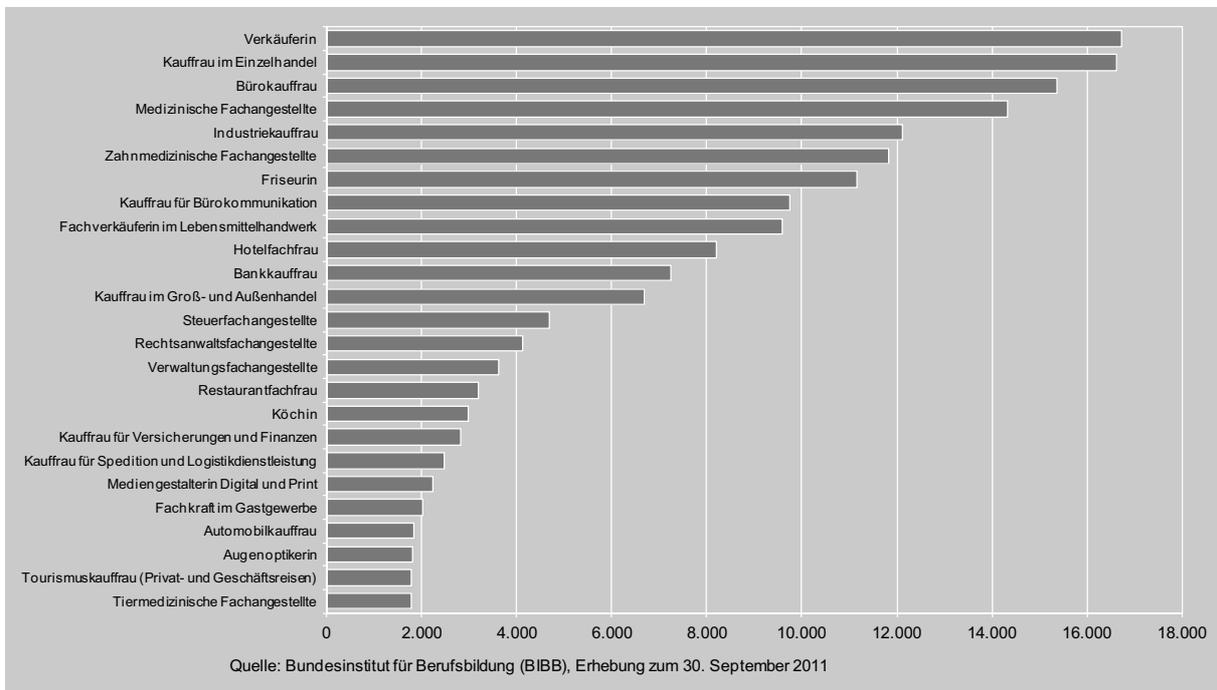
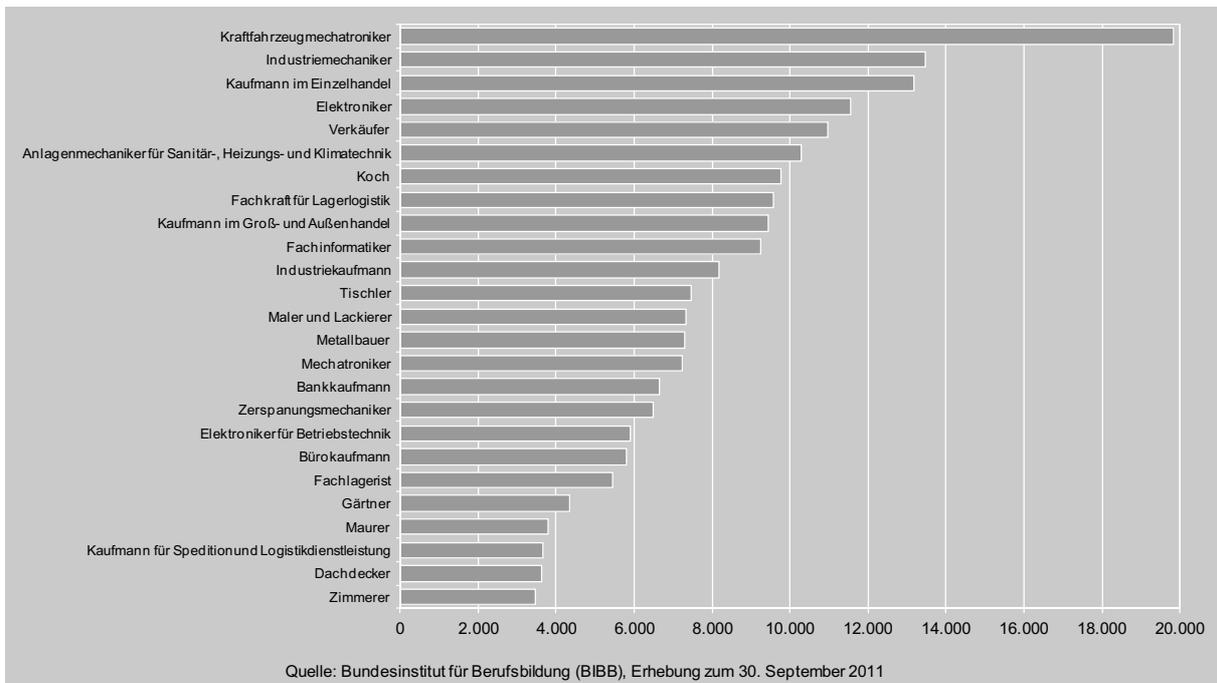


Schaubild 4

Die 25 im Jahr 2011 am häufigsten von jungen Männern besetzten Berufe



damit weiterer Handlungsbedarf abzeichnet.²⁷ Die Bundesregierung wird diese Entwicklung daher weiter beobachten.

Zweijährige Berufe

Leichter Rückgang bedingt durch Entwicklung in den neuen Ländern

In Berufen mit regulär zweijähriger Ausbildungsdauer²⁸ wurden 2011 bundesweit 51 991 neue Ausbildungsver-

²⁷ Der BIBB-Internetleitartikel zum Ausbildungsmarkt 2011 nennt als einen möglichen Erklärungsansatz die stärkere Konzentration der Berufswünsche junger Frauen auf Dienstleistungsberufe, in denen die Konkurrenz oft größer sei. Dies sei jedoch noch nicht ausreichend erforscht (vergleiche www.bibb.de/de/60244.htm). Ebenfalls denkbar wäre, dass das Aussetzen der Wehrpflicht zusammen mit doppelten Abiturientenjahrgängen (mehr männliche Bewerber stehen zur Verfügung) einen Einfluss haben könnte. Dieser dürfte aber nicht so groß sein wie im Hochschulbereich, da hier die doppelten Abiturientenjahrgänge stärker ins Gewicht fallen. Die Hochschulen verzeichneten im Studienjahr 2011 einen Anstieg bei den Studienanfängern um +22,7 Prozent und bei den Studienanfängerinnen um +9,2 Prozent. Während der relative Anteil bei den männlichen Studienanfänger höher ausfiel als im Vorjahr (2011: 53,4 Prozent, 2010: 50,5 Prozent), ging der relative Anteil der Studienanfängerinnen erkennbar zurück (2011: 46,6 Prozent, 2010: 49,5 Prozent).

²⁸ Beispiele für zweijährige Berufe sind: Verkäufer/Verkäuferin, Fachkraft im Gastgewerbe, Servicekraft für Dialogmarketing, Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, Hochbaufacharbeiter/Hochbaufacharbeiterin, Maschinen- und Anlageführer/Maschinen- und Anlageführerin, Fachlagerist/Fachlageristin, und Teilezurichter/Teilezurichterin. Die Frage, in welchem Ausmaß Jugendliche nach Abschluss einer zweijährigen Berufsausbildung eine Berufsausbildung fortführen, lässt sich anhand der Daten der BIBB-Erhebung zum

trüge abgeschlossen, -1 008 beziehungsweise -1,9 Prozent weniger als 2010 (vergleiche Schaubild 5). Somit ist auch der Anteil der zweijährigen Berufe am gesamten Ausbildungsvolumen wieder leicht gesunken (2005: 7,2 Prozent, 2006: 8,1 Prozent, 2007: 8,6 Prozent, 2008: 8,6 Prozent, 2009: 9,2 Prozent, 2010: 9,5 Prozent, 2011: 9,1 Prozent).

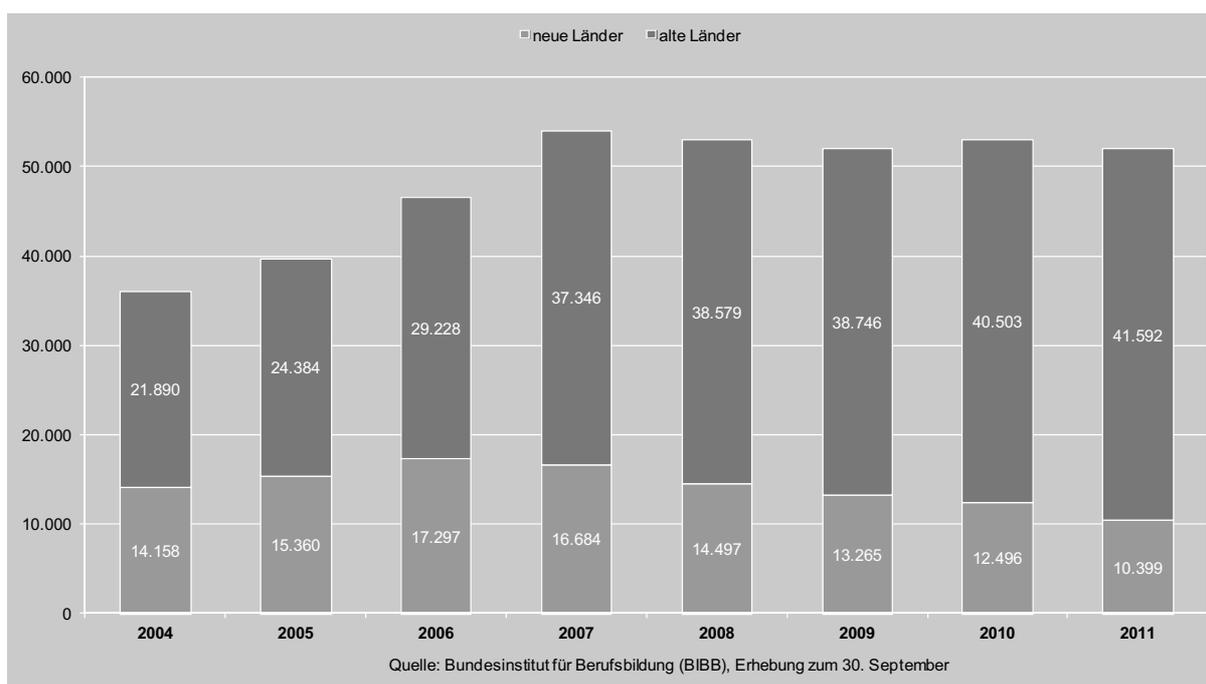
Der Rückgang ist allein auf die Entwicklung in den neuen Ländern zurückzuführen. Hier wurden mit 10 399 Neuabschlüssen -2 097 beziehungsweise -16,8 Verträge weniger in zweijährigen Berufen abgeschlossen als 2010. In den alten Ländern war hingegen ein Anstieg um +1 089, beziehungsweise +2,7 Prozent auf 41 592 zu verzeichnen. Nach wie vor fiel der Anteil der Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen in den neuen Ländern mit 12,3 Prozent aber höher aus als in den alten Ländern mit 8,6 Prozent.

Dass in den neuen Ländern relativ betrachtet mehr Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen abgeschlossen werden als in den alten Ländern, hängt mit dem höheren Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Ländern zusammen. Im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung wird vergleichsweise oft in zweijährigen Be-

30. September, deren Ergebnisse hier berichtet werden, nicht beantwortet. Auch die Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum 31. Dezember kann dies aufgrund fehlender fester Personennummern nicht ausweisen. Möglich sind lediglich näherungsweise Berechnungen. Demnach führen im Berichtsjahr 2010 bis zu 27 Prozent der Absolventen/Absolventinnen zweijähriger dualer Ausbildungsberufe die Ausbildung in einem laut Ausbildungsordnung vorgesehenen dualen Ausbildungsberuf fort (vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A 4.4).

Schaubild 5

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen



rufen ausgebildet. So entfielen in den neuen Ländern 2011 37,0 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen auf überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildungsformen. Im Vorjahr hatte der Anteil noch bei 52,5 Prozent) gelegen.²⁹ Auch hier spiegelt sich der Abbau der außerbetrieblichen Ausbildungsangebote wider.

Von den insgesamt 40 Ausbildungsberufen mit maximal zweijähriger Ausbildungsdauer wurden 19 seit 2001 modernisiert beziehungsweise neu geschaffen.

Das BIBB hat 2011 eine Expertise zu zweijährigen Berufen anhand der Ergebnisse der BIBB-Erhebung zum 30. September sowie der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgelegt. Die Studie liefert umfassendes Datenmaterial zu den zweijährigen Ausbildungsberufen in tiefer regionaler und beruflicher Gliederung und zeigt neue Analysemöglichkeiten, die durch die Weiterentwicklung beider Erhebungen erfolgt sind.³⁰

Eine Studie im Auftrag des BMWi aus dem Jahr 2010 fasst weitere Ergebnisse zu den zweijährigen Berufen zusammen.³¹

2.3 Prognose

Der Ausbildungsmarkt wird sich im Jahr 2012 nach den Prognosen des BIBB aller Voraussicht nach weiter zugunsten der Jugendlichen entspannen.

Nach den Ergebnissen von PROSIMA, dem Ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodell, das das BIBB für die Schätzung des Ausbildungsangebots heranzieht, ist für 2012 mit einem leichten Anstieg des Ausbildungsangebots (neu abgeschlossene Ausbildungsplätze plus unbesetzte Ausbildungsstellen) um rund 6 400 Plätze auf rund 606 200 zu rechnen (Angebot 2011: 599 829). Bei dieser Prognose wird ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um +1,0 Prozent unterstellt.

Anders als in den Vorjahren wurde im Rahmen von PROSIMA die Möglichkeit genutzt, unterschiedliche Szenarien hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen.³² Demnach ist ein Anstieg beziehungsweise Absinken des Wirtschaftswachstums um einen Prozentpunkt gegenwärtig mit einer Angebots-erhöhung beziehungsweise Angebotsverringerung von ca. 5 000 Ausbildungsstellen verbunden.

²⁹ Zum Vergleich: alte Länder 10,9 Prozent (2010: 13,5 Prozent)

³⁰ Vergleiche www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_128_strukturen_und_entwicklungen_der_zweijaehrigen_ausbildungsberufe_2011.pdf

³¹ Vergleiche www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/endbericht-untersuchung-zu-zweijaehrigen-ausbildungsberufen.pdf

³² Bislang war die Größe vom Modell selbst geschätzt worden. Dies hatte zu Abweichungen gegenüber anderen Prognosen geführt. So wurde die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in 2011 zu positiv veranschlagt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Prognose für 2012 zweckmäßig, die die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr ausschließlich über PROSIMA selbst schätzt, sondern auch alternative Szenarien berücksichtigt. Dadurch kann die Bandbreite möglicher Entwicklungen besser abgebildet werden.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird nach den Simulationen von PROSIMA voraussichtlich bei rund 571 600 liegen (2011: 570 140).

Gleichzeitig sinkt die Zahl der Abgänger und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen bundesweit von 2011 auf 2012 um rund -8 800 (-1,0 Prozent) auf rund 857 000. Die Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen geht um rund -8 900 (-1,6 Prozent) zurück. Die Zahl der Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit Studienberechtigung bleibt in etwa auf dem Niveau von 2011 (+117 beziehungsweise +0,0 Prozent). Studienberechtigte sind aber nur zu einem geringeren Anteil an der Aufnahme einer dualen Berufsausbildung interessiert.

In den alten Ländern sinkt die Zahl der Schulabgänger und Schulabgängerinnen 2012 um rund -23 600 (-3,1 Prozent) auf rund 763 700. Rückgänge sind hier sowohl auf Seiten der nichtstudienberechtigten (-2,5 Prozent), als auch der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen (-4,0 Prozent) zu verzeichnen.³³

In den neuen Ländern kommt es 2012 zu einem Anstieg der Schulabgängerzahlen (rund +14 800 beziehungsweise +14,5 Prozent auf rund 116 900). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen (+32,6 Prozent) in Folge der doppelten Abiturientenjahrgänge in Berlin und Brandenburg zurückzuführen. Aber auch die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen steigt gegenüber dem Vorjahr (+5,0 Prozent). Darin liegt eine Chance, mehr Jugendliche für die duale Berufsausbildung zu gewinnen. Der starke Rückgang der Schulabgängerzahlen in den neuen Ländern der vergangenen Jahre wird dadurch aber kaum ausgeglichen. Mit rund 70 400 fällt die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen (Hauptklientel der dualen Berufsausbildung) in den neuen Ländern immer noch nur etwa halb so hoch aus wie noch zur Mitte der letzten Jahrzehnts (2006: rund 140 400).

Zu berücksichtigen ist, dass sich ausbildungsinteressierte Jugendliche nicht allein aus dem Kreis der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen des aktuellen Schulabgangsjahres rekrutieren. Ebenfalls von Bedeutung sind Schulentlassene aus beruflichen Schulen des aktuellen Schulabgangsjahres sowie Jugendliche aus früheren Schulentlassjahren, die ebenfalls beziehungsweise weiterhin eine Berufsausbildung anstreben. Alle drei Gruppen fließen in die Prognose des Nachfragepotenzials des BIBB ein.³⁴

Rückblick auf die Prognose für 2011

Der Berufsbildungsbericht 2011 war auf Basis der Ergebnisse von PROSIMA von einem Anstieg des Ausbildungs-

³³ Zwar gibt es 2012 in Bremen und Baden-Württemberg doppelte Abiturientenjahrgänge, diese fallen insgesamt betrachtet quantitativ aber weniger ins Gewicht als die doppelten Abiturientenjahrgänge in den beiden großen Flächenländern Niedersachsen und Bayern 2011. Insofern ist hier ein Rückgang gegenüber 2011 zu verzeichnen.

³⁴ Vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A2.

angebots ausgegangen. Diese Einschätzung bestätigte sich. Dabei hatte PROSIMA allerdings ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von +4,5 Prozent unterstellt. Dieser Wert lag über der Prognose der Bundesregierung.³⁵ Da PROSIMA die BIP-Wachstumsrate etwas zu optimistisch einschätzte, fiel der Zuwachs des Ausbildungsangebots zum 30. September 2011 mit +20 300 auf rund 600 000 letztlich nicht so hoch aus, wie von PROSIMA prognostiziert wurde (+38 800 auf rund 618 500).

Eine wichtige Frage für die Prognose der Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2011 war, inwieweit die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen und die Aussetzung der Wehrpflicht zu einer Verschlechterung der Ausbildungschancen der Jugendlichen führen würden. In seinen Prognosen war das BIBB davon ausgegangen, dass sich der zusätzliche Nachfrageimpuls auf etwa 15 000 bis 25 000 Personen belaufen würde.³⁶ Gleichzeitig wurde aber mit kompensierenden Effekten durch Rückgänge bei der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen, der Zahl der Altbewerber und Altbewerberinnen und durch die positive wirtschaftliche Entwicklung (Anstieg des betrieblichen Ausbildungsangebots) gerechnet. Deshalb wurde geschlussfolgert, dass sich der Ausbildungsmarkt für die Jugendlichen ungeachtet der Aussetzung der Wehrpflicht und doppelter Abiturientenjahrgänge nicht nur nicht verschlechtern, sondern sogar noch verbessern sollte.

Diese Vorausschätzung traf – wie bereits in Kapitel 2.1 beschrieben – ein: Die offiziell erfasste Nachfrage nahm nur geringfügig zu (+1,7 Prozent bei der „klassisch“ erfassten Nachfrage, +0,4 Prozent bei der „erweiterten“ Nachfrage). Gleichzeitig stieg das Ausbildungsangebot stärker an (+3,5 Prozent), so dass sowohl die ANR (103,1) als auch die erweiterte ANR (92,7) gegenüber dem Vorjahr zunahm (2010: ANR 101,3, erweiterte ANR 89,9).

Dies galt selbst für die beiden Ländern mit doppelten Abiturientenjahrgängen: Auch in Bayern und Niedersachsen hat sich die Ausbildungsmarktsituation weiter zugunsten der Jugendlichen verbessert (Bayern: Anstieg der ANR von 104,3 auf 107,3; Anstieg der erweiterten ANR von 94,7 auf 99,4; Niedersachsen: Anstieg der ANR von 100,3 auf 101,6; Anstieg der erweiterten ANR von 84,5 auf 87,3).

Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 2025

Bis 2025 wird sich die Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemein bildenden Schulen in den neuen Ländern auf niedrigem Niveau stabilisieren. In den alten Ländern geht ihre Zahl dagegen weiter deutlich zurück (vergleiche Schaubild 6). Bundesweit wird die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zwischen 2011 und 2025 um rund -102 000 beziehungsweise -18,6 Prozent sinken. Da mittel- und langfristig auch die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zu-

rückgehen wird, stehen die Unternehmen vor großen Herausforderungen.

2.4 Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens

Im Schuljahr 2010/2011 befanden sich insgesamt 193 442 Schüler und Schülerinnen in einer Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens. Diese Ausbildungen werden an Schulen des Gesundheitswesens sowie – auf Grund des unterschiedlich strukturierten föderalen Schulsystems – an Berufsfachschulen und Fachschulen durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um 6 390 Schüler und Schülerinnen (+ 3,4 Prozent) im Bereich der Ausbildungen in den Berufen des Gesundheitswesens festzustellen.

Bezogen auf einzelne Berufe ergaben sich folgende Veränderungen:

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in der Gesundheits- und Krankenpflege (59 172) ist gegenüber dem Vorjahr um +3,6 Prozent gestiegen. In der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ist ein größerer Anstieg zu verzeichnen (+7,5 Prozent auf 6 454).

Die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen in der Altenpflegeausbildung ist im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich, nämlich auf insgesamt 51 965 angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs um +12,5 Prozent. Zudem weist die Zahl der Neueintritte in eine Altenpflegeausbildung (21 871) im Vergleich zum Schuljahr 2009/2010 einen Zuwachs um +12,5 Prozent auf.

Die Ausbildungszahlen in der dem jeweiligen Landesrecht unterliegenden Ausbildung in der Altenpflegehilfe sind auf 6 334 (-1,6 Prozent) leicht gesunken.

Bei den Ausbildungen im Bereich der Entbindungspflege/Hebammen (+0,9 Prozent auf 1 913), der Rettungsassistenten/Rettungsassistentinnen (+6,6 Prozent auf 4 439) und der Podologen/Podologinnen (+6,9 Prozent auf 1 306) ist ein Anstieg der Schülerzahlen festzustellen.

Bei der pharmazeutisch-technischen Assistenz (-1,5 Prozent auf 8 801) und der medizinisch-technischen Laboratoriumsassistenten (-3,6 Prozent auf 3 795) sind die Zahlen der Schüler und Schülerinnen hingegen weiter gefallen. Ein Rückgang ist auch bei der Ergotherapie feststellbar (-6,7 Prozent auf 10 624). Bei der Diätassistenten zeigt sich ein deutlicher Rückgang um -14,8 Prozent auf 2 094. In der Physiotherapie (-3,9 Prozent auf 23 097), bei den Masseuren und medizinischen Bademeistern/Masseurinnen und medizinischen Bademeisterinnen (-3,2 Prozent auf 3 068) und den Logopäden/Logopädinnen (-1,6 Prozent auf 3 861) sind die Zahlen der Schüler und Schülerinnen zwar zurückgegangen, doch liegen sie noch über dem Niveau von 2003/04.³⁷ Es ist nicht auszuschließen, dass aufgrund der verschiedenen Möglichkeiten, die Ausbildungen auch auf akademischem Niveau zu durchlaufen, hier eine Verschiebung stattfindet.

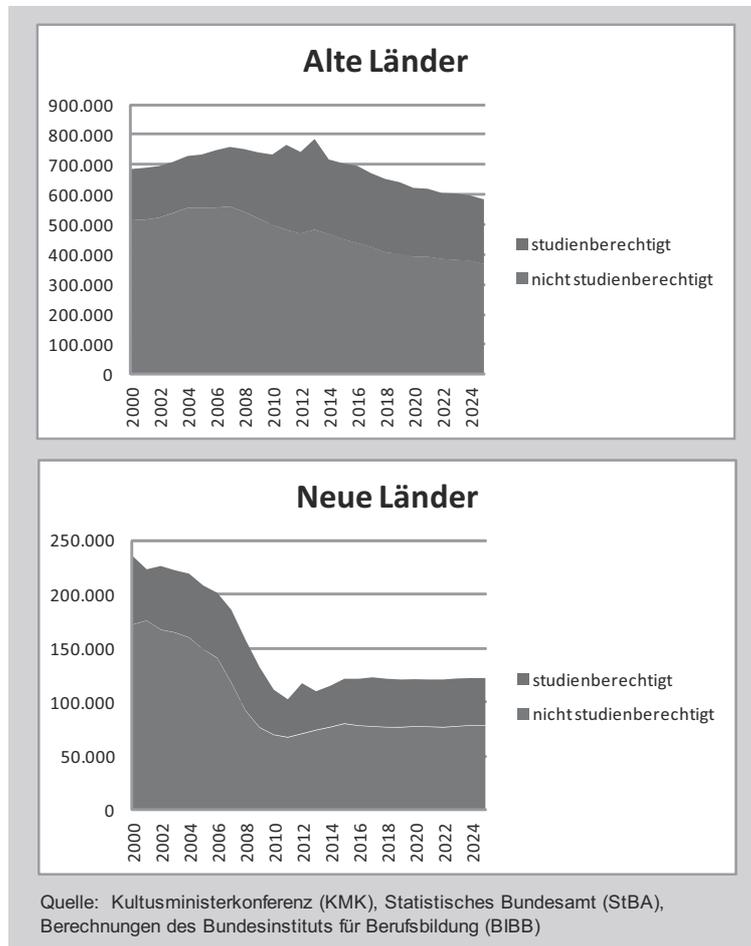
³⁵ Vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 24.

³⁶ Vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 26.

³⁷ Tabellen zur Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Berufen sind dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A5.3 zu entnehmen.

Schaubild 6

Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/Schulabgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 2000 bis 2025



2.5 Aktuelle Herausforderungen

Der schon in den Vorjahren berichtete Trend setzt sich fort: Während sich auf der einen Seite die Situation am Ausbildungsmarkt für die Jugendlichen weiter verbessert, steigt auf der anderen Seite das Risiko der Betriebe, die angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen zu können. Aufgabe einer verantwortungsvollen Bildungspolitik ist es, die verschiedenen Entwicklungen am Ausbildungsstellenmarkt im Blick zu haben, um daraus den erforderlichen Handlungsbedarf abzuleiten. Dazu zählt auch, zusätzliche Potenziale für die duale Ausbildung zu identifizieren. Nur wenn alle Ausbildungspotenziale ausgeschöpft werden, kann der Fachkräftenachwuchs in Deutschland dauerhaft gesichert werden.

Alternativ verbliebene Bewerber halten ihren Vermittlungswunsch teilweise aufrecht

Zum Ende des Vermittlungsjahres weist die BA neben den 11 550 „unversorgten“ Bewerbern und Bewerberinnen noch weitere 65 190 junge Menschen aus, für die die

Vermittlungsbemühungen ebenfalls weiterlaufen („Bewerber mit Alternative zum 30. September“). Sie hatten im Jahr 2010/2011 eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen, aber unabhängig davon weiterhin nach einer Ausbildungsstelle gesucht und eine entsprechende Vermittlung durch die BA gewünscht. Im Rahmen der erweiterten Nachfragedefinition wird dieser Personenkreis bei der Ausbildungsmarktbilanzierung berücksichtigt. Da ihre Zahl gesunken ist (2009: 77 110, 2010: 72 342, 2011: 65 190), hat sich auch die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation weiter verbessert (vergleiche Kapitel 2.1).

Wie bereits in früheren Berufsbildungsberichten dargestellt, ist dabei allerdings zu beachten, dass die erweiterte Nachfragedefinition als Kriterium allein den weiteren Vermittlungswunsch der Bewerber und Bewerberinnen zugrunde legt, also die Perspektive der ausbildungssuchenden jungen Menschen einnimmt. Unter Versorgungsaspekten ist nicht jeder Bewerber/jede Bewerberin, die seinen/ihren Vermittlungswunsch bei alternativem Verbleib aufrecht erhält, ohne vollqualifizierende Ausbildung. So haben von den 65 190 Bewerbern und Bewerber-

rinnen mit Alternative zum 30. September 2011 und weiterem Vermittlungswunsch zum Beispiel 5 980 eine bereits begonnene Ausbildung fortgesetzt, weitere 797 Ausbil-

dungsstellenbewerber und Ausbildungsstellenbewerberinnen befinden sich in einem Studium (vergleiche Schaubild 7).

Schaubild 7

Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/Bewerberinnen zum 30.9.

		2009	2010	2011	
Bei der BA und zKT gemeldete Bewerber/Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen 2011 538.245	Vermittlungsauftrag abgeschlossen 461.505	"eingemündete Bewerber" (Bewerber/Bewerberinnen, die in eine Berufsausbildungsstelle einmünden)	255.724	267.641	275.147
		<i>davon</i>			
		<i>ungefördert</i>	215.841	227.635	244.262
		<i>gefördert</i>	39.883	40.006	30.885
		"andere ehemalige Bewerber* mit bekanntem Verbleib"	104.860	103.871	100.390
		"andere ehemalige Bewerber* ohne Angabe eines Verbleibs"	102.047	95.835	85.968
	Vermittlungsauftrag läuft weiter 76.740	"Bewerber mit Alternative zum 30.9."	77.110	72.342	65.190
		Schulbildung	18.597	18.497	19.770
		Studium	605	658	797
		Berufsvorbereitendes Jahr	613	800	670
Berufsgrundbildungsjahr		1.665	2.048	1.429	
Praktikum		6.865	6.436	5.212	
bisherige Berufsausbildung		8.369	6.489	5.980	
<i>davon</i>					
<i>ungefördert</i>		1.385	1.039	1.056	
<i>gefördert</i>		6.984	5.450	4.924	
Erwerbstätigkeit		8.310	9.009	8.911	
Bundeswehr/Zivildienst		1.496	1.116	466	
Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr		1.415	1.585	2.993	
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme		20.648	18.698	13.932	
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme - Reha		89	78	76	
Einstiegsqualifizierung	4.546	4.368	3.422		
sonstige Förderung	3.869	2.545	1.507		
sonstige Reha-Förderung	23	15	25		
	"unversorgte Bewerber"	15.679	12.255	11.550	

* Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird hier auf die Nennung der Alternativen bei den "anderen ehemaligen Bewerbern" mit abgeschlossenem Vermittlungsauftrag verzichtet. Vgl. hierfür Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012.

Als Bewerber/Bewerberin für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen bei der BA gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf wünschten und deren Eignung dafür geklärt ist (es handelt sich demnach um ausbildungsreife junge Menschen).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Schaubild Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Insgesamt kann die Entwicklung der letzten Jahre anhand der BA-Statistik positiv bewertet werden. Das zeigt auch ein Blick auf die relativen Anteile bezogen auf alle gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen:

- Mehr junge Menschen wurden in Ausbildung vermittelt. Der Anteil der eingemündeten Bewerber und Bewerberinnen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (2009: 46,0 Prozent, 2010: 48,5 Prozent, 2011: 51,5 Prozent).
- Weniger Bewerber und Bewerberinnen blieben „unversorgt“. Ihr Anteil an allen gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen ging weiter zurück (2009: 2,8 Prozent, 2010: 2,2 Prozent, 2011: 2,1 Prozent).
- Auch der Anteil der Bewerber und Bewerberinnen „mit Alternative zum 30. September“ ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken (2009: 13,9 Prozent, 2010: 13,1 Prozent, 2011: 12,1 Prozent).

Unabhängig davon zeigen die verbleibenden Größenordnungen jedoch, dass sich der Übergang in Ausbildung für eine hohe Zahl von jungen Menschen weiterhin schwierig gestaltet.

Unbefriedigend bleibt auch die mit 85 968 vergleichsweise hohe Anzahl von Bewerbern und Bewerberinnen aus der BA-Statistik, die keine weitere aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche mehr nachfragten³⁸ und für die keine Informationen zum Verbleib vorliegen, aber auch keine Vermittlungsbemühungen mehr laufen („andere ehemalige Bewerber mit nicht näher bekanntem Verbleib“).³⁹ Zwar konnte ihr Anteil verglichen mit den Vorjahren weiter reduziert werden (2009: 18,4 Prozent, 2010: 17,4 Prozent, 2011: 16,0 Prozent). Gleichwohl könnte bei einem Teil dieser jungen Menschen das Risiko bestehen, dass sie „quasi unbemerkt“ aus dem Bildungssystem herausfallen – mit den bekannten negativen Folgen für die Beschäftigungsfähigkeit und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.

Die Bundesregierung hat daher ihr Engagement für junge Menschen, die Schwierigkeiten beim Einstieg in Ausbildung haben, weiter verstärkt. Ein Schwerpunkt liegt auf der frühzeitigen Förderung und individuellen Begleitung (vergleiche Kapitel 3).

Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2011 – Statistik der Nachvermittlung.

Die Vermittlungsbemühungen der BA enden nicht am 30. September, sondern laufen auch im sogenannten

„fünften Quartal“ weiter (sogenannte Nachvermittlungsphase⁴⁰).

Insgesamt waren 62 542 Bewerber und Bewerberinnen mit Vermittlungsauftrag für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2011 gemeldet, 43 464 Bewerber und Bewerberinnen aus dem letzten Berichtsjahr und 19 078 Bewerber und Bewerberinnen, die im letzten Berichtsjahr keinen Bewerberstatus hatten.

Zu den 43 464 bereits im Berichtsjahr 2010/2011 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen, die auch nach dem 1. Oktober noch eine Vermittlung in Ausbildung wünschten, zählten neben 11 394 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen⁴¹ und 19 114 weiter suchenden Bewerbern und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September auch 6 903 andere ehemalige Bewerber und Bewerberinnen und 6 053 eingemündete Bewerber und Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September ist zu beachten, dass nach der Logik der Geschäftsprozesse der BA hier nur diejenigen Bewerber und Bewerberinnen aus dem zurückliegenden Berichtsjahr gezählt werden, die auch nach dem 1. Oktober noch ihren Wunsch nach einer Vermittlung in Ausbildung für 2011 aktiv bekundet haben. Dies führt dazu, dass die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September mit 65 190 (vergleiche erneut Schaubild 7). Denn angesichts des fortgeschrittenen Ausbildungsjahres nimmt der Personenkreis, der in den Monaten Oktober bis Dezember noch für das laufende Jahr eine Ausbildung anstrebt, ab. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Mehrheit dieser jungen Menschen dann im Laufe des neuen Berichtsjahres erneut als Bewerber beziehungsweise als Bewerberin melden wird.

Erfreulich ist, dass die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen im Rahmen der Nachvermittlungsaktion⁴² deutlich reduziert werden konnte. Waren zu Beginn noch 11 394 Bewerber und Bewerberinnen unversorgt, ist ihre Zahl bis Dezember 2011 auf 6 312 zurückgegangen.

Allerdings folgen nicht alle Jugendlichen der Einladung zu den gemeinsamen Nachvermittlungsaktionen von zuständigen Stellen und Arbeitsagenturen. Somit ist auch der Anteil der zum 30. September 2011 unversorgten Bewerber und Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres, die anschließend keine aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche durch die BA oder zkt mehr wünschten und unbekannt

³⁸ Die BA führt als mögliche Motive für die „Aufgabe der unterstützten Suche“ die „Aussicht auf eine Alternative“ oder „auch die fehlende Motivation der Jugendlichen, sich um ihre Belange zu kümmern“, an. Vergleiche <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201109/iiiia5/d-ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt/ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt-d-0-pdf.pdf> (Seite 30).

³⁹ Hinweise zum Verbleib dieser jungen Menschen liefert die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 (vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 27).

⁴⁰ Die Gründe für den späten Vermittlungswunsch sind vielfältig (zum Beispiel bislang noch keine Ausbildung gefunden oder eine Ausbildung abgebrochen).

⁴¹ Die geringfügige Differenz zu den Ende September als unversorgt gemeldeten Bewerbern/Bewerberinnen (11 550) ist nach Auskunft der BA darauf zurück zu führen, dass einige unversorgte Bewerber/Bewerberinnen zwischenzeitlich ihren Ausbildungswunsch geändert haben und nun keine Ausbildung nach BBiG/HwO, sondern zum Beispiel eine Schulberufs- oder eine Beamtenausbildung anstreben und dann nicht mehr in der Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt erfasst sind.

⁴² Vergleiche Kapitel 3.1.1

verblieben, mit 1 756 beziehungsweise 15,4 Prozent be-
dauerlicherweise recht hoch.⁴³

854 (7,5 Prozent) der ehemals unversorgten Bewerber
und Bewerberinnen konnten in eine Berufsausbildung
vermittelt werden. Weitere 1 814 (15,9 Prozent) ehemals
Unversorgte befanden sich Ende 2011 in einer Alternati-
ve zu einer Ausbildung, waren aber weiterhin auf der
Suche nach einer Ausbildungsstelle.

Über den Verbleib der Bewerber und Bewerberinnen für
Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis
Ende 2011 informiert Übersicht 5.

⁴³ Die damit verbundenen möglichen negativen Auswirkungen wurden
bereits im vorausgehenden Abschnitt beschrieben.

Junge Menschen im Übergangsbereich

Die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich
konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden
und liegt 2011 erstmals unter 300 000 (vergleiche Über-
sicht 6). Zu diesem Ergebnis kommt die Schnellmeldung
der Integrierten Ausbildungsberichterstattung für den Be-
rufsbildungsbericht 2012 (vergleiche auch Kapitel 2.6).
Verglichen mit 2005 sank die Zahl der Einmündungen in
den Übergangsbereich um -123 353 beziehungsweise
-29,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr konnte ein Rück-
gang um -25 719 beziehungsweise -8,0 Prozent erreicht
werden. Mit insgesamt 294 294 ist die Zahl der jungen
Menschen im Übergangsbereich aber immer noch hoch.

Der Übergangsbereich bietet jungen Menschen die Mög-
lichkeit, ihre individuelle Chance auf die Aufnahme einer

Übersicht 5

Verbleib der Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2011 (Nachvermittlung)^

	Insgesamt		darunter:					Kein Bewerber/ keine Bewerberin im letzten Berichtsjahr 2010/2011						
			Bereits Bewerber/Bewerberin im Berichtsjahr 2010/2011											
			Insgesamt	darunter:										
				bis zum 30.09. eingemündete Bewerber/ Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres	andere ehemalige Bewerber/ Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres	Bewerber/ Bewerberinnen mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres	unversorgte Bewerber/ Bewerberinnen am 30.09. des letzten Berichtsjahres							
Spalte 1 (Spalte 2 + Spalte 7)	Spalte 2 (Summe Spalten 3 bis 6)	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7								
Bundesgebiet														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber/Bewerberinnen	62.542	100,0%	43.464	100,0%	6.053	100,0%	6.903	100,0%	19.114	100,0%	11.394	100,0%	19.078	100,0%
darunter Status im Dezember 2011:														
▶ eingemündete Bewerber/Bewerberinnen	4.947	7,9%	3.144	7,2%	790	13,1%	407	5,9%	1.093	5,7%	854	7,5%	1.803	9,5%
▶ andere ehemalige Bewerber/Bewerberinnen, darunter:	7.432	11,9%	5.756	13,2%	673	11,1%	662	9,6%	2.007	10,5%	2.414	21,2%	1.676	8,8%
• ohne Angabe eines Verbleibs	3.720	5,9%	2.885	6,6%	177	2,9%	345	5,0%	607	3,2%	1.756	15,4%	835	4,4%
▶ noch weiter suchende Bewerber/Bewerberinnen mit Alternative	27.897	44,6%	20.617	47,4%	2.526	41,7%	2.115	30,6%	14.162	74,1%	1.814	15,9%	7.280	38,2%
▶ noch unversorgte Bewerber/Bewerberinnen ohne Alternative	22.266	35,6%	13.947	32,1%	2.064	34,1%	3.719	53,9%	1.852	9,7%	6.312	55,4%	8.319	43,6%
Alte Länder														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber/Bewerberinnen	51.963	100,0%	36.299	100,0%	4.926	100,0%	5.305	100,0%	17.707	100,0%	8.361	100,0%	15.664	100,0%
darunter Status im Dezember 2011:														
▶ eingemündete Bewerber/Bewerberinnen	3.923	7,5%	2.520	6,9%	638	13,0%	285	5,4%	1.004	5,7%	593	7,1%	1.403	9,0%
▶ andere ehemalige Bewerber/Bewerberinnen, darunter:	5.931	11,4%	4.639	12,8%	539	10,9%	510	9,6%	1.821	10,3%	1.769	21,2%	1.292	8,2%
• ohne Angabe eines Verbleibs	2.871	5,5%	2.248	6,2%	139	2,8%	260	4,9%	559	3,2%	1.290	15,4%	623	4,0%
▶ noch weiter suchende Bewerber/Bewerberinnen mit Alternative	24.790	47,7%	18.507	51,0%	2.116	43,0%	1.791	33,8%	13.246	74,8%	1.354	16,2%	6.283	40,1%
▶ noch unversorgte Bewerber/Bewerberinnen ohne Alternative	17.319	33,3%	10.633	29,3%	1.633	33,2%	2.719	51,3%	1.636	9,2%	4.645	55,6%	6.686	42,7%
Neue Länder														
Am 01.10.2011 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2011 erneut oder neu suchende Bewerber/Bewerberinnen	10.557	100,0%	7.153	100,0%	1.127	100,0%	1.597	100,0%	1.401	100,0%	3.028	100,0%	3.404	100,0%
darunter Status im Dezember 2011:														
▶ eingemündete Bewerber/Bewerberinnen	1.022	9,7%	624	8,7%	152	13,5%	122	7,6%	89	6,4%	261	8,6%	398	11,7%
▶ andere ehemalige Bewerber/Bewerberinnen, darunter:	1.494	14,2%	1.111	15,5%	134	11,9%	152	9,5%	183	13,1%	642	21,2%	383	11,3%
• ohne Angabe eines Verbleibs	846	8,0%	634	8,9%	38	3,4%	85	5,3%	48	3,4%	463	15,3%	212	6,2%
▶ noch weiter suchende Bewerber/Bewerberinnen mit Alternative	3.101	29,4%	2.107	29,5%	410	36,4%	324	20,3%	913	65,2%	460	15,2%	994	29,2%
▶ noch unversorgte Bewerber/Bewerberinnen ohne Alternative	4.940	46,8%	3.311	46,3%	431	38,2%	999	62,6%	216	15,4%	1.665	55,0%	1.629	47,9%

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Berechnungen des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Übersicht 6

Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich 2005 bis 2011

Konto	Kontoname	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
II	Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	417.647	412.083	390.552	363.037	348.217	320.013	294.294
II 01	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	68.095	67.949	63.976	59.940	59.812	54.180	52.219
II 02	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann.	58.706	59.341	55.548	51.776	49.821	47.478	44.051
II 03	Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch	48.581	46.446	44.337	42.688	32.473	30.620	28.150
II 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	29.106	27.811	35.635	33.909	31.928	28.468	25.076
II 05	Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inkl. einjährige (Berufs-)einstiegsklassen	58.431	55.339	46.841	42.571	41.973	40.661	38.968
II 06	Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag	27.035	28.671	25.789	21.364	20.875	19.186	16.251
II 07	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben	13.477	13.192	11.498	9.958	8.968	6.808	6.238
II 08	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.524	3.561	3.391	3.531	3.724	3.854	3.821
II 09	Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der BA	91.811	86.171	80.193	78.080	77.934	70.020	63.369
II 10	Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA	18.881	23.602	23.344	19.220	20.709	18.738	16.151

Ausbildung zu verbessern. Insofern ist es naheliegend, dass der überwiegende Teil der Jugendlichen im Übergangsbereich über vergleichsweise niedrigere beziehungsweise keinen Schulabschluss verfügt. Nach den Daten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2010⁴⁴ stellten Jugendliche mit Hauptschulabschluss mit 52,0 Prozent den größten Anteil im Übergangsbereich. 20,6 Prozent hatten keinen Hauptschulabschluss. Allerdings verfügten auch 24,9 Prozent der Jugendlichen über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Der Anteil der Jugendlichen mit Studienberechtigung im Übergangsbereich ist mit 1,5 Prozent sehr gering. Überdurchschnittlich stark waren Studienberechtigte in der Einstiegsqualifizierung vertreten (5,9 Prozent), einer Maßnahme, die hohe Übernahmequoten in Ausbildung garantiert. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss fanden sich besonders häufig im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inklusive einjährige Berufseinstiegsklassen (74,1 Prozent), in Bildungsgängen an Berufsschulen für erwerbstätige oder erwerbslose Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag (44,2 Prozent) sowie in Bildungsgän-

gen an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemein bildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben. Über die schulische Vorbildung der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich informiert Schaubild 8:

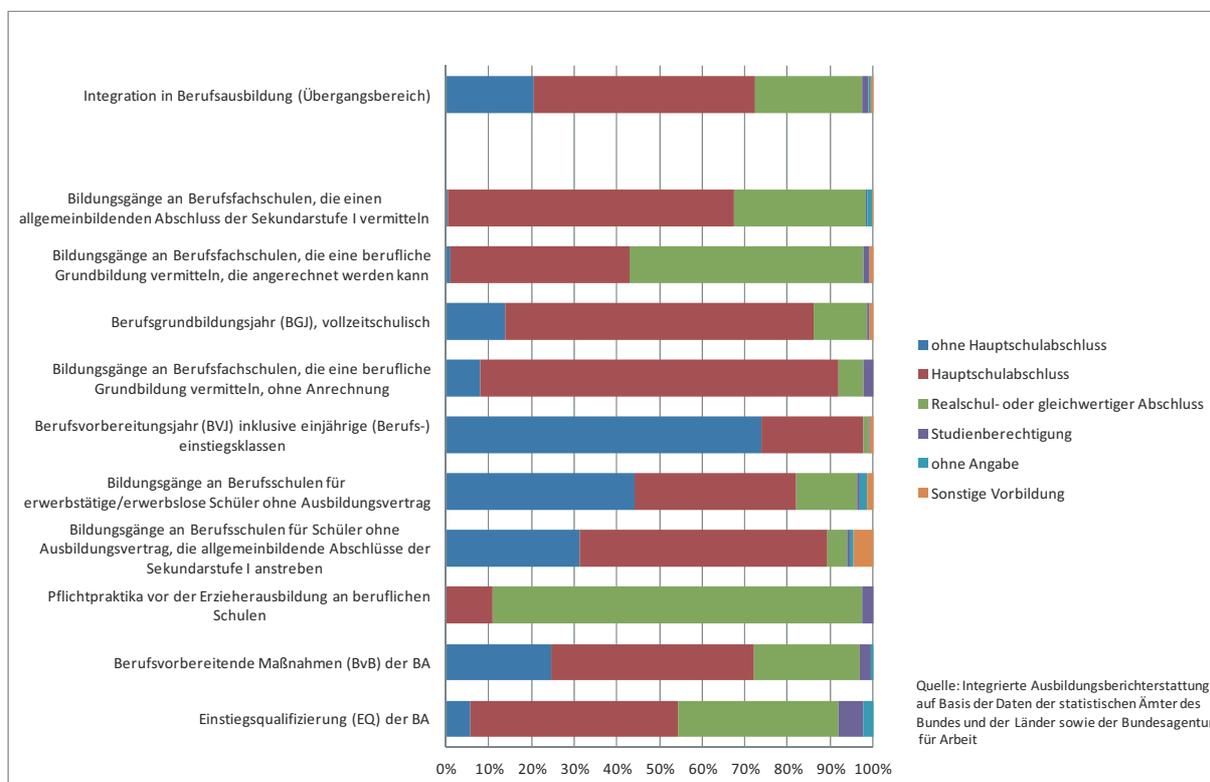
Mit einem Anteil von insgesamt 42,4 Prozent sind junge Frauen in den Maßnahmen des Übergangsbereichs 2010 etwas geringer vertreten als junge Männer. Überdurchschnittlich hoch ist der Frauenanteil bei den Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen (87,5 Prozent). Vergleichsweise hohe Männeranteile weisen das Berufsgrundbildungsjahr (62,8 Prozent) und das Berufsvorbereitungsjahr inklusive einjährige Berufseinstiegsklassen (62,4 Prozent) auf.

Der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen in Maßnahmen des Übergangsbereichs lag 2010 bei 15,8 Prozent. Am stärksten vertreten waren junge Ausländer und Ausländerinnen in Bildungsgängen an Berufsschulen für erwerbstätige oder erwerbslose Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag (20,4 Prozent). Aber auch in Bildungsgängen an Berufsschulen für Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben (19,7 Prozent), sowie in Bildungsgängen an Berufsfachschulen, die eine

⁴⁴ Für 2011 ist bislang nur die Schnellmeldung veröffentlicht. Differenzierte Daten liegen erst im Herbst vor.

Schaubild 8

Schulische Vorbildung der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich



berufliche Grundbildung vermitteln ohne Anrechnung (19,3 Prozent), waren ausländische Jugendliche überproportional oft zu finden. Zu beachten ist, dass dieser Effekt auch mit den unterschiedlich hohen Abschlüssen⁴⁵ zusammenhängt, die deutsche und ausländische jungen Menschen mit Verlassen der allgemein bildenden Schule erworben haben.

Die Daten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung lassen Aussagen über die Zahl der Eintritte in Maßnahmen des Übergangsbereichs zu und erlauben verschiedene Differenzierungen (Geschlecht, Nationalität, schulische Vorbildung). Sie beinhalten aber keine Informationen zu Bildungsverläufen von Personen. Hier sind ergänzende Befragungen notwendig. Da sich die Rahmenbedingungen seit der letzten BIBB-Übergangsstudie 2006 verändert haben, lässt das BMBF mit der BIBB-Übergangsstudie 2011 die Bildungs- und Berufswege junger Menschen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erneut untersuchen. Eine besondere Aufmerksamkeit soll auf die Gruppen von Jugendlichen gerichtet werden, deren Beteiligung an dualer Berufsausbildung bislang unterdurchschnittlich ausfällt, die aber dringend gebraucht werden, um den zukünftigen Fachkräftebedarf sicherzustellen. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2012 vorliegen.

⁴⁵ Vergleiche Kapitel 2.5

Prognose zur Entwicklung des Übergangsbereichs

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung kann für die Vergangenheit die Entwicklung des Übergangsbereichs nachzeichnen. Aus bildungspolitischer Sicht ist aber auch die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Übergangsbereichs von großem Interesse. Das BIBB hat hierzu eine Prognose vorgelegt. Basis ist eine Zeitreihenanalyse der Entwicklung von 1992 bis 2011. Diese zeigt, dass die Zahl der Einmündungen in den Übergangsbereich insbesondere von zwei Determinanten abhängt: zum einen von der Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen und zum anderen von der Höhe des Ausbildungsangebotes. Während für die Entwicklung der Schulabgängerzahlen verlässliche Prognosen vorliegen, gestaltet sich insbesondere vor dem Hintergrund konjunktureller Unwägbarkeiten die Vorhersage der Entwicklung des Ausbildungsangebotes deutlich schwieriger. Das BIBB arbeitet daher bei der Vorausschätzung des Ausbildungsangebotes mit verschiedenen Szenarien, welche die Spannweite möglicher Entwicklungen verdeutlichen soll.

- In Szenario 1 wird davon ausgegangen, dass sich das Ausbildungsplatzangebot ab 2012 bis 2025 jährlich um rund -10 000 Plätze verringert und sich somit der sinkenden Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen anpasst.

- Szenario 2 rechnet mit einem konstanten, gegenüber 2011 unveränderten Ausbildungsangebot von rund 600 000.
- In einem auch aus Sicht des BIBB unrealistischen Szenario 3 wird – als Gegenmodell zu Szenario 1 – unterstellt, dass sich das Ausbildungsangebot gegenüber 2011 jährlich um rund +10 000 Plätze erhöht. Das Szenario wurde berechnet, um einen Eindruck zu vermitteln, wie stark der Abbau des Übergangsbereichs im Extremfall ausfallen könnte und ob ein völliges Verschwinden des Übergangsbereichs realistisch ist.

Wie Schaubild 9⁴⁶ zeigt, gehen die Szenarien von einer weiteren Abnahme der Anfängerzahlen im Übergangsbereich bis 2025 aus.⁴⁷ Infolge der demografischen Entwicklung sinkt die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemein bildenden Schulen so stark, dass selbst unter Annahme des pessi-

⁴⁶ Da Variante 3 als unrealistisch erachtet wird, ist die entsprechende Entwicklung im Schaubild nicht abgebildet.

⁴⁷ Bedingt durch einen leichten Anstieg der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen in den Jahren 2013 und 2014 wird dieser Trend kurzfristig unterbrochen. Bereits in 2015 (Szenario 2) beziehungsweise 2016 (Szenario 1) liegt ihre Zahl aber wieder unter dem Wert von 2012.

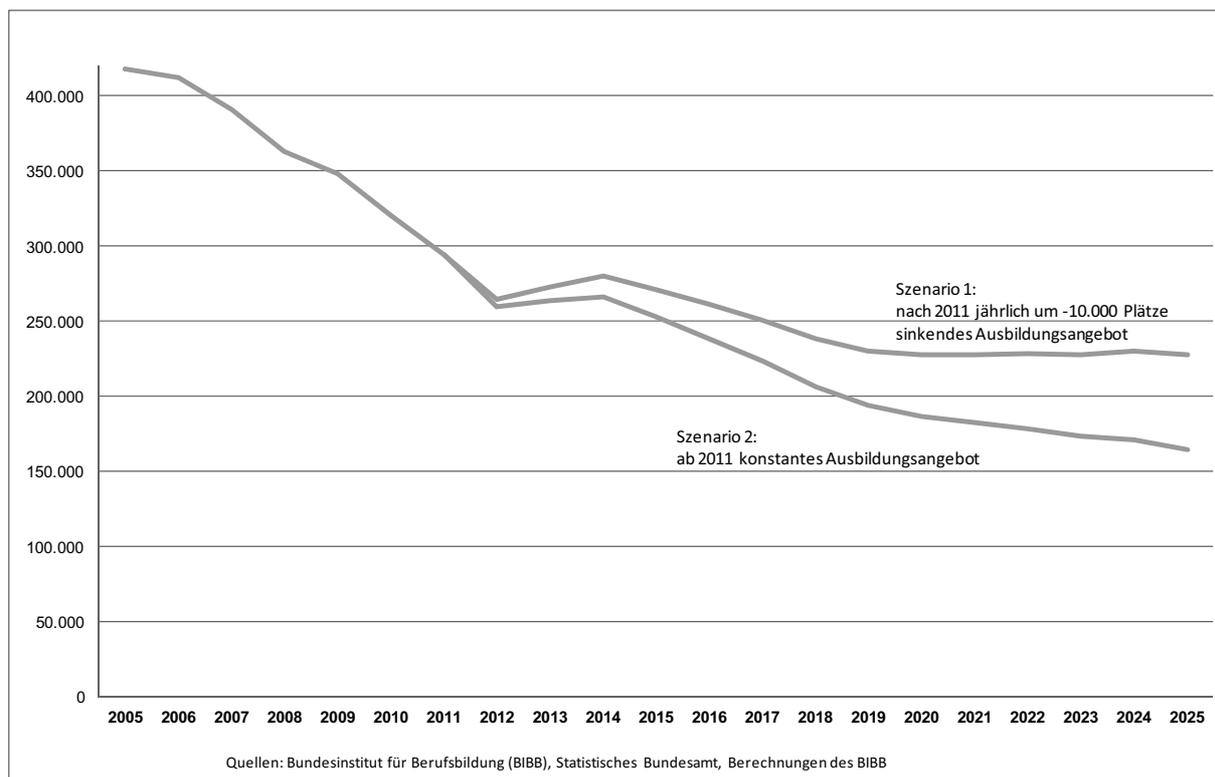
mistischeren Szenarios 1 mit einem weiteren Absinken der Anfängerzahlen auf unter 230 000 zu rechnen wäre. Sollte das Ausbildungsangebot wie in Szenario 2 dargestellt konstant bleiben und jährlich künftig rund 600 000 betragen, würden die Anfängerzahlen im Übergangsbereich auf unter 165 000 absinken. Selbst bei dem unrealistischen Szenario 3 mit einem jährlichen Anstieg des Ausbildungsangebots auf 740 000 bis zum Jahr 2025 wäre immer noch mit rund 100 000 Anfängern und Anfängerinnen im Übergangsbereich zu rechnen.

Zu berücksichtigen ist, dass hier Szenarien dargestellt werden, die bestimmten Annahmen unterliegen. In der Realität wird es zu Abweichungen gegenüber diesen Annahmen kommen. Wichtige Einflussfaktoren für das Ausmaß der Abweichungen sind neben der konjunkturellen Entwicklung und der tatsächlichen Entwicklung der Ausbildungsangebote auch die Wirksamkeit der bereits eingeleiteten Maßnahmen und Programme zur Förderung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife.

Die Prognose zeigt aber, dass ein vollständiger Abbau des Übergangsbereichs selbst bei günstigster Ausbildungsmarktentwicklung unrealistisch ist. Umso wichtiger ist es, das Ziel der Effizienzsteigerung der Fördermaßnahmen im Übergangsbereich konsequent umzusetzen, um junge Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, zu

Schaubild 9

Entwicklung der Anfängerzahlen in den Bildungsgängen des Übergangsbereichs (bis 2011 Ist-Zahlen, ab 2012 Prognose)



identifizieren und ihnen den Weg in die Ausbildung zu erleichtern.

Mehr Chancen für Altbewerber und Altbewerberinnen

Als Antwort auf die gestiegenen Altbewerberzahlen der vergangenen Jahre⁴⁸ hat die Bundesregierung gezielte Maßnahmen für besonders förderbedürftige Jugendliche aufgelegt (vergleiche Kapitel 3). Die gemeinsamen Anstrengungen haben zu einem Rückgang der Altbewerberzahlen geführt. Gleichwohl besteht weiterhin Handlungsbedarf. Altbewerber und Altbewerberinnen sind daher

⁴⁸ Die angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt der vergangenen Jahre (bis 2005 rückläufiges Ausbildungsangebot bei wachsenden Schulabgängerzahlen) hat zu steigenden Anteilen von Bewerbern und Bewerberinnen geführt, die statt in betriebliche Ausbildung in alternative Bildungs- und Qualifizierungswege einmünden. Dieser Personenkreis hält seinen Wunsch nach einer Ausbildung im dualen System zu großen Teilen aufrecht und konkurriert dann mit den aktuellen Schulabgängern und Schulabgängerinnen um die vorhandenen Ausbildungsstellen. Auch wenn sich der Ausbildungsstellenmarkt entspannt, stellen die sogenannten Altbewerber und Altbewerberinnen weiterhin eine Herausforderung dar.

eine wichtige Zielgruppe im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2011 bis 2014.

Bewerber und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren (ohne zkt)

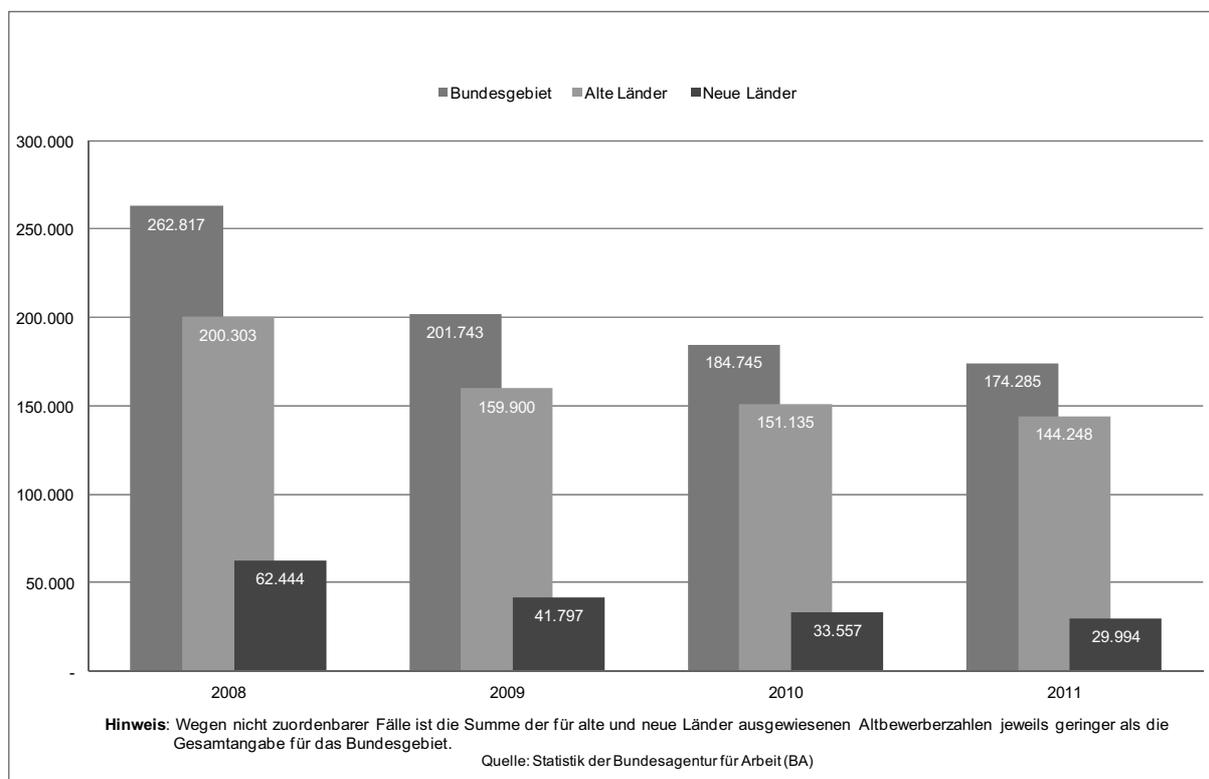
Die Datenlage der BA zu den sogenannten Altbewerbern und Altbewerberinnen hat sich im Jahr 2010 verbessert⁴⁹. Neben den „Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr“ (siehe unten) stehen nun auch Daten zu den „Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren“ zur Verfügung. Die Daten deuten auf einen Rückgang der Altbewerberzahlen hin (vergleiche Schaubild 10):

- Verglichen mit 2010 ist die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren um -10 460 beziehungsweise -5,7 Prozent auf insgesamt 174 285 gesunken.
- Seit 2008 konnte ihre Zahl um -88 532 beziehungsweise -33,7 Prozent reduziert werden.

⁴⁹ Vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 33.

Schaubild 10

Bewerber und Bewerberinnen, die bereits in Vorjahren mit Unterstützung der BA eine Ausbildungsstelle suchten (Daten ohne zkt)



- Lag der Anteil der Bewerber und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren 2008 noch bei 42,4 Prozent, ist er in den Folgejahren weiter zurückgegangen (2009: 37,8 Prozent, 2010: 35,2 Prozent, 2011: 33,7 Prozent).
- Sowohl die alten Länder (2008: 41,6 Prozent, 2009: 37,1 Prozent, 2010: 34,7 Prozent, 2011: 33,3 Prozent) als auch die neuen Länder (2008: 45,3 Prozent, 2009: 40,7 Prozent, 2010: 38,1 Prozent, 2011: 35,7 Prozent) verzeichneten Rückgänge.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass die BA die Zuordnung zu den Jahreskategorien danach vornimmt, wann die Person zuletzt als Bewerber beziehungsweise als Bewerberin gemeldet war. Es sind also keine Aussagen darüber möglich, ob eine Person, die zum letzten Mal ein Jahr vor dem Berichtsjahr gemeldet war, bereits auch schon in früheren Jahren mit Unterstützung der BA eine Ausbildungsstelle gesucht hatte. Entsprechend darf aus dem längeren zurückliegen der letzten Erfassung nicht geschlossen werden, dass die Person sich während des gesamten Zeitraums vergebens um eine Ausbildungsstelle bemüht hat.

Da die BA Bewerber und Bewerberinnen, die bei zugelassenen kommunalen Trägern (zkT)⁵⁰ gemeldet sind, erst seit dem Berichtsjahr 2008/2009 ausweist, kann naturgemäß die Berichterstattung zu Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Jahren nur bis zu diesem Berichtsjahr zurückreichen. Konkret bedeutet dies, dass für das Jahr 2010/2011 nur Daten zu den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren vorliegen, die sich maximal zwei Jahre vor dem Berichtsjahr beworben haben (ein- und zweijährige Reichweite).⁵¹ Die vollständige Erfassung der Bewerber und Bewerberinnen aus früheren Jahren (fünfjährige Reichweite) wird erst mit dem Berichtsjahr 2013/2014 erreicht.⁵² Daher konzentriert sich die Darstellung zurzeit noch auf die bei Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Bewerber und Bewerberinnen (ohne zkT).

Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr

In der Statistik der BA zum Ausbildungsmarkt lagen lange Zeit keine Informationen darüber vor, ob die gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen bereits in früheren Jahren mit Unterstützung der BA oder der zkT einen Ausbildungsplatz gesucht hatten. Erfasst war lediglich, ob das Schulentlassjahr der aktuellen Bewerber und Bewerberinnen schon länger zurücklag. Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr wurden in Verwendung der BA-Statistik als Altbewerber und Altbewerberinnen definiert, wengleich auch bekannt

war, dass es sich bei dieser Gruppe nicht zwangsweise um Altbewerber und Altbewerberinnen handelt, die sich tatsächlich schon einmal früher um eine Berufsausbildung bemüht hatten.⁵³

Auch bei der Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr zeichnet sich eine positive Entwicklung ab:

- Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr ist seit 2009⁵⁴ kontinuierlich gesunken (2009: 256 115, 2010: 255 799, 2011: 234 747). Gegenüber 2010 betrug der Rückgang -21 052 beziehungsweise -8,2 Prozent.
- Anders als im Vorjahr verzeichneten 2011 sowohl alte Länder (2009: 198 817, 2010: 204 405, 2011: 187 051) als auch neue Länder (2009: 57 234, 2010: 51 319, 2011: 47 611) Rückgänge. In den alten Ländern ging die Zahl der Bewerber mit Schulabschluss vor dem Berichtsjahr um -17 354 beziehungsweise -8,5 Prozent zurück. In den neuen Ländern betrug der Rückgang gegenüber 2010 -3 708 beziehungsweise -7,2 Prozent.
- Auch die relativen Anteile sind von 2011 auf 2010 zurückgegangen. Das gilt für Bundesgebiet (2009: 46,1 Prozent, 2010: 46,3 Prozent, 2011: 43,6 Prozent), alte Länder (2009: 44,5 Prozent, 2010: 44,7 Prozent, 2011: 41,7 Prozent) und neue Länder (2009: 52,6 Prozent, 2010: 54,2 Prozent, 2011: 52,9 Prozent) gleichermaßen.⁵⁵

Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010⁵⁶

Anders als in der BA-Statistik wird im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung ausgewiesen, wann sich ein Bewerber beziehungsweise eine Bewerberin erstmalig um einen Ausbildungsplatz beworben hat. Demnach waren 2010 209 240 (38 Prozent) der gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen der Gruppe der Altbewerber und Altbewerberinnen zuzurechnen. Die Befragung hatte darüber hinaus gezeigt, dass die Gruppe der Altbewerber und Altbewerberinnen sehr heterogen ist, mit teils guten, aber zum Teil sehr schlechten Ausbildungschancen. Die Chance, in

⁵⁰ Vergleiche auch Fußnote 8 in Kapitel 2.1.

⁵¹ Demnach waren 165 596 Bewerber und Bewerberinnen ein oder zwei Jahre vor Berichtsjahr schon einmal Bewerber/Bewerberin (einschließlich zkT).

⁵² Vergleiche Methodenbericht der Statistik der BA. Statistiken über den Ausbildungsmarkt: Bewerber auf früheren Berichtsjahren im aktuellen Berichtsjahr (<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Methodenberichte-Nav.html>)

⁵³ Ein Beispiel sind Wehrdienstleistende, die sich nach dem Wehrdienst erstmals um einen Ausbildungsplatz bewerben. Umgekehrt können Bewerber und Bewerberinnen des aktuellen Schulentlassjahrgangs Altbewerber und Altbewerberinnen sein, zum Beispiel dann, wenn sie sich nach erfolglosen Bewerbungen entschlossen haben, ihre Qualifikationen durch einen erneuten Schulbesuch zu verbessern (vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32).

⁵⁴ Analog zur sonstigen Berichterstattung im vorliegenden Berufsbildungsbericht werden hier alle Bewerber und Bewerberinnen (einschließlich zkT) erfasst. Daher beginnt die Zeitreihe erst mit dem Jahr 2009.

⁵⁵ Bei der Betrachtung der relativen Anteile ist zu beachten, dass die demografische Entwicklung über die Entwicklung der Schulabgängerzahlen dabei auch eine Rolle spielt. Beispiel: Bei stark sinkenden Schulabgängerzahlen fällt auch die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen, die aktuell die Schulzeit beendet haben, von Jahr zu Jahr niedriger aus. Dies erhöht den Anteil der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als relative Größe (vergleiche auch Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32).

⁵⁶ Vergleiche auch Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32.

Ausbildung einzumünden, hängt von verschiedenen Einflussfaktoren ab. Je länger der Schulentlasszeitpunkt zurückliegt, je schlechter das Zeugnis ausfällt, je älter der Bewerber beziehungsweise die Bewerberin ist, desto geringer sind die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Unternehmen können Ausbildungsstellen nicht besetzen

Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Ein Indiz dafür ist der deutliche Anstieg der bei der BA gemeldeten unbesetzten Berufsausbildungsstellen, zuletzt um +10 084 verglichen mit 2010 (vergleiche Kapitel 3.1).

Auch Betriebsbefragungen zeigen, dass sich für Unternehmen die Suche nach Auszubildenden immer schwieriger gestaltet. Während noch vor einigen Jahren meist das mangelnde Leistungsvermögen und die unzureichende schulische Qualifikation der Bewerber und Bewerberinnen bei den angeführten Gründen im Vordergrund standen, gewinnt der demografisch bedingte Bewerberrückgang als Ursache für unbesetzte Berufsausbildungsstellen zunehmend an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die neuen Länder, da die Schulabgängerzahlen dort besonders stark zurückgegangen sind.

Nach ersten Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels 2011⁵⁷ konnten mehr als ein Drittel der Betriebe (35 Prozent), die Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2010/2011 angeboten haben, eine oder mehrere Ausbildungsstellen nicht besetzen. In den neuen Ländern traf dies auf fast jeden zweiten Betrieb (48 Prozent) zu (zum Vergleich: alte Länder 33 Prozent).

Unterschiede gab es auch zwischen den Branchen sowie nach Betriebsgröße:

Fast jeder zweite Betrieb (44 Prozent) der Branche „Sonstige Dienstleistungen“, zu der beispielsweise auch das Gaststättengewerbe zählt, konnte für mindestens eine angebotene Stelle keinen geeigneten Bewerber beziehungsweise keine geeignete Bewerberin finden. Auch in der Branche „Handel und Reparatur“ (36 Prozent) sowie im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe (33 Prozent) waren die Anteile der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen vergleichsweise hoch. Von den Betrieben, die unternehmensnahe Dienstleistungen anbieten, also beispielsweise Banken, Versicherungen oder Betriebe des Informations- und Kommunikationstechnologiesektors, ist es dagegen nur jedem fünften Betrieb (22 Prozent) nicht gelungen, alle angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen.

Kleinere und Kleinstbetriebe hatten deutlich mehr Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl sinkt der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen (1 bis 19 Beschäftigte: 42 Prozent, 20 bis 99 Beschäftigte: 28 Prozent,

100 bis 199 Beschäftigte: 22 Prozent, 200 und mehr Beschäftigte: 19 Prozent). Als mögliche Erklärung nennt das BIBB, dass Großbetriebe bei jungen Menschen eine größere Attraktivität als Ausbildungsbetrieb genießen und ihnen darüber hinaus auch mehr Mittel für Rekrutierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Betriebe gehen überwiegend (zu 58 Prozent) davon aus, dass die Problematik der unbesetzten Ausbildungsstellen in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Nur eine Minderheit von 3 Prozent ist der Meinung, dass die Suche nach Auszubildenden einfacher wird. Keinen Unterschied erwarten 39 Prozent.

Da die Qualifizierungspanelbefragung 2011 erstmalig durchgeführt wurde, lassen sich keine Aussagen über die Entwicklungen im Zeitverlauf treffen. Hier zeigt aber z. B. die jährliche vom Deutschen Industrie und Handelskammertag (DIHK) durchgeführte Befragung von IHK-Betrieben⁵⁸, dass zunehmend mehr IHK-Betriebe von Lehrstellenvakanzen betroffen sind. Der Anteil der IHK-Betriebe, der die Frage „Konnten Sie alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen?“ verneinte, stieg von 15 Prozent im Jahr 2007 auf jeweils 21 Prozent in den Jahren 2008 und 2009. 2010 fiel er mit 24 Prozent noch einmal höher aus. Auch die Ergebnisse der zweiten Welle des BMWi/IW-Qualifizierungsmonitors⁵⁹ deuten auf eine Vergrößerung der Problematik hin. Im Allgemeinen schätzen die Unternehmen ihre Rekrutierungsschwierigkeiten im Jahr 2011 stärker ein als noch im Jahr 2010. Während knapp fünf Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen eine Erleichterung in der Rekrutierung sehen, empfinden rund 37 Prozent eine Verschärfung der Probleme.

Auf Basis der Ergebnisse der BIBB-Erhebung zum 30. September können diejenigen Berufe identifiziert werden, in denen der Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätze am betrieblichen Gesamtangebot besonders hoch ist. Da hier definitionsgemäß nur unbesetzte Ausbildungsplätze in die Berechnungen einfließen können, die der BA zum Ende des Ausbildungsjahres auch gemeldet sind, fallen die Anteile allerdings geringer als in den genannten Umfragen aus. Verglichen mit 2010⁶⁰ hat sich die Rangfolge der Berufe zwar geringfügig verschoben, alle angeführten Berufe weisen jedoch einen höheren Anteil der unbesetzten Stellen am betrieblichen Gesamtangebot als im Vorjahr auf.

Schaubild 11 zeigt Berufe, in denen sich schon jetzt ein Bewerbermangel abzeichnet.

Aus bildungspolitischer Sicht stellen unbesetzte Berufsausbildungsstellen nicht nur ein temporäres Problem des aktuellen Ausbildungsjahres dar. Nicht auszuschließen ist, dass sich Betriebe, die wiederholt die Erfahrung machen, ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen

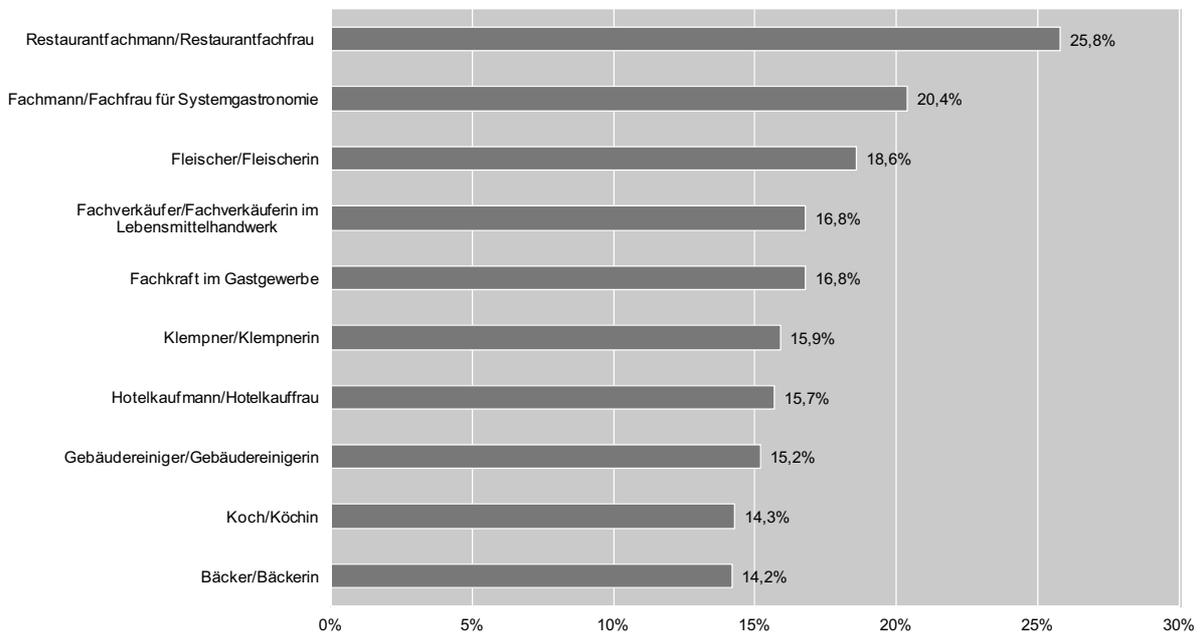
⁵⁷ Vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A4.10.4

⁵⁸ 2011 beteiligten sich 14 299 Unternehmen an der Online-Umfrage, vergleiche www.dihk.de/themenfelder/aus-und-weiterbildung/ausbildung/ausbildungspolitik/umfragen-und-prognosen/dihk-ausbildungs-umfrage

⁵⁹ Vergleiche www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=422528.html

⁶⁰ Vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 35.

Schaubild 11

Berufe mit einem hohen Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am betrieblichen Gesamtangebot

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September, Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

zu können, dauerhaft aus der dualen Berufsausbildung zurückziehen und damit ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung nicht nutzen.

Nach den Auswertungen des BIBB zur Betriebsstatistik der BA ist die Ausbildungsbetriebsquote⁶¹ 2010 auf 22,5 Prozent gesunken (2009: 23,5 Prozent, 2008: 24 Prozent, 1999: 23,6 Prozent). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe um -3,3 Prozent zurückgegangen ist, während die Gesamtzahl der Betriebe leicht um +0,6 Prozent anstieg. Auffällig ist der hohe Bestandsverlust bei den Ausbildungsbetrieben. Weder in den alten noch in den neuen Ländern hatte es bei den Ausbildungsbetrieben in den letzten elf Jahren so große prozentuale Bestandsrückgänge gegeben wie 2010.⁶²

Die Bundesregierung wird diese Entwicklung weiter beobachten. Wichtige zusätzliche Erkenntnisse erhofft sie sich dabei aus Betriebsbefragungen wie dem neuen, vom BMBF geförderten Qualifizierungspanel des BIBB.⁶³

Die Bundesregierung empfiehlt Unternehmen, ihre unbesetzten Ausbildungsplätze der BA zu melden. Junge Menschen sollten die BA bei der Suche nach Ausbildungsplätzen einschalten.

⁶¹ Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Ausbildungsbetriebe.

⁶² Vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A4.10.

⁶³ Vergleiche Kapitel 4.3.4

Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss

Rund 15 Prozent (hochgerechnet 1,46 Millionen) der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland verfügen über keinen Berufsabschluss und somit nicht über die Voraussetzung für eine qualifizierte Beteiligung am Erwerbsleben⁶⁴. Dies ist mit erheblichen negativen Konsequenzen verbunden – für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.⁶⁵ Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden auch diese Jugendlichen als Fachkräfte gebraucht.

Nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2006 sind schlechte Bildungsvoraussetzungen und besondere Lebensumstände wesentliche individuelle Ursachen der Ausbildungslosigkeit. Ein fehlendes Interesse an einer vollqualifizierenden Berufsausbildung spielt dagegen nur

⁶⁴ Diese Gruppe ist sehr heterogen. So finden sich zwar überwiegend geringqualifizierte Personen mit entsprechenden Problemen am Arbeitsmarkt, in dieser Gruppe aber auch Personen, die zum Beispiel eine Ausbildung/ein Studium nicht abgeschlossen haben. Diese sind zwar formal gering- oder unqualifiziert, haben aber weniger Probleme bei der Arbeitsmarktintegration, da sie bereits Qualifikationen erworben haben und oft erst dann abbrechen, wenn sie eine Perspektive am Arbeitsmarkt gefunden haben.

⁶⁵ Eine aktuelle Analyse des BIBB zur Situation ungelernerter beziehungsweise geringqualifizierter Erwerbstätiger kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Erwerbssituation der Ungelernten durch den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen, auf denen sie überhaupt Beschäftigung finden, zusätzlich verschärft hat. Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist bei dieser Gruppe dreimal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (vergleiche BIBB-Report 17/12, <http://www.bibb.de/de/60446.htm>).

eine geringe Rolle. Fast alle Befragten hatten nach einer Ausbildungsstelle gesucht, ein gutes Drittel hat einmal eine Berufsausbildung begonnen, diese aber nicht erfolgreich abgeschlossen, darunter vor allem Auszubildende mit niedriger schulischer Vorbildung.

Erfahrungen haben gezeigt, dass eine frühzeitige, kontinuierliche und individuelle Begleitung der Jugendlichen (zum Beispiel durch Berufseinstiegsbegleiter/Berufseinstiegsbegleiterinnen und Mentoren/Mentorinnen in Kombination mit systematischem Übergangsmanagement) hier den richtigen Ansatz darstellt, um auch diesen jungen Menschen eine qualifizierte Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. Wichtig ist es auch, Nachqualifizierungsstrukturen zu etablieren. Die Bundesregierung hat ihr Engagement daher entsprechend verstärkt.

Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch

Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden im Jahr 2010 bundesweit 142 242 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Damit lag die Lösungsquote bei 23,0 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr (22,1 Prozent) leicht gestiegen.⁶⁶

Vertragslösungen können vielfältige Ursachen haben. Dazu zählen zum Beispiel Insolvenz und Schließung des Betriebs, der Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildung oder auch Berufswechsel der Auszubildenden. Sie sind also keineswegs alle mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Nach einer Studie des BIBB aus dem Jahr 2002 dürfte rund die Hälfte derer, die einen Ausbildungsvertrag lösen, Umsteiger/Umsteigerinnen sein, die ihre betriebliche Ausbildung in einem neuen Beruf und/oder Betrieb fortführen. Gleichwohl sind Vertragslösungen für beide Seiten mit Unsi-

cherheiten, einem Verlust von Zeit, Energie und anderen Ressourcen verbunden.

Die Vertragslösungsquoten variieren nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik deutlich zwischen einzelnen Ausbildungsberufen. Unter den Berufen mit sehr hohen Vertragslösungsquoten sind z. B. Berufe des Hotel- und Gastgewerbes (Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau 47,6 Prozent, Koch/Köchin 46,3 Prozent, Fachkraft im Gastgewerbe 42,1 Prozent) sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe (Servicekraft für Schutz und Sicherheit 45,9 Prozent, Gerüstbauer/Gerüstbauerin 41,3 Prozent). Sehr niedrige Vertragslösungsquoten weisen die Berufe Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte (3,4 Prozent), Elektroniker/Elektronikerin für Automatisierungstechnik (5,1 Prozent), Fluggerätemechaniker/Fluggerätemechanikerin (5,4 Prozent), Forstwirt/Forstwirtin (5,5 Prozent), Justizfachangestellter/Justizfachangestellte (6,0 Prozent) und Bankkauffmann/Bankkauffrau (6,0 Prozent) auf.

Hinzu kommt, dass bestimmte Personengruppen stärker betroffen sind als andere. So zeigen weitere Analysen des BIBB anhand der Berufsbildungsstatistik, dass die Vertragslösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss ist (ohne Hauptschulabschluss: 37,4 Prozent, mit Hauptschulabschluss: 32,2 Prozent, mit Realschulabschluss: 20,2 Prozent, mit Studienberechtigung: 13,2 Prozent). Unterschiede sind auch bei Auszubildenden mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit erkennbar. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 29,2 Prozent vorzeitig gelöst, von den Verträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 22,6 Prozent. Teilweise können die Unterschiede in den Lösungsquoten aber auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen sein.⁶⁷

Im Vergleich zur Studienabbrecherquote an Hochschulen, die 2008 24 Prozent betrug, fällt die Vertragslösungsquote im dualen Ausbildungssystem vergleichsweise moderat aus, wenn man berücksichtigt, dass viele jungen Menschen mit gelöstem Ausbildungsvertrag ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb und/oder Beruf fortführen, während die Studienabbrecherquote den Anteil der Studienanfänger angibt, die überhaupt kein Studium abschließen.

Warum die Vertragslösungsquote trotz der eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung von Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch und der verbesserten Ausbildungsmarktsituation im Jahr 2010 nicht gesenkt werden konnte, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend geklärt werden.

Denkbar ist ein Zusammenhang mit der positiven konjunkturellen Entwicklung und der Entspannung am Ausbildungsmarkt. In Zeiten günstigerer wirtschaftlicher Entwicklungen ist das Angebot an Ausbildungsplätzen größer

⁶⁶ Die Lösungsquote gibt den Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen Neuabschlüssen an. Da zum aktuellen Berichtsjahr nicht bekannt ist, wie viele der Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag künftig ihren Vertrag vorzeitig lösen werden, wird bei der Berechnung der Vertragslösungsquote ein sogenanntes „Schichtenmodell“ herangezogen, das die Lösungsquote der aktuellen Ausbildungskohorte näherungsweise ermittelt. Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf eine Individualdatenerhebung (vergleiche Berufsbildungsbericht 2010, Seite 31) lässt sich die Vertragslösungsquote genauer berechnen. Hintergrund ist, dass jetzt bei zentralen ausbildungsrelevanten Ereignissen auch Monat und Jahr des Ereignisses erfasst werden. Die Vertragslösungen können also nach dem Jahr des Vertragsbeginns differenziert und auf die Zahl der Neuverträge mit entsprechendem Beginn-Datum prozentuiert werden (vergleiche www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf, Seite 20–25). Weiterer Vorteil der Individualdaten ist es, dass die Vertragslösungen nach allen in der Berufsbildungsstatistik erhobenen Variablen ausgewertet werden können, so auch nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit der Auszubildenden. Das neue Berechnungsverfahren kommt erst mit den 2009er Daten zum Tragen, weil für 2007 bedingt durch die Statistikumstellung keine belastbaren Daten vorlagen und für 2008 die Datenqualität noch zu wünschen übrig ließ. Auch für 2009 und 2010 ist nicht auszuschließen, dass es noch zu „Meldefehlern“ gekommen ist, wengleich sich die Datenqualität kontinuierlich verbessert hat. Durch die neue Berechnungsformel lassen sich die Angaben für 2009 und 2010 nicht mit früheren Darstellungen vergleichen.

⁶⁷ Vergleiche nächster Abschnitt „Personen mit Migrationshintergrund“

und der Wechsel zwischen Betrieben und Ausbildungsberufen könnte risikoloser erscheinen.⁶⁸ Die Bundesregierung sieht hier weiteren Forschungsbedarf. Eine neue Erhebung zu den Gründen für Vertragslösungen und dem anschließenden Verbleib wird angesichts der gegenüber 2002 veränderten Rahmenbedingungen für erforderlich erachtet.

Personen mit Migrationshintergrund

Nach wie vor besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Nach den Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder verlassen ausländische Jugendliche mehr als doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss wie deutsche Jugendliche (2010: 12,8 Prozent gegenüber 5,4 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr ist es gelungen, den Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss weiter zu reduzieren (2009: 13,8 Prozent gegenüber 5,8 Prozent). Der Rückgang fiel bei den ausländischen Jugendlichen aber mit -1,0 Prozentpunkt stärker aus als bei den deutschen Jugendlichen mit -0,4 Prozentpunkten. Die Schulabschlüsse ausländischer Jugendlicher sind insgesamt niedriger als die der deutschen Jugendlichen.⁶⁹

In der Berufsausbildung sind ausländische Jugendliche weiterhin stark unterrepräsentiert. 2010 fiel die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Ausländer mit 33,5 Prozent (2009: 31,4 Prozent) nur etwa halb so hoch aus wie die der deutschen jungen Menschen mit 65,4 Prozent (2009: 64,3 Prozent).⁷⁰ Gegenüber 2009 konnte allerdings eine leichte Verbesserung erzielt werden. Die Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen jungen Menschen stieg dabei etwas stärker (+2,1 Prozentpunkte) als die der deutschen jungen Menschen (+1,1 Prozentpunkte).

⁶⁸ Auf diesen Zusammenhang hatte auch schon der Berufsbildungsbericht 2006, Seite 121 hingewiesen.

⁶⁹ 2010: Hauptschulabschluss: 37,6 Prozent ausländische vs. 19,0 Prozent deutsche Jugendliche; Realschulabschluss: 35,6 Prozent ausländische vs. 41,1 Prozent deutsche Jugendliche; Fachhochschulreife: jeweils 1,6 Prozent ausländische und deutsche Jugendliche; allgemeine Hochschulreife: 12,4 Prozent ausländische vs. 33,0 Prozent deutsche Jugendliche. Zu beachten ist in diesem Kontext der bekannte Zusammenhang zwischen schulischer Qualifikation und dem sozioökonomischen Status der Eltern.

⁷⁰ Zur Berechnung der Ausbildungsbeteiligung werden Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie Daten der Bevölkerungsfortschreibung des StBA verwendet (Stichtag 31. Dezember). Die Ausbildungsbeteiligungsquote ist somit nicht mit der an anderer Stelle ausgewiesenen rechnerischen Einmündungsquote identisch. Errechnet wird die Ausbildungsquote, indem die Zahl der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag auf die Zahl der Jugendlichen in der Wohnbevölkerung mit entsprechendem Alter prozentuiert wird. Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten ist eine exaktere Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen Jugendlichen erfolgt, so dass die hier angegebenen Werte nicht mit früheren Veröffentlichungen vergleichbar sind. 2010 betrug die Ausbildungsbeteiligungsquote insgesamt 62,1 Prozent. Dies entspricht einem Anstieg um +1,1 Prozentpunkte. 2011er Daten liegen aus der Berufsbildungsstatistik noch nicht vor.

Während der Anstieg bei den deutschen Jugendlichen nur auf die jungen Männer zurückzuführen ist (+2,1 Prozentpunkte, junge Frauen: -0,1 Prozentpunkte), verzeichneten bei den ausländischen Jugendlichen sowohl junge Männer (+2,8 Prozentpunkte), als auch junge Frauen (+1,3 Prozentpunkte) Anstiege. Die Ausbildungsbeteiligungsquote junger ausländischer Frauen fällt mit 30,4 Prozent (2009: 29,1 Prozent) aber weiterhin am niedrigsten aus (zum Vergleich: ausländische Männer 2009: 33,6 Prozent, 2010: 36,4 Prozent; deutsche Frauen 2009: 55,5 Prozent, 2010: 55,4 Prozent; deutsche Männer 2009: 72,7 Prozent, 2010: 74,8 Prozent).

Zu berücksichtigen ist, dass sowohl die Schulstatistik als auch die Berufsbildungsstatistik nicht den Migrationshintergrund, sondern die Staatsangehörigkeit erfassen. Insofern werden hier nur Teilgruppen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ausgewiesen. Empirische Erhebungen lassen aber ergänzende Aussagen zum Migrationshintergrund zu.

Anhand von Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2006 hatte schon der Berufsbildungsbericht 2010 gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der allgemeinbildenden Schulzeit ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie deutsche Jugendliche haben. Überdurchschnittlich häufig bleiben Jugendliche mit Migrationshintergrund aber ohne Berufsabschluss.⁷¹

Dass sich die Ausbildungsplatzsuche für junge Menschen mit Migrationshintergrund schwieriger gestaltet als für junge Menschen ohne Migrationshintergrund, belegt auch eine Sonderauswertung der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010.⁷² Demnach stellen die insgesamt niedrigeren Schulabschlüsse zwar eine wesentliche Ursache für den geringeren Einmündungserfolgs dar. Aber auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund signifikant niedriger als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Als möglicher Erklärungsansatz werden auch Selektionsprozesse bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen angeführt. Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass es innerhalb der Gruppe der jungen Migranten und Migrantinnen auch große Unterschiede nach Herkunftsregionen gibt. So ist es insbesondere für junge Menschen türkischer/arabischer Herkunft deutlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Berufsausbildung vermittelt Jugendlichen – mit und ohne Migrationshintergrund – zum einen das erforderliche Handwerkszeug, um erfolgreich in der Arbeitswelt agieren zu können, zum anderen ermöglicht sie den jungen Menschen, ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Für Migranten und Migrantinnen stellt die berufliche Bildung – neben der schulischen Bildung – das zentrale Instrument für die gesellschaftliche Integration dar. Angesichts der demografischen Entwicklung und zur Vermeidung eines möglichen Fachkräftemangels braucht die deutsche Wirtschaft alle

⁷¹ Projektfinanziert durch das BMBF hat das BIBB 2011 eine neue Übergangsstudie durchgeführt. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2012 vorliegen.

⁷² Vergleiche BIBB Report 16/11, www.bibb.de/de/60272.htm

jungen Menschen. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es daher, vorhandene Zugangsbarrieren in Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche mit Migrationshintergrund abzubauen. Daher sind junge Menschen mit Migrationshintergrund eine wesentliche Zielgruppe des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010 bis 2014.⁷³

Aber auch Personen, die im Ausland bereits einen Berufsabschluss erworben haben, sollen es künftig leichter haben, ihre Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt einzubringen. Die Bundesregierung hat mit dem Anerkennungsgesetz⁷⁴ ein Gesetz vorgelegt, mit dem die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Deutschland erleichtert werden. Das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ ist am 12. Dezember 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet worden und tritt am 1. April 2012 in Kraft. Das Anerkennungsgesetz erweitert den gesetzlichen Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren der ausländischen beruflichen Qualifikationen. In einer ganzen Reihe von Berufen wird außerdem die Kopplung des Berufszugangs an die deutsche Staatsangehörigkeit aufgehoben.

Das Gesetz gilt für rund 500 Berufe, für die der Abschluss auf Bundesebene geregelt ist. Hierunter fallen zum Beispiel Ärzte, Krankenpflegepersonal, Handwerksmeister und alle Abschlüsse der 350 deutschen Ausbildungsberufe im dualen System. Die Länder planen, für die Berufe in ihrem Zuständigkeitsbereich ebenfalls adäquate Anrechnungsmöglichkeiten einzuführen.

Dadurch werden im Ausland erworbene Berufsausbildungen künftig in Deutschland besser gewürdigt. Dies ist ein Meilenstein zur Integration in die Erwerbstätigkeit und die Gesellschaft und ein wichtiger Beitrag zur Gewinnung von Fachkräften.

Berufsausbildung von Menschen mit Behinderung

Die berufliche Integration von behinderten Menschen wird von der Bundesregierung intensiv gefördert. Auf der Grundlage der Sozialgesetzbücher (SGB) II, III und IX werden behinderte junge Menschen durch die BA bereits vor der Schulentlassung mit einem umfangreichen Dienstleistungsangebot der beruflichen Orientierung und Beratung beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt.

Im Jahresdurchschnitt 2011 besuchten nach vorläufigen Daten insgesamt 47 264 behinderte Menschen im Rahmen der beruflichen Ersteingliederung eine berufsfördernde Maßnahme mit dem Ziel eines Berufsabschlusses (2010: 50 900). Weitere 15 215 Jugendliche (2010: 16 800) befanden sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen. Im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) wurden im

Jahresdurchschnitt 2011 insgesamt 20 446 Personen (2010: 21 262) gefördert. Es handelt sich hierbei um behinderte Personen, die aufgrund ihres Leistungsvermögens nicht beziehungsweise noch nicht für eine Tätigkeit unter den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes in Frage kommen.

Im BBiG und in der Handwerksordnung (HwO) ist vorgesehen, dass behinderte Menschen ebenso wie Menschen ohne Behinderung in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Nur für behinderte Menschen, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, sollen die zuständigen Stellen aus anerkannten Ausbildungsberufen entwickelte Ausbildungsregelungen treffen. Um die notwendige Transparenz und Einheitlichkeit zu sichern, sieht das Gesetz vor, dass solche Regelungen nach Empfehlungen des Hauptausschusses des BIBB zu gestalten sind (§ 66 BBiG, § 42 HwO). Auf Basis dieser Regelungen wurden im Jahr 2011 bundesweit 11 203 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Das Bundeskabinett hat im Juni 2011 den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, dessen Ziel die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft ist.⁷⁵ Die Berufsausbildung behinderter Menschen wird im Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung des Aktionsplans aufgegriffen. Vorgesehen ist auch ein neu konzipierter Behindertenbericht der Bundesregierung, der einmal pro Legislaturperiode herausgegeben wird. Er soll in dieser neuen Form erstmals im zweiten Halbjahr 2012 erscheinen und als maßgeblicher Orientierungspunkt für die künftige Behindertenpolitik der Bundesregierung dienen.

2.6 Statistiken zur Berufsausbildung

Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Datenlage zum Ausbildungsmarkt kontinuierlich zu verbessern. Die Aufnahme des Merkmals Finanzierungsform in die BIBB-Erhebung zum 30. September und die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregat- auf eine Individualdatenerhebung sind gelungene Beispiele, über die schon in früheren Berufsbildungsberichten berichtet wurde.⁷⁶

Fortschritte wurden zuletzt auch bei der Erfassung des Migrationshintergrundes erzielt. So erheben die BA und die zkT seit November 2011 auch den Migrationshintergrund für statistische Zwecke.⁷⁷ Als wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sieht die Bundesregierung darüber hinaus die Fortführung und Weiterentwicklung der integrierten Ausbildungsberichterstattung.

⁷³ Vergleiche Kapitel 3.1.1

⁷⁴ Weitere Informationen sind unter www.anererkennung-in-deutschland.de erhältlich.

⁷⁵ Vergleiche www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a740-aktionsplan-bundesregierung.html

⁷⁶ Vergleiche auch Berufsbildungsbericht 2010, Seite 30-31 sowie Berufsbildungsbericht 2011, Seite 40.

⁷⁷ Die Erfassung des Migrationshintergrundes erfolgt auf Grundlage der Migrationshintergrund-Erhebungs-Verordnung (Migh-EV) vom 29. September 2010.

Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Ziel der Integrierten Ausbildungsberichterstattung ist es, die Datenlage zur Einschätzung der (Aus-)Bildungswege junger Menschen nach Verlassen der allgemein bildenden Schule zu verbessern. Nach Abschluss der ersten Projektphase Ende 2011 liegt ein bundesweiter, systematischer Überblick über die Nutzung der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote durch junge Menschen vor.

Nach den Ergebnissen der Schnellmeldung für den Berufsbildungsbericht 2012 stellt die Berufsausbildung auch 2011 mit 742 148 den größten Sektor. Der Sektor beinhaltet die Ausbildung im dualen System, die Berufsausbildung an beruflichen Schulen sowie die Ausbildung für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen (vergleiche Übersicht 7). Gegenüber 2010 ist die Zahl der Anfänger und Anfängerinnen im Sektor Berufsausbildung gestiegen (+12 575 beziehungsweise +1,7 Prozent). Dies ist insbesondere auf wieder höhere Anfängerzahlen in der dualen Berufsausbildung zurückzuführen. Zwar wies der Sektor Berufsausbildung in den Jahren 2006 bis 2008 noch höhere Anfängerzahlen auf, die jetzt vergleichsweise niedrigeren Anfängerzahlen sind aber auch auf die demografische Entwicklung zurückzuführen.

Der Übergangsbereich verzeichnete einen deutlichen Rückgang. Insgesamt begannen 2011 294 294 Jugendliche eine entsprechende Maßnahmen, -25 719 beziehungsweise -8,0 Prozent weniger als 2010. Verglichen mit 2005 ist die Zahl der Einmündungen in den Übergangsbereich sogar um -123 353 beziehungsweise -29,5 Prozent zurückgegangen (vergleiche auch Kapitel 2.5).

Die Zahl der Studienanfänger und Studienanfängerinnen nahm gegenüber dem Vorjahr um +70 936 beziehungsweise +15,8 Prozent auf 519 271 zu. Als eine Ursache für diesen vergleichsweise starken Anstieg sind die doppel-

ten Abiturientenjahrgänge in Niedersachsen und Bayern zu nennen.

Anders als in den Vorjahren ging die Zahl der Anfänger und Anfängerinnen in Bildungsgängen des Sekundarbereichs II, die zu einer Studienberechtigung führen, erstmals zurück (-50 408 beziehungsweise -9,1 Prozent auf 504 291). Das ist jedoch nicht auf ein geringeres Interesse der jungen Menschen an höheren Schulabschlüssen zurückzuführen. Vielmehr spielt eine Rolle, dass 2010 aufgrund der Umstellung auf die achtjährige Gymnasialzeit in Nordrhein-Westfalen noch ein Doppeljahrgang in die Sekundarstufe II eingetreten war. Im Jahr 2011 gab es bundesweit keine neuen Doppeljahrgänge mehr.⁷⁸

Über die Entwicklung der Sektoren im Zeitvergleich informieren Übersicht 7 und Schaubild 12.

Der Aufbau der Integrierten Ausbildungsberichterstattung erfolgte von 2009 bis 2011 im Rahmen von zwei Projekten: einem BIBB-Projekt und einem Gemeinschaftsprojekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Der Aufgabenschwerpunkt des BIBB-Projekts lag in der Entwicklung und Analyse von aussagekräftigen Indikatoren zur (Aus-) Bildungsberichterstattung.⁷⁹

Das Projekt der Statistischen Ämter hatte seinen Schwerpunkt in der Entwicklung und Bereitstellung eines länderübergreifenden Datensets für das Indikatorensystem. Grundlage für die angestrebte integrierte Ausbildungsberichterstattung sind vollständige und vergleichbare Datensätze. Eine Kernaufgabe des Projekts bestand daher

⁷⁸ Vergleiche https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_082_212.html.

⁷⁹ Über das Indikatorensystem bestehend aus Sektoren und Konten wurde bereits im Berufsbildungsbericht 2010 berichtet, Seite 31–32. Ausführlich informiert auch der Projektflyer: http://indikator.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_a4-seiter.pdf

Übersicht 7

Anfänger/Anfängerinnen in den Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Sektor Berufsausbildung	739.149	751.563	788.893	776.917	728.484	729.573	742.148
Sektor Übergangsbereich	417.647	412.083	390.552	363.037	348.217	320.013	294.294
Sektor Hochschulreife	454.423	466.700	463.464	514.603	526.684	554.699	504.291
Sektor Studium ¹⁾²⁾	366.242	355.472	373.510	400.600	428.000	448.335	519.271

Hinweis: Die hier angeführten Angaben sind nicht mit anderen Darstellungen im Berufsbildungsbericht 2012 vergleichbar. So umfasst der Sektor Berufsausbildung hier z.B. die "Konten" Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufe) inklusive vergleichbare Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG), Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO, Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO, Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens, Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst). Für weitere Erläuterungen der Sektoren und zu Angaben zu den einzelnen "Konten" vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kap. A6.1. Aufgrund von Datenrevisionen kommt es zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen.

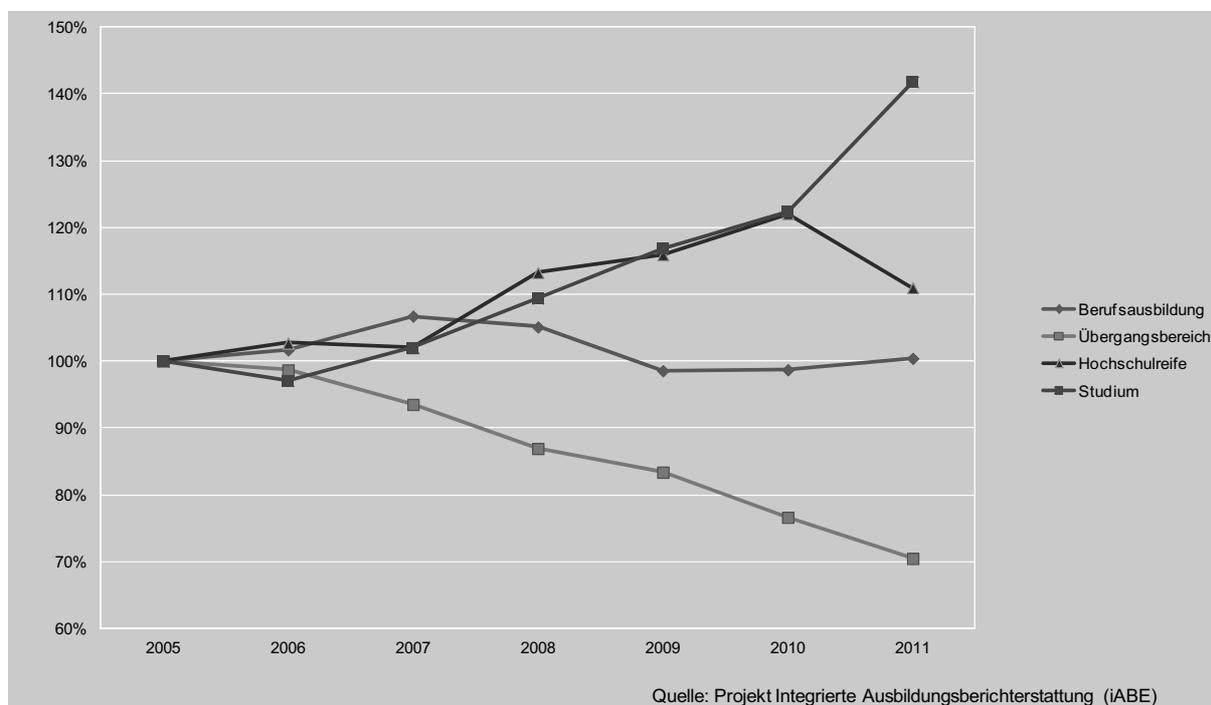
¹⁾ Inklusive Studierende im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten)

²⁾ doppelte Abiturientenjahrgänge in Hamburg (2010) sowie Bayern und Niedersachsen (2011)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2012

Schaubild 12

Verschiebungen zwischen den Sektoren 2005 bis 2011 (2005=100)



darin, den Sachstand der Länderdaten aufzugreifen und im Hinblick auf die Datenlage, den Datenzugang, die Vergleichbarkeit sowie die zeitliche Verfügbarkeit der Daten zu prüfen.

Um trotz heterogener Datenlage erste tragfähige Ergebnisse zu erzielen, wurden in allen 16 Ländern umfangreiche Sonderauswertungen für die Jahre 2005 bis 2010 durchgeführt. Im Berufsbildungsbericht 2011 wurde erstmals die sogenannte Schnellmeldung veröffentlicht. Mit der Aufnahme der Integrierten Ausbildungsberichterstattung in das Standardlieferprogramm der Statistischen Ämter ab 2012 kann die Datenlieferung für Berufsbildungsbericht und Datenreport zum Berufsbildungsbericht dauerhaft sichergestellt werden. Damit wurde ein wesentliches Projektziel, die aktuelle Gesamtschau im Berufsbildungsbericht abzubilden, realisiert.⁸⁰ Ergänzend zu Berufsbildungsbericht und Datenreport zum Berufsbildungsbericht haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Veröffentlichung „Indikatoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer vorgelegt“.⁸¹

Die Ergebnisse zeigen, dass schon jetzt mit der Integrierten Ausbildungsberichterstattung ein Mehrwert verbun-

den ist, der insbesondere durch die flächendeckende Einführung von Individualdaten noch gesteigert werden könnte. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Fachbeirat des Projekts in seinen Empfehlungen im Dezember 2011.⁸²

Das BMBF hat das BIBB-Projekt analog zur Laufzeit des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs bis 2014 verlängert. In dieser Phase sollen die bisherigen Arbeiten fortgeführt, die Indikatorik optimiert und Langzeitreihen für die Bildungsberichterstattung aufgebaut werden.

Der Bund appelliert an die Länder, die Integrierte Ausbildungsberichterstattung ihrerseits durch die flächendeckende Bereitstellung von Individualdaten zu unterstützen.

3 Berufsbildungspolitische Maßnahmen und Programme

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Entspannung zeigen einen Trend zu einem zunehmend entspannten Ausbildungsmarkt. Ausbildungsplätze bleiben u. a. auch aufgrund von regionalen Disparitäten unbesetzt. Auf der anderen Seite sind immer noch rund 294 000 Neuzugänge in den Übergangsbereich

⁸⁰ Bislang konnten Daten zu den verschiedenen Qualifizierungsgängen nur unvollständig und mit zeitlicher Verzögerung im Berufsbildungsbericht veröffentlicht werden.

⁸¹ Vergleiche <http://www.statistik-hessen.de/News/Presse3.jsp?TheMa=15&LfNr=41>

⁸² Vergleiche Empfehlung des Fachbeirats zur Integrierten Ausbildungsberichterstattung, http://indikatorik.bibb.de/dokumente/pdf/iABE-Empfehlungen_Dezember_2011.pdf

(2011) und rund 174 000 Altbewerber und Altbewerberinnen (2011) zu verzeichnen. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene haben nach wie vor keinen Ausbildungsabschluss. Die Quote der Lösungen von Ausbildungsverträgen liegt nach wie vor über 20 Prozent und der Anteil der Jugendlichen eines Altersjahrgangs, der eine duale berufliche Ausbildung wählt, ist niedriger als in früheren Jahren. Hinzu kommt ein Trend zu höheren Schulabschlüssen, der diese Entwicklung perspektivisch verstärkt. Vor diesem Hintergrund muss die berufliche Bildung attraktiver, flexibler und durchlässiger werden. Verlässliche Übergänge und Anschlüsse müssen im Bildungssystem geschaffen werden.

Alle Potenziale sollten angesichts des drohenden Fachkräftemangels im Bereich der beruflichen Bildung genutzt werden. Dabei gilt es, möglichst frühzeitig anzusetzen. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs wurde mit zwei neuen Paktpartnern und einer grundlegenden inhaltlichen Neuausrichtung im Oktober 2010 verlängert. Im Fokus der neuen Paktvereinbarung stehen neben den bisherigen quantitativen Zielen bezüglich neuer Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsplätze nun auch qualitative Ziele hinsichtlich förderungsbedürftiger und leistungsstarker Jugendlicher. Ziel der Bundesregierung ist, in den nächsten Jahren die berufliche Bildung zu stärken, sie im Sinne verzahnter, systemisch-strukturell wirkender Instrumente zu fokussieren und zugleich an die neuen demografischen und technologischen Veränderungen anzupassen.

Um zeitnah und bedarfsgerecht Aus- und Fortbildungsbedürfnisse an neue Entwicklungen und Qualifikationsanforderungen anpassen zu können, ist neben der technikoffenen Gestaltung der Ausbildungsordnungen und deren ständiger Überprüfung auf Qualität und Aktualität auch eine strategische Früherkennung von Qualifikationstrends und Berufsbildungsforschung erforderlich, um rechtzeitig geeignet reagieren zu können.

3.1 Duale Ausbildung stärken, Berufsorientierung ausbauen, Ausbildungsreife sicherstellen, Übergänge in Ausbildung erleichtern, Ausbildungsabschlüsse und damit Fachkräftenachwuchs sichern

Die Bundesregierung hat in den Vorjahren bereits mit einer Reihe von Maßnahmen die Ausbildungssituation verbessert und Maßnahmen zur Modernisierung in der beruflichen Bildung in Angriff genommen, die in 2011 angepasst und fortgeführt wurden. Die Maßnahmen werden insbesondere verzahnt und aufeinander abgestimmt. Sie werden in unterschiedlicher Art und Weise von weiteren Akteuren der beruflichen Bildung wie z. B. den Sozialpartnern in der Umsetzung unterstützt.

3.1.1 Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2014

Internet: www.bmbf.de/de/2295.php

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Sicherung eines adäquaten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebots für alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ist erklärte Zielsetzung der Bundesregierung. Dies gilt für leistungsstarke und leistungsschwächere Jugendliche gleichermaßen, denn nur so kann der Fachkräftebedarf Deutschlands gesichert werden. Die Bundesregierung hat deshalb gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft erstmals im Juni 2004 den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ vereinbart, der sowohl mehr betriebliches Ausbildungsengagement als auch zusätzliche Anstrengungen der öffentlichen Hand vorsieht.

Im Oktober 2010 wurde der Ausbildungspakt mit neuen Schwerpunkten um weitere vier Jahre verlängert. Als neue Partner mit eigenen Beiträgen wurden die Kultusministerkonferenz sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration in den Pakt aufgenommen. Für die inhaltliche Fortentwicklung des Paktes war bedeutsam, dass sich die Ausgangssituation seit 2004 grundlegend verändert hat. Statt Lehrstellenmangel ist aufgrund der demografischen Entwicklung inzwischen in einigen Branchen und Regionen ein Bewerbermangel zu verzeichnen. Gleichzeitig gibt es aber nach wie vor eine erhebliche Zahl von Bewerber/innen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht sofort gelingt. Hierzu zählen die sogenannten Altbewerber und Altbewerberinnen, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte, lernbeeinträchtigte und behinderte Jugendliche.

Der verlängerte Ausbildungspakt will daher unter dem Motto „Alle Potentiale erschließen“ gerade diesen jungen Menschen verstärkt Chancen auf eine Berufsausbildung bieten. Das heißt vor allem, die Ausbildungsreife der Abgänger von Haupt- und Realschulen frühzeitig zu verbessern, schwächere Jugendliche intensiver zu fördern, den jungen Menschen im Übergangsbereich echte Qualifizierungsangebote mit Abschlussperspektive zu eröffnen sowie die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildung voranzubringen.

Zentrale Maßnahmen der Paktvereinbarung sind u. a. die BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“, die mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel auf die qualitative Verbesserung des Übergangs von der Schule in die duale Berufsausbildung zielt, sowie die von der Wirtschaft erstmals angestrebten 10 000 betrieblich durchgeführten Einstiegsqualifizierungen/Jahr speziell für förderungsbedürftige Jugendliche (EQ Plus).

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zielt die Paktvereinbarung aber auch darauf, mehr leistungsstarke Jugendliche für eine betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen. Das BMBF und das BMWi haben deshalb im November 2011 die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ gestartet. Ziel der Offensive ist es, die hohe Attraktivität der dualen Ausbildung und die vielfältigen Chancen beruflicher Weiterbildung einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Am 1. Februar 2012 wurde die Bilanz nach einem Jahr Paktverlängerung vorgelegt. Demnach haben die Bemühungen der Paktpartner zu einer weiteren Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation beigetragen. Das gilt nicht nur für die Anstrengungen der Wirtschaft, sondern auch für die flankierenden Programme, mit denen die Bundesregierung ihren Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation leistet.

Resultate der Förderung:

Die Bundesregierung hat z. B. die Instrumente zur Förderung junger Menschen neu geordnet und auf den individuellen Handlungsbedarf ausgerichtet: Orientierung, Vorbereitung, Ausbildung. Mittlerweile unterstützen an 2 000 Schulen Berufseinstiegsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen nach dem SGB III und der Initiative „Bildungsketten“ Schüler und Schülerinnen ab dem vorletzten Schuljahr erfolgreich beim Übergang von der Schule in die Ausbildung. Deshalb wird die Berufseinstiegsbegleitung ab April 2012 vom Modell zum Regelinstrument. Die Bundesregierung hat auch ihre Programme erfolgreich fortgeführt, z. B. wurde die Zahl der Vermittler bei der passgenauen Vermittlung verdoppelt. Zur Steigerung der Ausbildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund führt die Bundesregierung derzeit drei Ausbildungskonferenzen durch.

Die Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze und zur Einwerbung neuer Ausbildungsbetriebe wurden im Jahr 2011 erneut übertroffen. Statt der zugesagten 60 000 wurden 71 300 neue Ausbildungsplätze eingeworben (2010: 70 300). Statt der zugesagten 30 000 fanden sich 43 600 neue Ausbildungsbetriebe zur Ausbildung bereit (2010: 42 800). Für die Einstiegsqualifizierungen (EQ) stellten Betriebe 25 600 Plätze zur Verfügung, darunter erstmals 4 600 EQ-Plus Plätze speziell für förderungsbedürftige Jugendliche. Alle zur Nachvermittlung erschienenen Jugendlichen haben mindestens ein Angebot erhalten. Bis zum Ende der Nachvermittlung konnte die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen auf 5 700 reduziert werden (Januar 2010: 5 800). Diesen Jugendlichen stehen noch ausreichend Angebote zur Verfügung, darunter 8 500 unbesetzte EQ-Plätze. Auch Jugendliche, die eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme in Aussicht hatten, wurden im Rahmen der Nachvermittlung gezielt angesprochen. Insgesamt hat sich die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen, die Ende September 2011 für eine berufsvorbereitende Maßnahme vorgemerkt waren, um 25,5 Prozent auf 14 000 verringert. Damit leisteten die Paktpartner einen Beitrag dazu, dass Jugendliche schneller eine Ausbildung beginnen.⁸³ Auch die Bundesverwaltung hat ihre Ausbildungsverpflichtungen erneut erfüllt. Ihre Ausbildungsquote lag auch 2011 mit 7,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über der im Pakt gegebenen Zusage von mindestens 7 Prozent (2010: 7,7 Prozent).

3.1.2 Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife von Jugendlichen, individuelle Begleitung von Jugendlichen

Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2014

Fördervolumen: 460 Millionen Euro (inklusive Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung, Potentialanalyse, Berufsorientierungsprogramm und VerA)

Internet: www.bildungsketten.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ bündelt das BMBF neue Förderinstrumente mit bereits bestehenden Förderprogrammen von Bund und Ländern und verzahnt sie. Ziel ist es, Jugendliche schon in der Schule effizient zu fördern, um Warteschleifen im Übergangsbereich zu vermeiden. Die Initiative ist ein wesentlicher Bestandteil des Ausbildungspaktes 2010 bis 2014.

Resultate der Bundesförderung

Zur Erreichung der Ziele hat das BMBF in der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ verschiedene Programme und Aktivitäten im Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung verzahnt. Hierzu insbesondere das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP), das Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER, JOBSTARTER CONNECT und Perspektive Berufsabschluss. Flankiert wird die Initiative durch die ehrenamtliche Begleitung von Jugendlichen im Rahmen der Initiativen Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (VerA) sowie coach@school. Weitere Partner und Initiativen sollen folgen.

Die Initiative wird von einer Bund-Länder-Begleitgruppe aktiv unterstützt. Die Bund-Länder-Begleitgruppe hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm, das sich um die Themstellung der Berufsorientierung, Potentialanalysen, Coaching-Ansatz, Verstetigung in den Ländern und Einbeziehung von Ehrenamtsaktivitäten rankt. Weiter bietet die Länderbegleitgruppe eine Transferbühne für gute Konzepte und gute Praxis. Länder und regionale Initiativen sollen möglichst in die Initiative integriert werden. Zur koordinierten Umsetzung wurden bereits mit drei Ländern Ländervereinbarungen geschlossen.

In Hessen unterstützt das BMBF die landesweit einheitliche Einführung des Potenzialanalyseverfahrens Kompo7. Das BMBF fördert darüber hinaus im Freistaat Thüringen seit 2011 die Umsetzung eines landesweiten Konzeptes zur Berufsorientierung auf der Grundlage von „BERUFSTART plus – vertiefte, wirtschaftsnahe und arbeitsmarktorientierte Berufswahlvorbereitung“. Das Thüringer Konzept umfasst eine Kompetenzfeststellung der Jugendlichen in der 7. Klasse, Berufsorientierungswor-

⁸³ Vergleiche www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=473970.html

chen und Praktika in den Klassen 8 bis 10 und die Betreuung durch Bildungsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen der Kammern bis in das erste Ausbildungsjahr.

Gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit wurde zum Schuljahr 2009/10 das Programm „STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung“ aus der Taufe gehoben. STARTKLAR! bietet den Jugendlichen die systematische Stärkung ihrer Ausbildungs- und Berufswahlreife in den Jahrgangsstufen 8 bis 10, wobei das BMBF-Berufsorientierungsprogramm die Stufe 1 in Klasse 8 darstellt. In den Klassen 9 und 10 können die Jugendlichen dann ihre Fähigkeiten und Interessen im Rahmen von Langzeitpraktika weiter erproben.

Mit dem Land Baden-Württemberg wurde im Februar eine Vereinbarung zur Ausweitung der Potenzialanalyse auf alle Realschulen getroffen. Mit weiteren Ländern sind Gespräche geplant.

Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung

Bildungspolitische Zielsetzung:

2010 hat das BMBF das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung Bildungsketten⁸⁴ im Rahmen der Initiative gestartet. Bis 2014 werden rund 1 000 hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen (BerEb) an über 1 000 Schulen Jugendliche in ihrem Entwicklungsprozess, dem Berufswahlprozess und dem Übergang in eine betriebliche Ausbildung bis zum Ausbildungsabschluss individuell begleiten – auf der Basis einer Potenzialanalyse.

Resultate der Bundesförderung:

Inzwischen sind 713 BerEb an 1 070 Schulen tätig. Davon sind 12,8 Prozent Förderschulen. Das Sonderprogramm ergänzt die bestehenden SGB III Instrumente der vertieften Berufsorientierung und der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III. Es wurde mit dem BMAS, der BA und den Ländern in den jeweils betreffenden Einzelbereichen abgestimmt.

Das Programm setzt in der Klasse 7 mit einer Potenzialanalyse an, in die auch außerschulische Kompetenzen und Begabungen einfließen. Seit 2011 nehmen jährlich bis zu 60 000 Schülerinnen und Schüler an Potenzialanalysen teil. Die Potenzialanalysen werden auf der Grundlage von Qualitätsstandards durchgeführt, die vom BMBF einheitlich vorgegeben werden. Mit ihnen werden die Stärken, Schwächen und Neigungen der Jugendlichen festgehalten. Die Potenzialanalyse ist der Ausgangspunkt für die weitere individuelle Förderung und Begleitung. Im Anschluss nehmen sich die BerEb der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an und entwickeln individuelle Förderpläne. Ab Klasse 8 beginnt die praxisnahe Berufsorientierung.⁸⁵ Die BerEb betreuen über mehrere Jahre bis zu 30 000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf.

⁸⁴ Vergleiche www.bmbf.de/pubRD/richtlinien_einstiegsbegleiter.pdf

⁸⁵ Vergleiche www.bildungsketten.de/de/253.php

Das BMBF steuert die Initiative gemeinsam mit einer Bund-Länder-Begleitgruppe. Zur wissenschaftlichen Begleitung und für die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ wurde die „Servicestelle Bildungsketten“ beim BIBB eingerichtet. Die Servicestelle koordiniert den Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure und transferiert gute Praxis. 2011 wurde hierfür u. a. eine Open-Space-Veranstaltung mit rund 600 Teilnehmenden durchgeführt und fünf Konferenzen mit jeweils ca. 150 Teilnehmenden auf regionaler Ebene initiiert.

Berufsorientierungsprogramm des BMBF in überbetrieblichen (ÜBS) und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)

Eckdaten:

Laufzeit: von April 2008 bis Juni 2010 Pilotprojekt; seitdem unbefristet

Bewilligungen seit 2008: ca. 130 Millionen Euro

Fördervolumen 2012: 60 Millionen Euro

Internet: www.bibb.de/berufsorientierung

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)⁸⁶ ist Teil der Bildungsketten-Initiative und bietet Schülerinnen und Schülern in Klasse 7 eine 2- bis 3-tägige Potenzialanalyse und in Klasse 8 zwei Wochen praktische Arbeit in der Werkstatt einer Berufsbildungsstätte. Das Programm soll Schülerinnen und Schülern, die einen Abschluss der Sekundarstufe I als höchsten Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule anstreben, einen ersten Einblick in den Ausbildungsalltag von mindestens drei verschiedenen Berufsfeldern geben und dadurch ihr Interesse an einer dualen Ausbildung wecken. Die Jugendlichen sollen dadurch besser in die Lage versetzt werden, ihre Stärken und Neigungen kennen zu lernen und anschließend ein Betriebspraktikum zu wählen, das an ihren individuellen Fähigkeiten ausgerichtet ist. Das Programm soll es den Jugendlichen ermöglichen, einen für sie passenden Beruf auszuwählen und den Übergang von der Schule in die Ausbildung erleichtern. Die Ausbildungsreife der Jugendlichen soll verbessert werden.

Resultate der Bundesförderung:

Bei den beteiligten Jugendlichen und ihren Eltern sowie bei der Wirtschaft und den Schulen stößt das BMBF mit dem Programm auf sehr positive Resonanz.

Die Ausbilder sehen Möglichkeiten, Jugendliche gezielter in Betriebspraktika zu vermitteln; kleine und mittlere Unternehmen können dadurch ihren Fachkräftenachwuchs früh kennen lernen.

Das Berufsorientierungsprogramm startete am 1. April 2008. Bis Ende 2011 konnte das BIBB, das das Programm für das BMBF administriert, Maßnahmen für rund

⁸⁶ Weitere Informationen unter www.bibb.de/berufsorientierung

300 000 Jugendliche bewilligen. In den kommenden Jahren soll das Programm jährlich ca. 120 000 Jugendlichen offen stehen. Zur weiteren Steigerung der Qualität der Berufsorientierungsmaßnahmen und zur besseren Planbarkeit für Träger und Schulen, hat das BMBF die Richtlinien reformiert und sieht nun eine Reihe von Qualitätsmerkmalen vor, die Träger erfüllen müssen.⁸⁷

Maßnahmen der BA im Bereich der Berufsorientierung

Die Bundesagentur für Arbeit bietet im Rahmen der Regelförderung flächendeckend unterstützende Leistungen im Prozess der Berufsorientierung für Jugendliche an, die im SGB III geregelt sind und die im Rahmen der Instrumentenreform angepasst wurden.

Berufsberatung gem § 30 SGB III

Die Agenturen für Arbeit sind die Ansprechpartner für Berufsberatung. Die Berufsberatung umfasst die Erteilung von Rat und Auskunft insbesondere zur Berufswahl, über die Berufe und ihre Anforderungen. Es findet eine Einzelberatung statt, die sich an den individuellen Interessen und Fähigkeiten orientiert.

Berufsorientierung gem § 33 SGB III

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Pflichtleistung nach dem SGB III. Die Agenturen für Arbeit bieten daher flächendeckend Berufsorientierung als Dienstleistung an. Dazu gehören Schulbesprechungen, Informations- und Vortragsveranstaltungen sowie Workshops zu Berufswahlthemen, Medienangebote (z. B. planet-beruf; abi, Berufe.TV, BERUF AKTUELL, Studien- und Berufswahl, BERUFENET, KURSNET) und Selbsterkundungsangebote im Internet. Jobcenter können diese Dienstleistung auch anbieten.

Maßnahmen der vertieften (erweiterten) Berufsorientierung gem. §§ 33, 421q SGB III (ab 1. April 2012 §§ 48, 130 SGB III)

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, §§ 33, 421q (ab 1. April 2012 §§ 48, 130 SGB III)
Fördervolumen im Jahr 2011 (SGB III und II): 62 Millionen Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die von der BA in den letzten Jahren vorgenommene stärkere präventive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik wird auch weiterhin konsequent fortgesetzt. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sollen zudem die besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausdrücklich bei der Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigt werden. Diese benötigen vo-

raussichtlich besondere Unterstützung während der Schulzeit bei der Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung. Sie sollen deshalb intensiv und umfassend bei der Entwicklung ihrer beruflichen Perspektiven unterstützt werden. Die Möglichkeit, Maßnahmen über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und innerhalb der Unterrichtszeit durchzuführen, besteht noch bis Ende 2013.

Resultate der Förderung:

Die Maßnahmen werden derzeit evaluiert. Auf Grundlage der Evaluationsergebnisse soll bis Ende des Jahres 2013 eine Entscheidung hinsichtlich Befristung der erweiterten Berufsorientierung getroffen werden.

Förderprogramm Initiative Inklusion – Handlungsfeld Berufsorientierung

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2014
Fördervolumen: 40 Millionen Euro aus dem Ausgleichsfonds
Internet: www.bmas.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Für die Teilhabe am Arbeitsleben sind Bildung und Qualifizierung von entscheidender Bedeutung. Gerade junge Menschen mit Behinderungen benötigen hier besondere Unterstützung und Förderung. Der jeweilige Bedarf, aber auch die Potenziale, müssen so früh wie möglich erkannt werden. Nur dann kann eine nachhaltige Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die berufliche Orientierung, die rechtzeitig vor der Schulentlassung beginnen muss (im vorletzten Schuljahr).

Als Maßnahme des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (NAP) fördert das BMAS insbesondere im Rahmen der Initiative Inklusion die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben. Im Handlungsfeld 1 „Berufsorientierung“ der Initiative werden der Aufbau und die Weiterentwicklung von Strukturen und Maßnahmen zur verbesserten beruflichen Orientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf, unterstützt. Die Förderung erstreckt sich auf Berufsorientierungsmaßnahmen, die in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 beginnen.

Das Förderprogramm richtet sich an die Länder, die in Kooperation mit den jeweils zuständigen Regionaldirektionen der BA die Berufsorientierungsmaßnahmen ausgestalten und durchführen.

Resultate der Bundesförderung:

Das Programm ist im Herbst 2011 gestartet; erste Ergebnisse werden frühestens Mitte 2012 vorliegen. Diese Resultate sollen in die Evaluierung der Maßnahmen zur vertieften (erweiterten) Berufsorientierung gemäß §§ 33, 421q SGB III (ab 1. April 2012 §§ 48, 130 SGB III) und

⁸⁷ Vergleiche www.bibb.de/dokumente/pdf/bo-richtlinien_061211.pdf

die Entscheidung hinsichtlich der noch bis Ende 2013 laufenden Befristung der erweiterten Berufsorientierung einfließen.

Berufseinstiegsbegleitung gem. § 421s SGB III (ab 1. April 2012 § 49 SGB III)

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 421s (ab 1. April 2012 § 49 SGB III)

Fördervolumen im Jahr 2011 (SGB III und II): 60 Millionen Euro

Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Berufseinstiegsbegleitung soll förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen i. d. R. ab der Vorabgangsklasse bis zum ersten halben Jahr der Berufsausbildung oder – wenn der Übergang nicht unmittelbar klappt – bis zu maximal 24 Monate nach Schulabgang – individuell und kontinuierlich beim Übergang von Schule in Berufsausbildung begleiten.

Resultate der Förderung:

Die Berufseinstiegsbegleitung an allgemeinbildenden Schulen, die bisher modellhaft erprobt wird, wird auf Grund der positiven Evaluationsergebnisse⁸⁸ dauerhaft in das SGB III eingefügt. Sie kann künftig an allen allgemeinbildenden Schulen durchgeführt werden und wird damit als das „Begleitungsinstrument“ für den Übergang von förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen in die Berufsausbildung verankert. Für die Berufseinstiegsbegleitung ist zukünftig ein Kofinanzierungserfordernis von mindestens 50 Prozent durch Dritte, neben der Finanzierung durch die Agenturen für Arbeit, vorgesehen.

Berufsorientierungsinitiative Arena4You

Eckdaten:

Laufzeit: 1. September 2009 bis 31. August 2012

Fördervolumen insgesamt 1,33 Millionen Euro

Internet: www.arena4you.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Im Rahmen eines Pilotvorhabens wird erprobt, inwieweit das positive Image von Sportstadien zur Berufsinformation und -orientierung von Schülerinnen und Schülern genutzt werden kann. Den Schülerinnen und Schülern soll am Beispiel der Bewirtschaftung, Instandhaltung und des Veranstaltungsmanagements ein aktuelles und interessantes Bild von der großen Vielzahl der Berufe vermittelt werden, die für einen funktionierenden Stadionbetrieb erforderlich sind. Mit dem Pilotprojekt sollen übertragbare

Beispiele zur bundesweiten Nachahmung entwickelt werden, um ein zusätzliches Instrument der Berufsorientierung zur Verfügung zu haben.

Resultate der Bundesförderung:

Seit Projektbeginn im September 2009 konnten im Projekt „Arena4You“ 45 Schulen erreicht werden. 42 dieser Schulen sind in der Pilotregion Ostwestfalen-Lippe (OWL) ansässig und setzen sich aus folgenden Schulformen zusammen: Förder-, Haupt-, Gesamt- und Realschulen sowie Gymnasien. Die Anpassung des Konzeptes an die Bedürfnisse der einzelnen Schulformen konnte bei allen Schulen erfolgreich durchgeführt werden. Ende 2011 wurde die Marke von 4 000 Schülerinnen und Schülern erreicht, die an Projekttagen im Rahmen von „Arena4You“ Berufsorientierung im Stadion- und Veranstaltungsumfeld erlebt haben. Zusammen mit den bereits terminierten Stadiontagen für 2012 und der aktuellen Nachfrage der Schulen wird die Projektvorgabe von 6 000 Schülern im Sommer 2012 erreicht sein.

Das Konzept „Arena4You“ wurde in der Pilotregion OWL unter Einbeziehung der Berufsorientierungslehrer und Praxisexperten aus dem Stadionumfeld entwickelt. Neben den Projekttagen in den Stadien wurden didaktische Materialien konzipiert und ausgearbeitet, die während der Projekttage an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben werden. Das Konzept wurde so entwickelt, dass es nicht nur auf die Pilotregion beschränkt einsetzbar ist, sondern als Berufsorientierungskonzept auch in anderen Städten Deutschlands mit einer größeren Event-Arena durchführbar ist. Der Vorstand der Vereinigung deutscher Stadionbetreiber ist ein Befürworter von „Arena4You“, weshalb bereits viele Stadien ihr Interesse am Projekt bekundet haben. Erste Umsetzungen erfolgen im Stadionumfeld von Hannover, Mainz, Hoffenheim, Frankfurt, Freiburg mit Bildungspartnern aus den Regionen.

„Arena4You“ wurde regional bereits erfolgreich in andere Angebote der Berufsorientierung integriert. So konnte eine Kooperation mit der Stiftung „Partner für Schule NRW“ initiiert und der Arena4You- Stadiontag in die Berufsorientierungscamps in der Region integriert werden.

Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2014

Fördervolumen: 1,96 Millionen Euro, ESF-kofinanziert

Internet: www.girls-day.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ sollen junge Mädchen und Frauen motiviert werden, sich für eine Berufsausbildung oder ein Studium und damit für eine spätere Berufstätigkeit in Berufsfeldern zu entscheiden, die sie bislang eher selten in den Blick nehmen. Der bundesweite „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ findet in der Regel am vierten Donnerstag im April statt. In jedem Jahr öffnen an diesem Tag v. a. technische Unterneh-

⁸⁸ Vergleiche (Bundestagsdrucksache 17/3890 und www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Berufseinstiegsbegleitung/inhalt.html)

men, Betriebe mit technischen Abteilungen und Ausbildungen, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen für Mädchen der Schulklassen 5 bis 10, um ihnen durch vielfältige Veranstaltungen Einblicke in die Arbeitswelt zu geben und eine frühzeitige Kontaktaufnahme zu Praktikums- und Personalverantwortlichen zu ermöglichen.

Resultate der Bundesförderung:

Durch die bundesweite Ausrichtung und das einheitliche Veranstaltungsdatum bündelt der Girls' Day regional begrenzte Einzelinitiativen und erzielt eine bislang einmalige Breitenwirkung. Bundesweit haben bereits mehr als eine Million Mädchen und junge Frauen in den vergangenen Jahren am Girls' Day teilgenommen, viele von ihnen nutzten das speziell an sie adressierte Berufsorientierungsangebot mehrmals.

Der „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ wird in jedem Jahr wissenschaftlich begleitet. Über 90 Prozent der befragten Teilnehmerinnen beurteilen den Tag mit sehr gut und gut, gleiches gilt für über 80 Prozent der Unternehmen. 46 Prozent der Teilnehmerinnen haben am Girls' Day Berufe kennen gelernt, die sie interessieren. 51 Prozent würden sich gerne durch ein Praktikum genauer über Berufe informieren. In fast 10 Prozent der Unternehmen sind mittlerweile junge Frauen eingestellt worden, die in den Vorjahren das jeweilige Unternehmen am Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag kennenlernten. Immer mehr junge Frauen starten als Auszubildende in einem technischen Beruf in ihre berufliche Zukunft.

Nach über zehn Jahren Girls' Day zeigen sich die Erfolge der Bundesförderung: Nicht nur das Image der technischen Berufe hat sich verbessert. Auch die Unternehmen haben die Potenziale junger Frauen erkannt und einen positiven Einfluss auf die gesamte Unternehmenskultur erfahren

Boys' Day – Jungen-Zukunftstag

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2014
Fördervolumen: 3,12 Millionen Euro gesamt, ESF-kofinanziert
Internet: www.boys-day.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Seit 2011 findet im Rahmen des Projekts ‚Neue Wege für Jungs‘ jährlich im April der Boys' Day – Jungen-Zukunftstag parallel zum Girls' Day statt. Für Jungen der Klassen 5 bis 10 werden schulische und außerschulische Veranstaltungen getrennt von Mädchen angeboten.

Mit dem Boys' Day erhalten Jungen faire Chancen durch neue Optionsräume für ihre Berufs- und Lebensplanung. Zentrale Ziele des Boys' Day sind dabei die Erweiterung des Berufswahlspektrums, die Flexibilisierung der männlichen Rolle sowie die Stärkung sozialer Kompetenzen.

Das Schnupperpraktikum eröffnet Jungen neue Zukunftsperspektiven durch die Möglichkeit, Berufe kennen zu lernen, die sie bisher eher selten in Betracht ziehen und in

denen sie noch unterrepräsentiert sind. Insbesondere in erzieherischen, pflegerischen und sozialen Berufsbereichen finden Boys' Day-Aktionen statt, da hier der Bedarf an männlichen Fachkräften wächst. Der Boys' Day unterstützt Jungen durch die Aktionslandkarte bei der Suche nach einer Boys' Day-Aktion und vermittelt den Kontakt zu Ansprechpersonen für spätere Bewerbungen.

Resultate der Bundesförderung:

Im Mittelpunkt der Einführung des Boys' Day in ganz Deutschland steht die Erzielung einer Breitenwirkung mit einer verstärkten Aktivierung für einen jungenspezifischen Aktionstag. Bestehende Jungen-Aktionen werden unterstützt, neue angeregt sowie deren Vernetzung ausgebaut. Am ersten bundesweiten Boys' Day am 14. April 2011 haben sich bereits mehr als 90 Initiativen gegründet und rund 35 000 Teilnehmer haben sich an über 4 000 Veranstaltungen beteiligt.

Der Jungen-Zukunftstag ist bei den Schülern sehr beliebt. Zu diesem Ergebnis kommt die Befragung von über 16 000 Jugendlichen im Rahmen der Evaluation des Boys' Day 2011. Über 90 Prozent der Jungen hat der Aktionstag gut oder sehr gut gefallen. Das Interesse und Engagement der Jungen war sehr hoch. Jeder zweite Junge gibt an, er habe am Boys' Day einen Berufsbereich kennen gelernt, der ihn interessiert und mehr als jeder fünfte Junge kann sich vorstellen, später in dem Bereich zu arbeiten.

Neben den Jugendlichen sind auch die Betriebe und Einrichtungen von dem jungenspezifischen Aktionstag überzeugt: Rund 80 Prozent der Einrichtungen, Betriebe und Institutionen, die am Boys' Day teilgenommen haben, waren mit dem Aktionstag zufrieden oder sehr zufrieden.

Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen

Eckdaten

Laufzeit: 1. Dezember 2008 bis 31. Dezember 2014
Fördervolumen: 5,9 Millionen Euro
Internet: www.vera.ses-bonn.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

VerA ist eine gemeinsame Initiative des BMBF und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft (ZDH, DIHK und BfB) und wurde 2009 ins Leben gerufen. Der Senior Experten Service (SES) Bonn führt die Initiative durch. Mit ihr hat das BMBF ein Instrument geschaffen, Jugendliche bei drohendem Ausbildungsabbruch zu unterstützen. VerA fußt auf einem Mentoring-Ansatz: Ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren stehen Jugendlichen, die Probleme in der Ausbildung haben, für eine 1:1-Begleitung zur Verfügung. Sie sind Vertrauenspersonen, die Orientierung und vielfältige Unterstützung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Dabei verweisen sie auch auf die Regelleistungen der Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter. Die Begleitung ist zunächst auf ein Jahr angelegt, kann aber bei Bedarf bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss ausgeweitet werden.

Das Angebot besteht bundesweit nahezu flächendeckend. Für jede Region ist ein ebenfalls ehrenamtlicher Koordinator eingesetzt. Die Initiative erfolgt in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen. Zur Vorbereitung auf ihre Aufgabe nehmen die Senior Expertinnen und Senior Experten an einer zweitägigen Schulung teil.

Resultate der Bundesförderung:

Bis Dezember 2011 bearbeitete der SES rund 1 900 Anfragen nach einer Begleitung, wovon bereits 1 000 zustande gekommen sind. Über 1 300 Senior Expertinnen und Experten nahmen bisher an einem Vorbereitungsseminar teil.

Pilotprojekt coach@school

Eckdaten

Laufzeit: 1. Dezember 2010 bis 31. Dezember 2014
Fördervolumen: 1,2 Millionen Euro
Internet: www.vera.ses-bonn.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ende 2010 hat der Senior Experten Service im Auftrag des BMBF und flankierend zum Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung das Pilotprojekt coach@school aufgelegt. Ehrenamtlich engagierte Menschen helfen hier als unabhängige Coaches bei der Berufsorientierung: Sie bieten Schülerinnen und Schülern eine kontinuierliche und lebensweltliche Unterstützung. Ein zweitägiges Seminar bereitet die Senior Experten auf ihren Einsatz vor.

Das Angebot besteht zunächst in Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen für Schulen, an denen keine hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleiter im Einsatz sind. Bis zu 15 Schulen pro Land können teilnehmen, die Auswahl erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Landesministerien. An jeder Schule sind bis zu vier SES-Experten im Einsatz. Sie betreuen Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen und kooperieren eng mit den Verantwortlichen in der Schule. Eine Verzahnung mit etablierten Initiativen ähnlicher Zielsetzung ist erwünscht.

3.1.3 Maßnahmen und Programme zur Optimierung des Übergangsmanagements, des Übergangsbereichs und innovative Ansätze zur Nachqualifizierung

Strukturprogramm „Perspektive Berufsabschluss“

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2013
Fördervolumen: 67 Millionen Euro, ESF-kofinanziert
Internet: www.perspektive-berufabschluss.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ fördert das BMBF in 97 Regionen die Etablierung und Verstärkung wirksamer Strukturen im Übergang von der Schule

in die Berufsausbildung und in der beruflichen Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. In der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmanagement“ werden in kommunaler Verantwortung 55 Projekte mit präventiven Förderangeboten zum Erreichen von Bildungs- und Berufsabschlüssen umgesetzt. Die 42 in der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ geförderten Projekte schaffen regionale beziehungsweise branchenbezogene Angebotsstrukturen zur Fachkräftegewinnung.

Mit den Projekten „Mit MigrantInnen für MigrantInnen – Interkulturelle Kooperation zur Verbesserung der Bildungsintegration“ und „Netzwerk biz – Bildung ist Zukunft“ (Ausbildungsförderung in der türkischen Community durch bessere Einbeziehung von Ethnomedien) wird der Programmansatz ergänzt.

Resultate der Bundesförderung:

Förderinitiative 1 („Regionales Übergangsmanagement“):

Der Übergang Schule-Beruf umfasst für das Regionale Übergangsmanagement die Gesamtheit der Institutionen und Angebote, die die Übergänge der Jugendlichen von der Schule in die Ausbildung vorbereiten, begleiten und durchführen. Von den regionalen Koordinierungsstellen wurden Strukturen aufgebaut und Verfahren entwickelt, um im Übergangsgeschehen Transparenz in der Angebots- und Nachfragesituation herzustellen, Entscheidungswege begleiten zu können und um die regionale Abstimmung der unterschiedlichen Akteure durch Verbesserung der Kooperationen und der Gremienarbeit zu erreichen.⁸⁹

Die Erfahrungen aus den Projekten der ersten Förderrunde, die im Jahr 2012 enden:

Durch das Programm hat sich die Kommunikation der Beteiligten im Übergangsbereich Schule – Beruf und die gemeinsame Verständigung auf Ziele und Maßnahmen deutlich verbessert. Als Verbesserungen wurden von den Akteuren des Übergangsbereichs u. a. genannt:

- die Verbesserung der Berufsorientierung in den Schulen,
- konkretere Berufsziele,
- ein höherer Anteil bestandener Hauptschulabschlüsse,
- die Etablierung von Bildungsbeauftragten in Migrantenorganisationen,
- die Sensibilisierung von Unternehmen für chancenärmere Jugendliche,
- die Verbesserung von Anschlüssen aufgrund einer passgenauen Beratung,
- die Verringerung von Warteschleifen und

⁸⁹ Details zu den Ergebnissen siehe: www.perspektive-berufabschluss.de/de/184.php

- die Erhöhung des Anteils von Hauptschülerinnen und -schülern in der dualen Ausbildung.

Bei der Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung zeigt sich, dass eine beständige, kommunale Koordinierung notwendig ist – kreisfreie Städte und Landkreise als Träger verfügen hierzu über die besten Voraussetzungen. Erst aber ein eindeutiges Engagement von politischen Gremien und der Spitze der Verwaltung versetzt die Kommune in die Lage, unter den Akteuren des Übergangsbereichs die Rolle eines neutralen, aber auch engagierten Mittlers auszufüllen.

Förderinitiative 2 (Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung):

Zur Etablierung von Nachqualifizierungsstrukturen wird gezielte Netzwerkarbeit betrieben, werden Service- und Nachqualifizierungsangebote auf- und ausgebaut sowie die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten beruflicher Nachqualifizierung besser informiert. Ziel ist eine stärkere Nutzung der Externenprüfung.

Bis Juni 2011 wurden von den 22 Projekten der ersten Förderrunde (Start: Mai 2008) für nahezu 13 000 Betriebe und rund 10 900 An- und Ungelernte Beratungsdienstleistungen erbracht und von den 20 Projekten der zweiten Förderrunde (Start: September 2010) für über 1 300 Betriebe und rund 1 800 An- und Ungelernte. Insgesamt waren im genannten Zeitraum in den Förderregionen circa 1000 Nachqualifizierungsangebote verfügbar. In der regionalen Förderlandschaft wurde Transparenz erreicht, zum Beispiel durch die Bestandsaufnahmen zu Angeboten und Maßnahmen. Regional verbindliche Qualitätsstandards wurden gesetzt und einheitliche, modularisierte Nachqualifizierungskonzepte in Absprache mit den zuständigen Stellen, Betrieben und anderen Arbeitsmarktakteuren als Regelangebote etabliert. Eine internetgestützte Datenbank („NQ-Atlas“) ist im Aufbau, die eine Auswertung der Nachqualifizierungsangebote nach Bundesland, eine Sortierung nach Berufsbereichen und nach anerkannten Berufsbildern ermöglicht.

Nach der Erweiterung des Programms im Jahr 2010 wird gezielt auch der branchen- und zielgruppenspezifische Ansatz gefördert. Die ausgewählten Branchen tragen dem volkswirtschaftlichen Bedarf nach Fachkräften im Pflege- und Gesundheits-, Logistik- sowie dem IT-Bereich Rechnung. Vor besonderen Herausforderungen stehen die drei Projekte im Bereich der Altenpflege insbesondere zur Etablierung der Möglichkeiten einer Externenprüfung für diesen Bereich.

Eine weitere Zielsetzung besteht darin, die regionalen Arbeitsmärkte zu stärken und durch strukturelle Verbesserungen einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.

Angeregt durch die „abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ hat der Deutsche Handwerkskammertag Handlungsempfehlungen zur bundesweiten Vereinheitlichung und Vereinfachung des Verfahrens zur Zulassung zur Externenprüfung ausgesprochen. Bisher ungenutzte Fach-

kräftepotenziale im Handwerk sollen erschlossen und besser genutzt werden. Projekte im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ haben sich zu Landesnetzwerken – zum Beispiel in Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen zusammengeschlossen, um Nachqualifizierung als Möglichkeit der Fachkräftegewinnung auf überregionaler Ebene gemeinsam mit der Wirtschaft und arbeitsmarktpolitischen Akteuren in Regelstrukturen zu verankern.

Die Erfahrungen bestätigen:

Durch die Einbindung und Beteiligung der relevanten Entscheidungsträger und verantwortlichen Akteure in vorhandene oder zu entwickelnde strategisch-kooperative Netzwerke ist es in den Regionen gelungen, modulare berufliche Nachqualifizierung als ein wichtiges bildungspolitisches Instrument des regionalen beziehungsweise branchenbezogenen Förderkanons strukturell zu etablieren. Die Förderinitiative „abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ leistet in den Projektregionen einen nachhaltigen bildungspolitischen Beitrag zur Strukturförderung im Bereich der Berufsbildung und zur Stärkung der regionalen Arbeitsmärkte durch Fachkräftesicherung.

JOBSTARTER CONNECT – Erprobung bundeseinheitlicher und kompetenzorientierter Ausbildungsbausteine

Eckdaten:

Laufzeit: 2009 bis 2015

Fördervolumen: 23,6 Millionen Euro, ESF kofinanziert

Internet: www.jobstarter-connect.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ausbildungsfähige junge Menschen in Maßnahmen der Berufsvorbereitung und an- und ungelernte junge Erwachsene werden über bundeseinheitliche und kompetenzorientierte Ausbildungsbausteine unter Nutzung bestehender Bildungs- und Förderstrukturen qualifiziert. Durch die Dokumentation der erworbenen beruflichen Handlungskompetenzen werden Übergänge in die betriebliche Ausbildung erleichtert und ein erfolgreicher Berufsabschluss ermöglicht. Ausbildungsbausteine wurden zunächst in 14 Ausbildungsberufen des dualen Systems modellhaft entwickelt.

Resultate der Bundesförderung:

Bis zum September 2011 nahmen über die 40 regionalen CONNECT-Projekte rund 2 700 Jugendliche und junge Erwachsene an einer Qualifizierung über Ausbildungsbausteine in unterschiedlichsten Maßnahme- und Qualifizierungsformen teil. In vielen Modellregionen zeigt sich aus den Erfahrungen der Projekte und den Zwischenergebnissen der Evaluation, dass die Ausbildungsbausteine für die Qualifizierung im Übergangsbereich und in der Nachqualifizierung eine neue Qualität darstellen:

- Maßnahmen des Übergangsbereichs werden stärker auf die Inhalte der Berufsausbildung ausgerichtet;

- Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse zwischen den beteiligten Lernorten werden intensiviert;
- durch lernergebnisorientierte Curricula können theoretisches und praktisches Lernen stärker miteinander verzahnt werden;
- durch die Kompetenz- und Outputorientierung entwickelt sich eine intensive Feedbackkultur, die sich positiv auf die Ausbildungsqualität und die Motivation der Jugendlichen auswirkt.
- als ein Element des Externen Ausbildungsmanagements können Ausbildungsbausteine erhöhte Übergänge in betriebliche Ausbildung und zeitliche Anrechnungen unterstützen.

In einzelnen Regionen haben sich weitere Berufsschulen auf eigenen Wunsch der Erprobung angeschlossen. Viele Projekte haben die Erprobung auf weitere Bildungsgänge ausgedehnt.

Ausbildungsbausteine sind zwar kein Instrument der Benachteiligtenförderung, erzielen jedoch auch für ausbildungsfähige und berufsorientierte junge Menschen mit (geringem) Förderbedarf bei ausreichender Begleitung und/oder in zeitlich gestreckter Form im Übergangsbereich positive Effekte.

Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2014
 Fördervolumen: 7,35 Millionen Euro
 Internet: www.bibb.de/de/55819.htm

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das BIBB fördert im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgabe zur modellhaften Entwicklung und Erprobung innovativer Konzepte für die berufliche Bildung (§ 90 Absatz 3 Nummer 1d Berufsbildungsgesetz) aus Mitteln des BMBF innovative Wege in die Ausbildung insbesondere unter dem Aspekt zunehmender Heterogenität der Jugendlichen im ausbildungsfähigen Alter zur Unterstützung ausbildender kleiner und mittlerer Betriebe. Im Kontext etablierter anderer Fördermaßnahmen und auf der Grundlage fundierter Berufsorientierung sollen sich die Vorhaben in das System beruflicher Bildung an der Schnittstelle von der Schule in die Ausbildung und vom Übergangsbereich in die betriebliche Ausbildung einfügen. Ziel ist die Integration der Maßnahmen in langfristig zur Verfügung stehende Fördermaßnahmen und regionale Gesamtkonzepte als Beitrag zur Schaffung von Bildungsketten.

Resultate der Bundesförderung:

Die Modellversuche haben im Frühjahr 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Eine erste positive Bilanz der Startphase konnte anlässlich des Arbeitsforums im November 2011

in Stuttgart gezogen werden. Erste Ergebnisse zum Förderschwerpunkt mit einer ersten Analyse von Gelingensbedingungen und möglichen Handlungsempfehlungen werden Mitte 2012 erwartet.

Mit dem Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ sollen

- bestehende Instrumente der Regelförderung sowie vorhandene Konzepte für den Übergang von Schule/Übergangsbereich in die duale Ausbildung zur Unterstützung der KMU genutzt und Bildungsketten insbesondere für die Gruppe der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen geknüpft,
- erfolgreiche Produkte nach Beendigung der Förderung aus Mitteln des BMBF regional verstetigt (Vorzeigemodelle),
- Gelingensbedingungen für den Übergang von Schule/Übergangsbereich in duale Ausbildung für Jugendliche mit heterogenen Voraussetzungen insbesondere derer mit schlechteren Startchancen (Fokus: Jugendliche mit Migrationshintergrund) beschrieben und analysiert und
- perspektivisch politische Handlungsempfehlungen für die Zielgruppe KMU, aber auch für das gesamte Handlungsfeld des Übergangs von Schule in duale Ausbildung abgeleitet und formuliert werden.

Initiative JUGEND STÄRKEN

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2014
 Fördervolumen: 248 Millionen Euro; ESF kofinanziert
 Internet <http://www.jugend-staerken.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Im Mittelpunkt der BMFSFJ-Initiative JUGEND STÄRKEN und ihrer 4 Programme (3 ESF Programme: Schulverweigerung – Die 2. Chance, Kompetenzagentur, Aktiv in der Region und Jugendmigrationsdienst, KJP) stehen junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die aufgrund schlechterer Startchancen von den regulären Leistungsangeboten – Schule/Berufsbildung und Arbeitsförderung (SGB II und SGB III) – nicht oder nicht mehr erreicht werden (§ 13 SGB VIII, Jugendsozialarbeit). Mit den Aktivitäten wird neben individuellen Hilfen auch die kommunale Jugendhilfe gestärkt.

Neueste Entwicklungen:

Die beiden ESF-Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ werden über 2011 hinaus bis Ende 2013 an 372 Standorten als Teil der Initiative JUGEND STÄRKEN fortgeführt. Die Zusammenarbeit mit berufsschulpflichtigen jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss wird in der neuen Förderphase ebenso ausgebaut wie die Zusammenarbeit mit den Jugendmigrationsdiensten.

Im Rahmen des bereits im Berufsbildungsbericht 2011 beschriebenen Modellprogramms „JUGEND STÄREN: Aktiv in der Region“, das an 35 Standorten Kommunen dabei unterstützt, ihre Strukturen für junge Menschen mit schlechteren Startchancen zu verbessern, wurde Ende 2011 eine öffentlich zugängliche Online-Datenbank freigeschaltet, die junge Menschen, deren Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie weitere Interessierte über die regional angebotenen Unterstützungsmaßnahmen informiert.

Mit diesem gebündelten Informationsangebot schafft „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ eine verbesserte Transparenz, damit entsprechende Angebote oder Fördermaßnahmen für alle zugänglich dokumentiert sind und Hilfesuchende schnell Unterstützung erhalten.⁹⁰

Um die Kooperation mit Wirtschaftsakteuren auszubauen, werden 2012 unter dem Dach der Initiative JUGEND STÄRKEN neue Wege der Zusammenarbeit zwischen regional engagierten Betrieben und öffentlichen und privaten Trägern der Jugendsozialarbeit an den Standorten von JUGEND STÄRKEN erprobt. Ziel ist, Jugendliche aus den Programmen von JUGEND STÄRKEN mit Unternehmern durch niedrigschwellige Module in Austausch zu bringen und den jungen Menschen einen praxisnahen Einblick in die Arbeitswelt zu ermöglichen.

ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Eckdaten:

Laufzeit:	2008 bis 2015 in 2 Förderrunden
Fördervolumen:	184 Millionen Euro, davon 124 Millionen Euro ESF-Mittel und 60 Millionen Euro BMVBS-Mittel
Internet:	www.biwaq.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel dieses sozialraumorientierten Arbeitsmarktprogramms ist die Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation von langzeitarbeitslosen Männern und Frauen sowie Jugendlichen in benachteiligten Stadtquartieren (Programmgebiete des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt). Darüber hinaus steht die Stärkung der lokalen Ökonomien in diesen Gebieten durch Förderung von Betrieben und gründungsbezogenen Aktivitäten im Fokus des Programms.

Resultate der Bundesförderung:

Mit BIWAQ werden gezielt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in benachteiligte Stadtquartiere gelenkt. Die Qualifikation und soziale Situation der Bewohner und Bewohnerinnen und damit auch ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sollen verbessert und damit das Quartier insgesamt aufgewertet werden.

Die „BIWAQ-Projekte“ entwickeln innovative Interventionen in den Programmgebieten, die konkret auf die Handlungserfordernisse vor Ort abgestimmt sind, an die integrierten Entwicklungskonzepte der Kommunen anknüpfen und mit städtebaulichen Investitionen verbunden sind. Im Vordergrund stehen die Handlungsfelder Bildung, Beschäftigung, Integration und Teilhabe der Bewohnerschaft sowie die Wertschöpfung im Quartier. Kooperationen und Netzwerkbildung mit lokalen Sozial- und Wirtschaftspartnern sollen dazu beitragen, die erreichten Ergebnisse auch dauerhaft zu sichern.

Die Mehrheit der Projekte in der ersten Förderrunde kümmert sich um Jugendliche als vorrangige Zielgruppe (80 Prozent), aber auch langzeitarbeitslose Frauen und Männer stehen deutlich im Fokus (75 Prozent).

Nach Überschreiten der Halbzeit sind die Projekte gut etabliert und beginnen zu wirken:

- Bei vielen Teilnehmenden konnten Qualifikation und Selbstwertgefühl und damit die Aussichten auf dem Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsmarkt verbessert werden.
- Aktuell sind in der 1. Förderrunde (2008 bis 2012) 135 Projekte in 144 Programmgebieten von 93 Kommunen in der Umsetzung.
- Bis Ende 2010 konnten insgesamt 45 429 Projektteilnehmende gefördert werden, davon nahmen 11 735 Jugendliche, 7 626 Langzeitarbeitslose und 1 069 Erwerbstätige an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.
- Bereits jetzt konnten 754 Teilnehmende in den ersten Arbeitsmarkt und weitere 811 Teilnehmende in eine Ausbildung vermittelt werden. 288 Ausbildungsplätze sowie 382 Arbeitsplätze auf dem ersten und 698 Arbeitsplätze auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt wurden neu geschaffen. 3 220 Klein- und Kleinstbetriebe konnten beraten werden.
- In der 2011 gestarteten 2. Förderrunde (2011 bis 2014) werden 90 Projekte in 116 Programmgebieten von 64 Kommunen gefördert.

Weitere Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen gem. § 60 SGB III (ab 1. April 2012 § 51 SGB III)

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 60 (ab 1. April 2012 § 51 SGB III)
Fördervolumen im Jahr 2011 (SGB III) 293 Millionen Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nach dem SGB III werden förderungsbedürftige junge Menschen auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Aufgabe der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen ist es, den Teil-

⁹⁰ Vergleiche www.aktiv-in-der-region.jugend-staerken.de/angebote

nehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten hinsichtlich einer möglichen Berufswahl zu überprüfen und zu bewerten, sich dadurch im Spektrum geeigneter Berufe zu orientieren und eine Berufswahlentscheidung zu treffen. Zudem werden den Teilnehmenden die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Aufnahme einer beruflichen Erstausbildung vermittelt, um die jungen Menschen möglichst nachhaltig in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren; dazu zählt ggf. auch der Erwerb eines Hauptschul- oder eines gleichwertigen Schulabschlusses.

Wenn der Förderbedarf festgestellt ist, besteht ein Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe.

Resultate der Förderung:

91 905 förderungsbedürftige junge Menschen fanden im Jahr 2011 Zugang zu berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen.

Einstiegsqualifizierung gem. § 235b SGB III (ab 1. April 2012 § 54a SGB III)

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 235b (ab 1. April 2012 § 54a SGB III)

Fördervolumen im Jahr 2011 (SGB III und II): 19,5 Millionen Euro

Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Vorrangige Intention einer Einstiegsqualifizierung ist es, jungen Menschen mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven Gelegenheit zu geben, berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen beziehungsweise zu vertiefen. Gleichzeitig bietet eine Einstiegsqualifizierung dem Ausbildungsbetrieb die Möglichkeit, den jungen Menschen nicht nur in einem kurzen Bewerbungsgespräch kennenzulernen, sondern seine Fähigkeiten und Fertigkeiten über einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten im täglichen Arbeitsprozess beobachten zu können. Arbeitgeber erhalten dafür einen Zuschuss in Höhe von 216 Euro zur Vergütung des jungen Menschen zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag.

Resultate der Förderung:

Im Jahr 2011 begannen 25 047 junge Menschen eine Einstiegsqualifizierung. Die betriebliche Einstiegsqualifizierung wird seit dem Jahr 2009 fortführend evaluiert. Der Abschlussbericht der Evaluation wird im ersten Halbjahr 2012 vorgelegt.⁹¹

⁹¹ Zwischenberichte sind auf der Internetseite www.bmas.de/DE/Service/Publicationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Begleitforschung-Einstiegsqualifizierung/inhalt.html abrufbar.

3.1.4 Weitere Maßnahmen und Programme zur Stärkung der dualen Ausbildung

Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“

Eckdaten:

Laufzeit: November 2011 bis 2013

Fördervolumen: rund 9 Millionen Euro (jeweils hälftig von BMBF und BMWi)

Internet: <http://www.praktisch-unschlagbar.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) haben am 8. November 2011 die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ gestartet. Ziel der Offensive ist es, die hohe Attraktivität der dualen Ausbildung und die vielfältigen Chancen beruflicher Weiterbildung einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen und dadurch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses beizutragen. Zu den Maßnahmen der Offensive gehört unter anderem die Einrichtung der Webseite www.praktisch-unschlagbar.de, mit der BMWi und BMBF Jugendliche, Schulen, Eltern, Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Vorteile der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Hinblick auf Qualifizierungs-, Berufs- und Karriereperspektiven informieren möchten. Weitere Elemente der Offensive sind bundesweite Plakat- und Anzeigenwerbungen, Publikationen und Fachveranstaltungen zur beruflichen Bildung und die gezielte Nutzung sozialer Medien. Darüber hinaus werden Infomobile durch Deutschland fahren, um allen Interessierten direkt vor Ort Antworten auf ihre Fragen zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung zu geben. Einen Höhepunkt wird die für den Sommer 2013 geplante und vom BMBF geförderte Berufsweltmeisterschaft „WorldSkills“ in Leipzig darstellen.

Einen wichtigen Anstoß für die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ hat der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs gegeben, der im vergangenen Jahr bis 2014 verlängert und mit neuen Schwerpunkten versehen wurde. Bundesregierung und Wirtschaft haben im Zuge dessen vereinbart, gemeinsam öffentlichkeitswirksame Aktionen zu initiieren, die die berufliche Bildung stärken und dabei auch gezielt leistungsstarke Jugendliche für die duale Ausbildung zu gewinnen. Die Informationsoffensive wird deshalb auch von den Wirtschaftsverbänden unterstützt.

Resultate der Bundesförderung:

Da der Start der Informationsoffensive soeben erst erfolgt ist, sind noch keine Resultate messbar. Die Anfragen verschiedener Institutionen zur Beteiligung an der Informationsoffensive verdeutlichen aber bereits eine große Resonanz. Die Bundesministerien haben eine Koordinierungsstelle beim Bundesinstitut für Berufsbildung eingerichtet, um die Einbindung der Paktpartner, der Länder und anderer Interessierter zu gewährleisten.

Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER

Eckdaten:

Laufzeit: 2006 bis 2013

Fördervolumen: 125 Millionen Euro, ESF kofinanziert

Internet: www.jobstarter.de; www.kausa-medienpreis.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Ausbildungsstrukturprogramm „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ fördert das BMBF Innovationen und Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung. Das Programm ist so konzipiert, dass es mit wechselnden Förderschwerpunkten flexibel aktuelle Entwicklungen aktiv aufgreift.

Resultate der Bundesförderung:

Die Bilanz ist positiv: Mit insgesamt rund 58 500 akquirierten Ausbildungsplätzen in fünf Förderrunden (Stand: Januar 2012) haben die JOBSTARTER-Projekte einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Ausbildungsstellenmarktsituation geleistet. Knapp 36 400 der gewonnenen Plätze erfüllen das so genannte Zusatzlichkeitskriterium. Dieses liegt vor, wenn der Ausbildungsbetrieb bisher nicht ausgebildet hat oder bei ausbildenden Betrieben durch den neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag im Jahr des Ausbildungsbeginns mehr Auszubildende beschäftigt werden als im Durchschnitt der letzten drei Jahre (jeweils zum Stand 31. Dezember). 40 540 Ausbildungsplätze konnten bereits erfolgreich mit Jugendlichen besetzt werden.

JOBSTARTER zielt nicht nur auf eine reine Akquise und Besetzung von Ausbildungsplätzen. Wichtige Zielsetzung der JOBSTARTER-Projekte ist es zugleich, die regionale Ausbildungsmarktsituation auch qualitativ und strukturell zu unterstützen:

- Es werden Ausbildungsstrukturen für neue Berufe und in Zukunftsbranchen aufgebaut.
- Projekte zur Teilzeitberufsausbildung ermöglichen jungen Eltern, Berufsausbildung und Familie zu vereinbaren.
- Weitere Projekte engagieren sich für die Stärkung von europäischen Ausbildungskooperationen. Sie fördern z. B. Ausbildungsverbände in Grenzregionen.
- Zudem werden Ausbildungsstiftungen initiiert beziehungsweise bestehende Stiftungen motiviert, ihre Aktivitäten verstärkt auf das Aktionsfeld Berufsbildung zu lenken.
- Darüber hinaus werden zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten beziehungsweise Duale Studiengänge entwickelt. Diese sollen die duale Berufsausbildung flexibler und attraktiver machen, zur Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse beitragen und die Durchlässigkeit im Ausbildungssystem verbessern.

Die Erfahrungen zeigen: Durch das Zusammenbringen der Akteure in der Region leistet JOBSTARTER einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der regionalen Verant-

wortung in der Berufsbildung. Dadurch werden vor Ort Strukturen geschaffen, die – über den eigentlichen Förderzeitraum hinaus – eine nachhaltige Verbesserung der regionalen Ausbildungsmarktsituation bewirken.

KAUSA fördert Integration durch Ausbildung

Ein wesentlicher Schwerpunkt lag 2011 im Programmbe- reich der Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund, kurz KAUSA. KAUSA fördert die duale Ausbildung in Betrieben von Migrantinnen und Migranten. Seit 2006 wurden durch die (36) KAUSA-Projekte weit über 8 000 betriebliche Ausbildungsplätze erfolgreich akquiriert. Davon konnten fast 6 000 besetzt werden. 3 500 der vermittelten Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund.

Darüber hinaus koordinierte KAUSA Schulungen zur Ausbildereignung in 34 Standorten im gesamten Bundesgebiet. Ziel war es, Fachkräfte sowie Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund für eine Ausbildertätigkeit zu qualifizieren. Ende 2011 hatten rund 1 000 Migrantinnen und Migranten die Ausbildereignungsprüfung erfolgreich bestanden. Durchgeführt wurden die Lehrgänge von Kammern und freien Bildungsträgern.

2011 wurde zum zweiten Mal der KAUSA-Medienpreis ausgeschrieben. Der Medienpreis für Migration, Integration und Bildung wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung an Nachwuchsjournalisten verliehen, die zu einer differenzierten Berichterstattung über Bildungswege von Migrantinnen und Migranten in Deutschland beitragen.

Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO)

Eckdaten:

Laufzeit: 1996 bis 2013 (Nachfolgeprogramm der 1993 bis 1995 geförderten Gemeinschaftsinitiative Ost)

BMBF-Fördervolumen für 2011: 20 Millionen Euro sowie gleicher Anteil an Landesmitteln (dieser ist teilweise ESF kofinanziert)

Internet: www.bmbf.de/de/2323.php

Bildungspolitische Zielsetzung:

Aufgrund des Defizits an betrieblichen Ausbildungsplätzen der vergangenen Jahre werden im Rahmen dieses Sonderprogramms für die neuen Bundesländer zusätzliche außerbetriebliche, aber betriebsnahe Ausbildungsplätze für unversorgte Ausbildungsplatzbewerber und Ausbildungsplatzbewerberinnen bezuschusst. Für jeden Förderfall werden durchschnittlich 13 550 Euro bereit gestellt, von denen der Bund einen nicht rückzahlbaren Betrag in Höhe von 6 775 Euro an die Länder überweist. Gefördert wird entweder die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) beziehungsweise Handwerksordnung (HWO) oder eine schulische Ausbildung, die zu einem Berufsabschluss nach Bundes- oder Landesrecht führt.

Resultate der Bundesförderung:

Die außerbetrieblichen Ausbildungsplatzprogramme für so genannte „marktbenachteiligte“ Jugendliche gehören seit Beginn der neunziger Jahre zum Kernstück der Ausbildungsförderung in den neuen Ländern. Durch die Vereinbarung werden zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitgestellt, die unmittelbar vor Maßnahmebeginn bei der BA beziehungsweise den Trägern der Grundsicherung nach SGB II als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber und Ausbildungsplatzbewerberinnen gemeldet sind. Die Zahl der geförderten Ausbildungsplätze wurde jährlich – letztmalig im April 2009 – unter Berücksichtigung der demografischen und konjunkturellen Entwicklung mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin verhandelt. Angesichts dessen erfolgte eine weitere Reduzierung auf insgesamt 5 000 Ausbildungsplätze. Der Titelantrag des BMBF für das Haushaltsjahr 2011 belief sich auf 20 Millionen Euro.

Seit Beginn des Sonderprogramms im Jahre 1996 wurden ca. 188 000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit einem Mittelvolumen von über 2,55 Milliarden Euro für unversorgte Jugendliche in den neuen Ländern bereit gestellt und dadurch ein erheblicher Beitrag zur Entlastung des ostdeutschen Lehrstellenmarktes geleistet.

Wie mit den Ländern vereinbart, läuft das Programm 2013 aus.

Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen*Eckdaten:*

Laufzeit: seit 2007; derzeit bis 31. Dezember 2013 befristet. Eine Verlängerung über 2013 wird angestrebt.

Fördervolumen: 5,4 Millionen Euro (2011), davon 1,9 Millionen Euro Bundesmittel sowie 3,5 Millionen Euro ESF-Mittel;

für 2012 sind insgesamt rund 8,2 Millionen Euro für das Programm eingeplant (3,0 Millionen Euro Bundesmittel sowie 5,2 Millionen Euro ESF-Mittel)

Internet: <http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=25f90ac32a57b3de54914814e0911518;views;document&doc=9547>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) fördert mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch Unterstützung bei der Rekrutierung von Auszubildenden.

Unterstützt werden die Beratung der Unternehmen, die Vorauswahl geeigneter Bewerber und die Durchführung von Bewerbungsgesprächen mit potenziellen Auszubildenden durch Mitarbeiter der Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, der Kammern der Freien Berufe sowie anderer Organisationen der Wirtschaft.

Ziel ist es, eine passgenaue Beratungs- und Vermittlungsleistung für KMU insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungsbereich sicherzustellen und damit einen

Beitrag zur Befriedigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu leisten.

Resultate der Bundesförderung:

Im Zeitraum 2007 bis 30. Juni 2011 wurden mit Betrieben rund 180 000 Beratungsgespräche geführt. Mit Jugendlichen erfolgten rund 88 000 Beratungsgespräche. Es konnten mehr als 35 000 Ausbildungsplätze beziehungsweise Plätze in Einstiegsqualifizierungen vermittelt werden.

Ausbildungsvermittlung nach dem SGB III und SGB II

Die Ausbildungsvermittlung nach dem SGB III und SGB II stellt eine Pflichtleistung der Arbeitsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende dar. Es handelt sich um ein flächendeckendes Angebot der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter, dessen Inanspruchnahme freiwillig ist. Alle jungen Menschen haben Zugang unabhängig davon, ob sie einen Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach den SGB III oder SGB II haben. Arbeitgeber werden gezielt beraten und auf Ausbildungsstellen angesprochen. Die Meldung von Ausbildungsstellen steht den Arbeitgebern frei. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt den Beratungs- und Vermittlungsprozess im Sinne einer passgenauen Vermittlung durch das sog. 4 Phasen-Modell. Dieses Integrationskonzept gilt übergreifend für die Rechtskreise SGB II und SGB III. Zu Beginn wird mit den Kunden ein stärken- und potenzialorientiertes Profiling durchgeführt, ein gemeinsames Ziel festgelegt und ein gemeinsamer Weg (Strategie) vereinbart, wie das Ziel erreicht werden kann. Mit dem Abschluss einer verbindlichen Eingliederungsvereinbarung beginnt die Umsetzung. Der „Integrationsfahrplan“ wird mit jedem neuen Gespräch überprüft.

Ausbildungsbegleitende Hilfen*Eckdaten:*

Regelförderung im SGB III, § 241 (ab 1. April 2012 § 75 SGB III)

Fördervolumen im Jahr 2011 (SGB III und II): 95 Millionen Euro

Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) haben das Ziel, den Ausbildungserfolg beziehungsweise den Erfolg der Einstiegsqualifizierung zu sichern und Abbrüche zu verhindern. Sie können bei Bedarf zu Beginn und jederzeit während der Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung gewährt werden. Ein spezieller Unterricht und gegebenenfalls begleitende sozialpädagogische Betreuung tragen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten bei und/oder fördern das Erlernen fachtheoretischer Kenntnisse und fachpraktischer Fertigkeiten.

Resultate der Förderung:

Mit ausbildungsbegleitenden Hilfen wurden im Jahr 2011 jahresdurchschnittlich 472 576 jungen Menschen wäh-

rend ihrer Berufsausbildung oder einer Einstiegsqualifizierung gefördert. Dadurch konnten Abbrüche verhindert, Ausbildungsverhältnisse stabilisiert und Ausbildungen erfolgreich abgeschlossen werden.

BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe

Eckdaten

Regelförderung nach Bundesausbildungsförderungsgesetz und SGB III
Internet: www.bafoeg.bmbf.de und www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Finanzielle Hilfe während der Ausbildung zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die einer angemessenen beruflichen Qualifizierung entgegenstehen, zur Unterstützung des Ausgleichs am Ausbildungsmarkt sowie zur Sicherung und Verbesserung der beruflichen Beweglichkeit.

Resultate:

Im Jahr 2011 wurden jahresdurchschnittlich 160 093 Menschen über Berufsausbildungsbeihilfe während einer Berufsausbildung gefördert.

Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)

Eckdaten:

Laufzeit: BMBF seit 1973 (BMWi seit Ende 50`er Jahre)
BMBF-Fördervolumen für 2011: 40 Millionen Euro, + BMWi (27 Millionen Euro), Land- und Eigenmittel
Internet: BMBF/BiBB www.bibb.de/de/5257.htm;
BMWi/BAFA www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/foerderung_ueberbetrieblicher_berufsbildungsstaetten/index.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Förderung der ÜBS ist auf Dauer angelegt und im Berufsbildungsgesetz verankert. Es werden u. a. Modernisierungen an den Gebäuden gefördert sowie die Ausstattung an den neuesten technologischen und berufspädagogischen Erfordernissen angepasst.

Die Entwicklung von ÜBS/Kompetenzzentren zu Bildungsdienstleistern und Wissenstransferstellen für KMU ist Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung und im Koalitionsvertrag verankert.

Durch die Verzahnung mit Beratungs-, Informations- und Technologietransferdienstleistungen soll die Bildungsaufgabe gestärkt und besonders geeignete ÜBS zu Kompetenzzentren (KomZet) weiterentwickelt werden.

Seit dem 24. Juni 2009 gibt es eine gemeinsame Richtlinie BMBF/BMWi für die Förderung der ÜBS und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren. In der Regel erfolgt die Förderung nur durch ein Bundesministerium und zwar in Abhängigkeit vom überwiegenden Teil der Nutzung der Bildungsstätte:

Wird diese überwiegend im Bereich der Ausbildung genutzt, ist das BMBF/Bundesinstitut für Berufsbildung für die Förderung zuständig.

Liegt der Schwerpunkt auf Fort- und Weiterbildung, erfolgt die Förderung durch das BMWi/Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Resultate der Bundesförderung:

Alleine im Jahr 2011 konnte sich wieder aus Mitteln des BMBF an rund 90 Vorhaben mit einer Zuwendung beteiligt werden. Auf Seiten des BMWi wurden Zuwendungen für rund 60 Vorhaben ausgesprochen.

In kleinen und mittleren Betrieben werden mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen im dualen System ausgebildet. Den ÜBS kommt im dualen System insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen eine wichtige Rolle zu. Neben dem Betrieb und der Berufsschule ergänzen sie die Ausbildung mit überbetrieblichen praxisnahen Lehrgängen. ÜBS verbessern nicht nur die Qualität der Ausbildung entsprechend modernen Erfordernissen, sondern schaffen gleichzeitig die Voraussetzung, dass auch bis dahin nicht ausbildende Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten können.

Desweiteren tragen die ÜBS/Komzet nachhaltig zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der KMU, vor allem im Handwerk, bei. Sie bieten auf die kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnittene Fort- und Weiterbildungsangebote zu bezahlbaren Konditionen an. Damit tragen sie auch zur Sicherung und Stärkung des Fachkräftebedarfs im Mittelstand bei.

Mit dem flächendeckenden Netz von ÜBS verfügt Deutschland im internationalen Vergleich über eine einmalige Infrastruktur. Diese stellen „Leuchttürme“ auf ihrem Fachgebiet dar. KomZet sind aufgrund ihrer Ausstattung mit modernster Technik und ihrer Nähe zu den Betrieben in der Lage, neue Technologien und innovative Produkte anwendungsorientiert aufzubereiten und über Qualifizierungsangebote in der Aus- und Weiterbildung rasch in die betriebliche Praxis einzuführen. Sie haben somit eine Mittlerfunktion zwischen Forschung und Praxis.

Überbetriebliche berufliche Bildung (ÜLU) im Handwerk

Eckdaten:

Laufzeit: seit 1952
Fördervolumen: 45 Millionen Euro p. a.
Internet: www.bmw.de/BMWi/Navigation/Mittelstand/handwerk,did=210402.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung soll die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe, die häufig über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, stärken und ein einheitlich hohes Niveau der betrieblichen Berufsausbildung sichern.

Resultate der Bundesförderung:

Traditionell wird die duale Berufsausbildung im Handwerk durch überbetriebliche Kurse unterstützt, um die zumeist sehr kleinen Handwerksbetriebe bei der Vermittlung von schwierigen und zeitaufwändigen Ausbildungsinhalten zu unterstützen. Das BMWi und die Länder beteiligen sich an den Kosten der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung zu jeweils einem Drittel.

Inhalte und Dauer der überbetrieblichen Unterweisung werden in Zusammenarbeit von den Bundesfachverbänden und dem Heinz-Piast-Institut für Handwerkstechnik an der Leibniz Universität Hannover festgelegt. Die Anerkennung erfolgt über das BMWi beziehungsweise die Landesministerien.

Die Lehrgänge dienen insbesondere der Anpassung der Berufsausbildung an die technische und ökonomische Entwicklung, dem Ausgleich regionaler Ausbildungsunterschiede und der Sicherung eines einheitlichen hohen Niveaus der betrieblichen Ausbildung und der Entlastung der Betriebe von schwierigen und zeitaufwändigen Ausbildungsinhalten.

Im Jahre 2010 wurden mit rund 47 Millionen Euro rund 50 000 Lehrgänge mit rund 446 000 Teilnehmern gefördert.

3.2. Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern, Durchlässigkeit im Bildungssystem voranbringen

Globalisierung und demografischer Wandel stellen für die Gesellschaft und das Bildungssystem zentrale Herausforderungen dar. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems auf hohem Niveau aufrecht zu erhalten und an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Ein in sich abgeschottetes Bildungssystem ist nicht mehr zeitgemäß und kann den Anforderungen einer modernen, mobilen und chancengerechten Gesellschaft an ihr Bildungssystem nicht in ausreichendem Maße genügen. Der Bildungspolitik kommt somit die Aufgabe zu, adäquate und gleichwertige Aufstiegschancen zu schaffen, die Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung zu verwirklichen und generell die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen effektiv zu erhöhen.⁹²

Lebenslanges Lernen rückt vor diesem Hintergrund als berufliche, betriebliche oder auch allgemeine Weiterbildung in den Fokus der Bildungspolitik. Ziel ist, die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland signifikant zu erhöhen. Insbesondere die Aktivierung bisher unterrepräsentierter Erwerbspersonen stellt dabei eine Herausforderung dar. Eine Sonderauswertung der Mikrozensusdaten der Jahre 2005 bis 2008 zur Weiterbildung von Erwerbstätigen zeigt u. a. deutliche Unterschiede der Weiterbildungsquoten hinsichtlich des Bildungsniveaus und ausgeübter Tätigkeiten. Die Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen

mit abgeschlossener dualer Ausbildung liegt dabei deutlich unter derjenigen der Akademiker.

Potenziale zur Besserung der Weiterbildungssituation liegen auch in den Unternehmen. Die dritte europäische Erhebung zur Weiterbildung in Unternehmen⁹³ zeigt, dass Deutschland beim Anteil der weiterbildenden Unternehmen zwar leicht über dem EU Durchschnitt liegt, der Anteil der Beschäftigten, die an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen partizipieren, jedoch unterdurchschnittlich ist. Ebenso investieren Unternehmen in Deutschland deutlich weniger in Weiterbildungskurse als Unternehmen anderer Mitgliedstaaten der EU.⁹⁴

Diese Zahlen sind zwar vor dem Hintergrund des in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern hohen Ausbildungsniveaus beim Eintritt in Beschäftigung und daher möglicherweise auch geringeren Bedarfs an Weiterbildung zu interpretieren und berücksichtigen zum Beispiel nicht die gerade im Mittelstand zu verzeichnende hohe Kompetenzentwicklung der Beschäftigten durch Lernen im Prozess der Arbeit. Um den künftigen Fachkräftebedarf zu sichern, sind jedoch vermehrte und gezielte Aus- und Weiterbildungsanstrengungen insbesondere der Unternehmen unabdingbar.

Entscheidungen über berufliche Weiterbildung werden in Deutschland durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber getroffen. Der Staat (z. B. Bundesressorts, BA, Länder) kann aber durch eine aktive Weiterbildungspolitik mit ihren Anreizen und Regulationsfunktionen dazu beitragen,

- die beruflich intendierte Beteiligung an Weiterbildung zu steigern
- die betriebliche Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten zu erhöhen
- die Weiterbildungsbeteiligung bestimmter Personengruppen, wie Geringqualifizierte, Frauen, Ältere, Personen mit Migrationshintergrund, zu verbessern.

3.2.1 Maßnahmen und Programme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung

Entwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Eckdaten:

Laufzeit: unbegrenzt (Gesetz)

Haushaltsansatz 2012: 186,5 Millionen Euro

Internet: www.meister-bafoeg.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte AFBG sichert einen individuellen Rechtsanspruch auf

⁹³ CVTS3 – 2005

⁹⁴ Vergleiche www.bibb.de/de/55365.htm. Erhebungsbereich von CVTS3 sind Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Baugewerbe, Gastgewerbe.

⁹² Mit dem Themenkomplex „Förderung der Durchlässigkeit“ hatte sich der Berufsbildungsbericht 2011 ausführlich in Kapitel 2 befasst.

Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen. Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung, stärkt damit die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses und bietet über den Darlehensteilerlass hinaus für potenzielle Existenzgründer einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Das AFBG wird zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent von den Ländern finanziert. 2011 wurden für das AFBG allein vom Bund insgesamt fast 170 Millionen Euro (2010: 149 Millionen Euro) gezahlt. Die Länder beteiligten sich am AFBG mit rund 48 Millionen Euro (2010: 42 Millionen Euro). Der Bundesanteil am AFBG wird zu 100 Prozent vom BMBF getragen. Seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden im Rahmen des AFBG 2011 rund 301 Millionen Euro (2010: rund 281 Millionen Euro) verausgabt.

Resultate der Förderung:

Ausweislich der im Juli 2011 erschienenen AFBG-Bundesstatistik betrug 2010 die Zahl der Geförderten mehr als 166 000, ein Anstieg im Vergleich zu 2009 um rund 5,6 Prozent (2009: rund 158 000 Geförderte). Knapp 65 000 (39 Prozent) Geförderte nahmen an einer Vollzeitmaßnahme teil, rund 101 000 (61 Prozent) an einer Teilzeitmaßnahme. Gegenüber 2009 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um knapp 11 Prozent, die der Teilzeitgeförderten um 3 Prozent.

82 Prozent der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Den größten Anteil dabei hatten mit fast 35 Prozent die zwischen 25 bis 29 Jahre alten Teilnehmer und Teilnehmerinnen, gefolgt von den 20- bis 24-jährigen (33 Prozent) und den 30- bis 34-jährigen (16 Prozent). 31 Prozent der Geförderten waren Frauen. Mehr als jede zweite Fortbildung wurde im Bereich Industrie und Handel durchgeführt. Im Bereich des Handwerks, wo die Quote derer, die sich später selbstständig machen, besonders hoch ist, nahmen 29 Prozent der Geförderten an Fortbildungsmaßnahmen teil.

Die Zahlen der Bundesstatistik bestätigen den Erfolg der 2009 in Kraft getretenen Verbesserungen beim AFBG und zeigen, dass sich Investitionen in die Aus- und Weiterbildung nachhaltig lohnen. Mit Hilfe des MeisterBAföGs verwirklichen viele Fachkräfte ihre Höherqualifizierung und ihren beruflichen Aufstieg und helfen somit, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

Bildungsprämie

Eckdaten:

Laufzeit: 1. Dezember 2011 bis 30. November 2013
Fördervolumen: rund 35 Millionen Euro (hälftige ESF-Kofinanzierung für den Prämiegutschein)
Internet: www.bildungspraemie.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Im Rahmen des BMBF-Programms „Bildungsprämie“ wird individuelle berufliche Weiterbildung derzeit mit zwei Komponenten gefördert: Nutzer und Nutzerinnen können alle zwei Jahre einen Prämiegutschein in Höhe von maximal 500 Euro erhalten, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 20 000 Euro (40 000 Euro bei gemeinsamer Veranlagung) nicht übersteigt und sie die Hälfte der Maßnahmekosten tragen. Voraussetzung für den Erhalt eines Prämiegutscheins ist der Besuch einer Beratungsstelle der Bildungsprämie.

Zweite Komponente der Bildungsprämie ist das Bildungssparen, welches nach einer Gesetzesänderung im Fünften Vermögensbildungsgesetz erlaubt, zur Finanzierung von Weiterbildung Mittel in Höhe der entstehenden Kosten aus den mit Arbeitnehmersparzulage geförderten Ansparguthaben zu entnehmen, auch wenn die Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist. Die beiden Komponenten sind kumulativ anwendbar.

Resultate der Bundesförderung:

Bis zum 30. November 2011 belief sich die Nachfrage auf über 160 000 ausgegebene Prämiegutscheine. Es wurden bundesweit fast 570 Beratungsstellen eingerichtet, in denen Weiterbildungsinteressierte durch zertifizierte Berater und Beraterinnen zur Bildungsprämie beraten werden. Bei einer durchschnittlichen Auszahlung pro Gutschein in Höhe von 310 Euro wurden zusätzlich mehr als das Doppelte, nämlich 650 Euro an privatem Kapital für Weiterbildungen mobilisiert. Personengruppen, die bei der betrieblichen Weiterbildung unterdurchschnittlich beteiligt sind, werden durch die Bildungsprämie überdurchschnittlich gut erreicht: Dies gilt vor allem für Frauen (75 Prozent), Beschäftigte in KMU bis 250 Mitarbeiter (90 Prozent) und Teilzeitbeschäftigte (50 Prozent der abhängig Beschäftigten in den Beratungsgesprächen). Im Verhältnis zum durchschnittlichen Weiterbildungsverhalten sind auch Personen mit Migrationshintergrund (15 Prozent) sehr gut vertreten.

„SGB-geförderte Weiterbildung“

a) Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Eckdaten:

Fördervolumen: 2,4 Milliarden Euro im Jahr 2011
Internet: [www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen & Bürger/Weiterbildung](http://www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen_&_Bürger/Weiterbildung)

Bildungspolitische Zielsetzung:

Aus- und Weiterbildungsförderung sind Kernelemente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung richtet sich nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III), insbesondere nach §§ 77 ff. SGB III (ab 1. April 2012 §§ 81 ff. SGB III). Grundsätzlich kann eine Weiterbildung nur gefördert werden, wenn sie notwendig ist, um bei Arbeitslosigkeit eine berufliche Eingliederung zu erreichen, eine drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden

oder einen Berufsabschluss nachzuholen. Die örtlichen Agenturen für Arbeit und Jobcenter entscheiden in eigenem Ermessen über das Bestehen der Fördervoraussetzungen.

Resultate der Bundesförderung:

Von den rund 478 500 Absolventen einer geförderten beruflichen Weiterbildung zwischen Februar 2010 und Januar 2011 befanden sich im Januar 2012 rund 251 000 Personen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dies entspricht einer Eingliederungsquote von 53,3 Prozent. Das Instrument der Förderung beruflicher Weiterbildung leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit und Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland.

Nach aktuellen Berechnungen begannen im Jahr 2011 305 165 Menschen eine geförderte berufliche Weiterbildung, dies waren 37 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Rückgang der Eintritte in geförderte berufliche Weiterbildung gegenüber 2010 trägt der deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage, dem Auslaufen krisenbedingter Sonderregelungen und einer wirkungsorientierten Förderung Rechnung. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Ausgaben für die berufliche Weiterbildungsförderung im SGB II und SGB III seit 2005 deutlich gestiegen sind. Sie haben sich insgesamt von rund 2 Milliarden Euro in 2005 auf rund 3 Milliarden Euro im Jahre 2010 erhöht, im Jahr 2011 lagen sie bei 2,4 Milliarden Euro. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung ist zu erwarten, dass die Zahl der Arbeitslosen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III in diesem Jahr und in den kommenden Jahren weiter zurückgehen wird.

b) Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen)

Eckdaten:

Fördervolumen: 250 Millionen Euro in 2011; 280 Millionen Euro in 2012

Internet: www.arbeitsagentur.de/ Bürgerinnen & Bürger/ Weiterbildung/ Fördermöglichkeiten/ Beschäftigtenförderung

Bildungspolitische Zielsetzung:

Zur Stärkung der Qualifizierung von beschäftigten Arbeitnehmern führt die Bundesagentur für Arbeit seit 2006 das aus Mitteln des Eingliederungstitels finanzierte „WeGebAU“-Programm durch. Gefördert werden kann die Qualifizierung älterer beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in KMU sowie geringqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Programm soll Beschäftigungsfähigkeit sichern beziehungsweise erhöhen und Arbeitslosigkeit vermeiden. Weiterhin soll das Programm einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten und Anreiz für die Unternehmen sein, durch berufliche Weiterbildung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ sieht vor, dass

die gesetzliche Grundlage für die berufliche Weiterbildungsförderung älterer Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen entfristet wird. Zudem können befristet bis 2014 auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 45 Jahren gefördert werden, wenn sich der Arbeitgeber mit mindestens 50 Prozent an den Lehrgangskosten beteiligen.

Resultate der Bundesförderung:

Von den rund 85 200 Absolventen des Programmes WeGebAU zwischen Februar 2010 und Januar 2011 befanden sich im Januar 2012 rund 76 700 Personen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dies entspricht einer Eingliederungsquote von 96,4 Prozent. Das Instrument leistet einen Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Sicherung der Arbeitskräftebasis in Deutschland. Das Programm wurde im Jahr 2011 weniger genutzt als im Jahr zuvor, dies ist unter anderem auf die verbesserte Wirtschaftslage der Betriebe zurückzuführen. Bis Ende Oktober 2011 konnten im Rahmen von „WeGebAU“ – 24 836 Personen (darunter 9 720 Frauen) gefördert werden.

c) Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Eckdaten:

Fördervolumen: 350 Millionen Euro im Jahr 2011; 400 Millionen Euro im Jahr 2012

Bildungspolitische Zielsetzung:

Zusätzlich zu den bestehenden Förderprogrammen hat die Bundesagentur für Arbeit in 2010 eine Initiative zur Flankierung des Strukturwandels gestartet, mit der arbeitslosen Geringqualifizierten der Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen oder von berufsanschlussfähigen Teilqualifikationen in solchen Berufsfeldern ermöglicht werden soll, die am Arbeitsmarkt besonders nachgefragt werden.

Resultate der Bundesförderung:

Im Laufe des Jahres 2011 konnten bis Ende Oktober insgesamt 19 186 Personen gefördert werden (darunter 7 864 Frauen). Die Initiative wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung evaluiert.

d) Förderung von Qualifizierung während Kurzarbeit und Transferkurzarbeit

Bildungspolitische Zielsetzung:

Beschäftigte während der Kurzarbeit oder während Transferkurzarbeit können an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, die über den Europäischen Sozialfonds mitfinanziert werden. Diese verhelfen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu einer Anpassung ihrer beruflichen Fähigkeiten an die ständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen und zu einem insgesamt höheren Qualifikationsniveau. Die Qualifizierungsmaßnahmen dienen somit der Erhöhung der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit und leisten über die aktuelle Tätigkeit hinaus einen Beitrag zur

Vermeidung von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung läuft das ESF-Programm „Mitfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen für Empfängerinnen und Empfänger von Kurzarbeitergeld“ Ende März 2012 aus.

Resultate der Bundesförderung:

Bis November 2011 wurden 8 174 Personen gefördert (davon 1 321 Frauen). Nach krisenbedingt hoher Inanspruchnahme in den Jahren 2009 (123 259 Eintritte) und 2010 (65 830 Eintritte) sind die Eintritte im Jahr 2011 parallel zu der Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Transferkurzarbeitergeld und Kurzarbeitergeld deutlich zurückgegangen.

Programm „weiter bilden“ (Sozialpartner-Richtlinie)

Eckdaten:

Laufzeit: 2009 bis 2013
Fördervolumen: 125 Millionen Euro, ESF kofinanziert
Internet: www.esf.de und www.regiestelle-weiterbildung.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem ESF-Programm „weiter bilden“ sollen die Anstrengungen der Sozialpartner zur Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen unterstützt werden. Die Förderung zielt auf die Umsetzung von Qualifizierungstarifverträgen beziehungsweise von den jeweiligen Sozialpartnern getroffenen Vereinbarungen zur Weiterbildung. Gefördert werden können Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung und Weiterbildungsmaßnahmen in Betrieben.

Resultate der Bundesförderung:

In den bisher durchgeführten zehn Auswahlrunden wurden ca. 120 Vorhaben für eine Förderung ausgewählt. Durch die Projekte wird ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten gesichert und die kontinuierliche Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die sich beständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen gewährleistet. Die Sozialpartner sind bei der beruflichen Qualifizierung die wesentlichen Akteure und haben das Thema Qualifizierung in verschiedenen Bereichen zum Gegenstand von gemeinsamen Vereinbarungen, Initiativen und Projekten gemacht. Die Richtlinie unterstützt die Anstrengungen der Sozialpartner zur Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen.

ESF-Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2012
Fördervolumen: 11,4 Millionen Euro, ESF kofinanziert
Internet: www.mobilitaetscoach.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ werden bundesweit 35 Mobilitätsberater/innen bei den Handwerkskammern (HWKs) und Industrie- und Handelskammern (IHKs) gefördert, deren Aufgabe es ist, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) über die Möglichkeiten von Arbeitsaufenthalten im EU-Ausland für ihre Auszubildenden zu informieren und sie bei der Organisation solcher Aufenthalte zu unterstützen. Ziel ist es, die KMU dabei zu unterstützen Ausbildungsplätze anzubieten, welche den Herausforderungen globaler Märkte entsprechen und die Betriebe als Arbeitgeber für junge Menschen attraktiv macht.

Resultate der Bundesförderung:

Die Bilanz des Programms ist positiv. 2010 wurden ca. 15 000 Beratungen von KMU und Auszubildenden durchgeführt (Mehrfachberatungen eingerechnet). Dabei wurde deutlich, wie gering der Kenntnisstand bei KMU zum Thema Auslandspraktikum tatsächlich ist. Auslandspraktika wurden für knapp 1 500 Auszubildende initiiert und organisiert. Außerdem waren die Mobilitätsberater/innen in die Betreuung von rund 500 Praktikanten aus dem Ausland mit eingebunden.

Mit dem Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ ist es gelungen, eine betriebsnahe bundesweite Beratungsstruktur für Unternehmen zu dem wichtigen Thema „Lernen im Ausland“ aufzubauen. Nach vorläufigen Ergebnissen der Programmevaluation geben 80 Prozent der befragten Betriebe an, dass ihre Bereitschaft zur Entsendung von Auszubildenden durch die Mobilitätsberatung stark gestiegen ist. Die allgemeine Qualität der Beratung wird von den Betrieben als sehr positiv bewertet.

Um die Nachhaltigkeit der aufgebauten Beraterstruktur bei den Kammern zu sichern, wird das Programm um weitere zwei Jahre bis Ende 2014 verlängert.

ESF – Programm „IdA – Integration durch Austausch“

Eckdaten:

Laufzeit: 10/2008 bis 12/2012
Fördervolumen: 17 Millionen Euro Mittel des BMAS, 74 Millionen Euro ESF
Internet: www.ida.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel ist, durch Arbeitsaufenthalte im EU-Ausland die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von arbeitsmarktfernen jungen Menschen zu erhöhen. Sie sollen durch die Auslandsaufenthalte aus ihrer schwierigen Situation „herausgelöst“ und an vorhandene Angebote zur beruflichen Integration herangeführt beziehungsweise direkt in Arbeit oder Ausbildung integriert werden. Zielgruppe der Projekte sind Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Unterstützungsbedarf am Übergang Schule/ Ausbildung, sowie an der Schnittstelle Ausbildung/ Beruf.

Gefördert werden 69 Projektverbünde bestehend aus Jobcentern, Agenturen für Arbeit, Bildungsträgern, Betrieben und Vereinen, die mit transnationalen Partnern aus 22 EU-Mitgliedstaaten kooperieren.

Resultate der Bundesförderung:

Die Bilanz ist positiv: Bisher wurden ca. 4 200 Teilnehmende erreicht. Davon sind 80 Prozent von Arbeitslosigkeit, im Durchschnitt von 15 Monaten Dauer, betroffen und im Durchschnitt 23 Jahre alt. Die ersten Ergebnisse auf Projektebene zeigen, dass es gelingt, zwischen 50 Prozent und 70 Prozent (abhängig vom Grad der Benachteiligung) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Arbeit oder Ausbildung zu integrieren. Bis zu sechs Wochen nach IdA sind bereits die Hälfte aller Teilnehmenden in Ausbildung oder in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, bis zu 6 Monaten nach IdA erhöht sich der Anteil auf ein Drittel. Und auch die verbleibenden 30 Prozent bis 50 Prozent streben nach der Teilnahme an IdA entweder den Erwerb eines Schulabschlusses beziehungsweise eines erweiternden Schulabschlusses an, bewerben sich für das freiwillige soziale Jahr oder nehmen an weiterführenden Qualifizierungsmaßnahmen teil. Insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Vermittlungshemmnisse der beteiligten Jugendlichen sind diese Ergebnisse als sehr positiv zu bewerten. Durch die Auslandspraktika wird zudem ein Zuwachs der sozialen und arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen insbesondere bei der Berufswahl und Ausbildungsreife erzielt.

IdA verhilft schwächeren jungen Menschen, in einer entscheidenden Entwicklungsphase den Einstieg in Ausbildung zu finden. Die Kooperation der Akteure im regionalen Projektverbund unter Einbindung der Jobcenter und Agenturen für Arbeit gemeinsam mit den örtlichen Betrieben trägt wesentlich zur Verbesserung der Chancen am Ausbildungsmarkt bei. Die begleitenden Expertenaustausche unterstützen den Wissenstransfer auf europäischer Ebene zu den unterschiedlichen Ausbildungssystemen und der Eingliederung benachteiligter Jugendlicher.

Programm „rückenwind – für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“

Eckdaten:

Laufzeit: 2009 bis 2014

Fördervolumen: 70 Millionen Euro, ESF kofinanziert und Bundesmittel

Internet: www.esf.de und www.bagfw.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm „rückenwind“ ist ein Förderprogramm zur Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft und wurde vom BMAS gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege entwickelt. Um die Qualität der sozialen Dienstleistungen sicherzustellen und die Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft zu fördern, werden in diesem Programm nachhaltige Strategien und Konzepte erprobt. Damit soll beispielsweise die Verbleibsdauer der dort Beschäftigten im Beruf erhöht und

qualifizierte Fachkräfte für die Sozialwirtschaft gewonnen werden.

Resultate der Bundesförderung:

Im Rahmen des ESF-Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ erproben gemeinnützige Einrichtungen innovative Personalentwicklungsprojekte und testen Erfolg versprechende Methoden und Werkzeuge zur Personalentwicklung in der Praxis. Nach fünf Förderrunden sind bereits 114 Projekte in unterschiedlichen Arbeitsfeldern an den Start gegangen. Diese Projekte sollen wichtige Erkenntnisse liefern, wie die Sozialwirtschaft die aktuellen Herausforderungen meistern und ihre Beschäftigten fit für die Zukunft machen kann. Außerdem wird mit dem Programm „rückenwind“ dem sinkenden Arbeitskräfteangebot im Bereich der sozialen Dienstleistungen erfolgreich entgegengewirkt und der Tatsache Rechnung getragen, dass der Bedarf an Dienstleistungen in den Bereichen Pflege und Betreuung aufgrund der Alterung der Gesellschaft insgesamt steigt.

3.2.2 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

Alphabetisierung und Grundbildung

Eckdaten:

Laufzeit: 2012 bis 2015

Fördervolumen: 20 Millionen Euro

Internet: www.bmbf.de/de/426.php?hilite=alphabetisierung

Bildungspolitische Zielsetzung:

Da die Anforderungen der Arbeitswelt steigen und sogenannte „einfache Tätigkeiten“ stetig abnehmen beziehungsweise auch hierbei höhere Anforderungen gestellt werden, brauchen alle Erwachsenen mindestens eine ausreichende Grundbildung.⁹⁵ Nicht ausreichend Lesen und Schreiben zu können, beeinträchtigt die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Betroffenen und ist oftmals auch mit beruflichen Barrieren verbunden. Seit Februar 2011 liegen durch die „leo. – Level-One-Studie“ erstmals belastbare Zahlen über die Größenordnung des funktionalen Analphabetismus⁹⁶ in Deutschland vor. Statt bisher

⁹⁵ Der Begriff der Grundbildung betont allgemeine Grundkompetenzen auf dem untersten Niveau. Neben Lese- und Schreibfertigkeiten (Literacy) bezeichnet dieser Begriff ebenfalls Kompetenzen in den Grunddimensionen kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe, wie Rechenfähigkeit (Numeracy), Computer Literacy, Health Literacy, Financial Literacy, Social Literacy. Literacy orientiert sich an der Anwendungspraxis von Schriftsprachlichkeit im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag.

⁹⁶ Funktionaler Analphabetismus ist gegeben, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Hierbei wird vom Unterschreiten der Textebene gesprochen, d.h. eine Person kann zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende – auch kürzere – Texte. So misslingt etwa auch bei einfachen Beschäftigungen das Lesen schriftlicher Arbeitsanweisungen.

geschätzter 4 Millionen Menschen zeigt die Studie, dass 7,5 Millionen Personen zwischen 18 und 64 Jahren keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben können, 57 Prozent der Befragten sind erwerbstätig, 17 Prozent arbeitslos, 10 Prozent im Haushalt beschäftigt beziehungsweise in Elternzeit. 2 Millionen von ihnen fällt sogar das Lesen und Schreiben einzelner Wörter schwer. Bei weiteren 13,3 Millionen zeigen sich große Mängel beim Schreiben und Lesen gebräuchlicher Wörter.

Insgesamt weisen knapp 21 Millionen Menschen in Deutschland Defizite in der Grundbildung auf, wobei in der Untersuchung nur Migrantinnen und Migranten berücksichtigt wurden, die über ausreichende mündliche Deutschkenntnisse verfügten, um dem Test zu genügen.

Im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkt „Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung“ wird das Ziel verfolgt, das Interesse von Unternehmen und Akteuren am Arbeitsmarkt zu steigern, Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote am Arbeitsplatz einzurichten und durchzuführen. Zudem sollen Unternehmen und gesellschaftlich relevante Akteure wie zum Beispiel Arbeitsvermittlungen, Gewerkschaften, Kammern und Verbände für die Thematik sensibilisiert und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geschult sowie in die Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit eingebunden werden. Dabei sollen

- Konzepte und Maßnahmen zur arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung,
- Beratungs- und Schulungsangebote für Akteure der Arbeitswelt und im Alltag der Betroffenen, sowie
- Fortbildungsangebote für Trainerinnen und Trainer sowie Dozentinnen und Dozenten in Bildungsmaßnahmen entstehen.

Lernen vor Ort

Eckdaten:

Laufzeit: 1. Phase: 1. September 2009 bis 31. August 2012; 2. Phase: 1. September 2012 bis 31. August 2014
Fördervolumen 1. Phase: rund 60 Millionen Euro (mit hälftiger ESF-Kofinanzierung)
Internet: www.lernen-vor-ort.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Förderprogramm „Lernen vor Ort“ wurde in Zusammenarbeit mit deutschen Stiftungen ein Programm aufgelegt, um regionale Bildungsstrukturen zu stärken. Im Programm geht es darum, ein kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das den Bürgerinnen und Bürgern einen erfolgreichereren Verlauf ihrer Bildungsbiographien ermöglicht.

Vier grundlegende Aktionsfelder bilden den Kern des Programms:

- das kommunale Bildungsmanagement, das die vielfältigen Bildungs- und Beratungsangebote sowie die

zahlreichen Initiativen in den verschiedenen Handlungsfeldern auf einander abstimmt und koordiniert,

- das kommunale Bildungsmonitoring, das mit klaren Fakten und regelmäßigen Berichtssystemen die Wirkungen der Bildungs- und Beratungsangebote in allen Bereichen der Bildung offen legt und Handlungsbedarfe deutlich macht,
- die Bildungsberatung, die dazu beitragen soll, dass alle Bürger und Bürgerinnen an jeder Bildungsstation in der individuellen Biographie darin unterstützt werden, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut vorbereiteten Informationsbasis eigenständig treffen zu können,
- die Bildungsübergänge, bei denen das gelingende Management der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Lebensphasen, Bildungsphasen und Bildungsinstitutionen im Vordergrund steht.

Resultate der Bundesförderung:

Das BMBF unterstützt gemeinsam mit über 150 Stiftungen in einer für den Bildungsbereich neuartigen öffentlich-privaten Partnerschaft insgesamt 40 Kreise und kreisfreie Städte bei der Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements. Bislang haben sich 47 Stiftungen in einem nationalen Stiftungsverbund zusammenschlossen. Darüber hinaus sind über 100 weitere Stiftungen in die Aktivitäten vor Ort eingebunden. Nach gut zwei Jahren Laufzeit zeichnet sich ab, dass der Ansatz bei der Strukturentwicklung im Bildungswesen und die intensive Zusammenarbeit mit den Stiftungen als Akteuren der Zivilgesellschaft eine innovative Herangehensweise auch für die Gestaltung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung sind. Der systematischen Verknüpfung der verschiedenen Ebenen beruflicher Bildung mit einem effizienten Übergangsmanagement und optimierten Beratungsangeboten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu; ebenso dem sich entwickelnden Bildungsberichtsweisen auf kommunaler Ebene.

3.2.3 Maßnahmen und Programme zur Förderung der Durchlässigkeit im Bildungssystem

DECVET – Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung

Eckdaten:

Laufzeit: 11/2007 bis 09/2012
Fördervolumen: rund 4,5 Millionen Euro
Internet: <http://www.decvet.net>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die DECVET-Pilotinitiative hat zum Ziel, Strukturen in der beruflichen Bildung transparenter zu gestalten und die Durchlässigkeit an markanten Zu- und Übergängen zu erleichtern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Verfahren zur Erfassung, Bewertung und Übertragung von Lerner-

gebissen von einem Teilbereich der beruflichen Bildung in einen anderen entwickelt. Die Schnittstellen sind:

- Zugang von der Berufsausbildungsvorbereitung in die duale Berufsausbildung
- Übergang innerhalb der dualen Berufsausbildung an der Schnittstelle gemeinsamer berufsübergreifender Qualifikationen in einem Berufsfeld
- Übergang von der vollzeitschulischen in die duale Berufsausbildung
- Zugang zwischen dualer Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung (geregelt nach §§ 53 und 54 BBiG)

Resultate der Bundesförderung:

DECVET stellt die Lernenden und die Lernergebnisse in den Mittelpunkt. Die Lernergebniseinheiten wurden so konstruiert und geschnitten, dass sie gleichermaßen betriebliche, schulische und außerbetriebliche Lernergebnisse berücksichtigen. Damit wurde eine Voraussetzung zur Prüfung gleichwertiger Lernergebnisse trotz unterschiedlicher Bildungsgängen geschaffen. Durch Äquivalenzprüfung wurden Anrechnungspotenziale ermittelt, auf deren Basis Anrechnungsverfahren entwickelt wurden. Diese variieren je nach Schnittstelle; drei grundsätzliche haben sich allerdings herauskristallisiert:

- Das erste Verfahren ermöglicht eine Verkürzung von Ausbildungszeit. So wurde z. B. am Übergang innerhalb der dualen Berufsausbildung ein gestuftes Anrechnungsmodell entwickelt, welches je nach prozentualem Anteil der Äquivalenz eine Anrechnung zulässt.
- Das zweite Verfahren ermöglicht eine Vertiefung von Ausbildungsinhalten durch frei gewordene Ausbildungszeit.
- Das dritte Verfahren, welches insbesondere im Übergang zur beruflichen Fortbildung zum Tragen kommen kann, ermöglicht die Individualisierung der Prüfungsvorbereitung und -zulassung.

Voraussetzung für jedes dieser Verfahren ist natürlich der Nachweis über die erworbenen Lernergebnisse. Die in DECVET entwickelten Instrumente zur deren Erfassung sind sowohl performanz- als auch aufgabenorientiert. Sie berücksichtigen die Gütekriterien der Prüfungspraxis und genügen den Anforderungen an Praktikabilität und Anwenderfreundlichkeit.

Aus ersten Analysen und Erkenntnissen der Initiative lassen sich bereits innovative Ansätze für die zukünftige Gestaltung der beruflichen Bildung erkennen und schlussfolgern. Endgültige Ergebnisse werden nach Abschluss der Initiative im Herbst 2012 vorgelegt.

Weiterbildungsstipendium

Eckdaten:

Programmstart 1991
Soll 2012: 22,7 Millionen Euro
Internet: www.bmbf.de/weiterbildungsstipendium

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm Weiterbildungsstipendium des BMBF unterstützt junge Menschen bei der weiteren beruflichen Qualifizierung im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zum Techniker/zur Technikerin, zum Handwerksmeister/zur Handwerksmeisterin oder zum Fachwirt/zur Fachwirtin, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse sowie berufsbegleitende Studiengänge, die auf die Ausbildung oder Berufstätigkeit aufbauen. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel. Stipendiaten und Stipendiatinnen können Zuschüsse von insgesamt 6 000 Euro für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des dreijährigen Förderzeitraums beantragen.

Resultate der Bundesförderung:

Im Aufnahmejahr 2011 wurden rund 6 000 neue Stipendiaten und Stipendiatinnen in das Programm aufgenommen.

Das Weiterbildungsstipendium feierte im Jahr 2011 sein 20-jähriges Bestehen. Im Jahr 2012 wird das 100 000ste Weiterbildungsstipendium vergeben. Die erfolgreiche Entwicklung des Programms lässt sich auch in den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung ablesen: Die Förderung gibt einen Anstoß zum lebenslangen Lernen – 70 Prozent der Ehemaligen belegen nach dem Ende der Förderung zusätzliche Weiterbildungskurse. Und die Förderung eröffnet Karrierechancen – 40 Prozent der Ehemaligen üben Vorgesetztenfunktionen aus.

ANKOM- Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung

Eckdaten:

Laufzeit: Oktober 2011 bis 2015
Fördervolumen: rund 7 Millionen Euro
Internet: <http://ankom.his.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Eines der Ergebnisse der BMBF-Förderinitiative ANKOM (Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge) war, dass Absolventen aus der beruflichen Bildung neben der Anrechnung bereits vorliegender Kompetenzen weitere unterstützende Maßnahmen bedürfen, um ihnen ein effektives Hochschulstudium zu ermöglichen. Der Beschluss der KMK vom 6. März 2009 zum Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Zugangsberechtigung hat weitere Impulse für den Übergang von Absolventen der beruflichen Bildung in ein Hochschulstudium gegeben.

Im Rahmen der bildungspolitischen Zielsetzung, die Durchlässigkeit von beruflichen in die hochschulische Bildung zu fördern, hatte das BMBF mit Datum vom 18. April 2011 „Richtlinien zur Förderung von Maßnah-

men für den Übergang aus der beruflichen in die hochschulische Bildung“ veröffentlicht. Gegenstand der Förderung ist die Etablierung von unterstützenden Maßnahmen durch die ein erfolgreiches Studieren unter Berücksichtigung der Lebenssituation Berufstätiger begünstigt wird. Solche flankierenden und unterstützenden Maßnahmen sollen sich auf inhaltliche, strukturelle, organisatorische und personelle Vorkehrungen erstrecken können. Gegenstand der Förderung sind entsprechende Projekte und eine wissenschaftliche Begleitung. Zu den Fördervoraussetzungen zählt u. a. dass in den beteiligten Hochschulen jeweils bereits die Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge erfolgt.

Resultate der Bundesförderung:

Es wurden 20 Projekte als förderfähig eingestuft. Der Förderzeitraum für die Einzelvorhaben endet im Herbst 2014, der für die wissenschaftliche Begleitung 2015. Die Vorhaben, die sich auf unterschiedliche Maßnahmen und Studiengänge beziehen, sollen transferfähige Beispiele geben und Impulse für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Durchlässigkeit setzen. Die Träger der wissenschaftlichen Begleitung (HIS-Institut für Hochschulforschung und das Institut für Innovation und Technik (iit)) fördern dazu u. a. den wissenschaftlichen Diskurs und betreiben die Öffentlichkeitsarbeit.

Aufstiegsstipendium

Eckdaten:

Programmstart 2008
Soll 2012: 21,5 Millionen Euro
Internet: www.bmbf.de/aufstiegsstipendium

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm Aufstiegsstipendium des BMBF richtet sich insbesondere an Berufserfahrene, die die Möglichkeit des Hochschulzugangs durch Ausbildung, Fortbildung oder Berufspraxis erwerben beziehungsweise erworben haben. Gerade wenn begabte Fachkräfte mit ihrer beruflichen Qualifikation bereits Einkünfte erzielen, stellen häufig monetäre Aspekte ein Hemmnis dar, ein weiterqualifizierendes Studium aufzunehmen. Die Stipendien sollen hier zusätzliche Anreize zur Aufnahme eines Studiums darstellen und verbessern somit die beruflichen Aufstiegschancen für begabte Fachkräfte. Die Förderung für ein Vollzeitstudium beträgt 750 Euro monatlich, für ein berufsbegleitendes Studium 2 000 Euro jährlich.

Resultate der Bundesförderung:

Drei Jahre nach Programmstart konnten bis zum Jahr 2011 bereits über 3 500 Aufstiegsstipendien vergeben werden. Derzeit studieren im Programm Aufstiegsstipendium gut 40 Prozent aller Stipendiaten und Stipendiatinnen berufsbegleitend. Sechs von zehn Stipendiaten und Stipendiatinnen studieren an einer Fachhochschule, 45 Prozent sind älter als 30 Jahre. 12 Prozent mehr Frauen als Männer nutzen die Chance, mit dem Aufstiegsstipendium ein Studium zu beginnen. Knapp die Hälfte der aufgenommenen Bewerberinnen und Bewerber erreichen die Zugangsberechtigung zur Hochschule über berufliche- und Aufstiegsqualifikationen sowie spezifische Aufnahmeverfahren an den Hochschulen. Das Programm leistet insoweit einen wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Beitrag, in dem es die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang erhöht.

berinnen und Bewerber erreichen die Zugangsberechtigung zur Hochschule über berufliche- und Aufstiegsqualifikationen sowie spezifische Aufnahmeverfahren an den Hochschulen. Das Programm leistet insoweit einen wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Beitrag, in dem es die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang erhöht.

Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2020
Fördervolumen: 250 Millionen Euro, kofinanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Europäischen Union
Internet: www.wettbewerb-offene-hochschulen-bmbf.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ stärken Bund und Länder in den nächsten Jahren gemeinsam die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. 2014 wird eine zweite Wettbewerbsrunde ausgeschrieben werden. Für den Wettbewerb stellt das BMBF in den Jahren 2011 bis 2020 insgesamt bis zu 250 Millionen Euro zur Verfügung. Die BMBF-Anschubfinanzierung soll den Hochschulen die nachhaltige Etablierung Wissenschaftlicher Weiterbildung als Geschäftsfeld ermöglichen. Mit Blick auf die Entwicklung und Erprobung von Angeboten für lebenslanges Lernen soll damit das derzeitige Angebot an praxisnahen sowie berufsbegleitenden, aber auch dualen Studienangeboten ausgeweitet werden.

Resultate der Förderung:

Der Wettbewerb startete im Oktober 2011 mit 26 Projekten in einer ersten Wettbewerbsrunde. Die Gewinner-Hochschulen überzeugten mit ihren Konzepten für berufsbegleitende, duale Studiengänge sowie Studiengänge mit Praxisphasen oder Zertifikatsangeboten. Zielgruppen sind insbesondere Wiedereinsteiger mit Familien, Berufsrückkehrerinnen, Studienabbrecher oder arbeitslose Akademiker und Akademikerinnen sowie andere Berufstätige – auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung. Die Förderung innerhalb der ersten Wettbewerbsrunde erfolgt in zwei Phasen: in der ersten Phase können Einzel- und Verbundprojekte für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung von Studienangeboten bis zu dreieinhalb Jahre gefördert werden. Die zweite Phase soll gewährleisten, dass die Projekte langfristig weitergeführt werden.

3.3 Zukunftsorientierung des Berufsbildungssystems

Es muss sichergestellt werden, dass die berufliche Bildung auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Mit der Modernisierung und Neugestaltung von Aus- und Fortbildungsberufen werden sich ändernde Qualifikationsanforderungen gemeinsam mit den Sozialpartnern in der beruflichen Bildung verankert. Wichtig

ist, möglichst frühzeitig zentrale Entwicklungen zu identifizieren, um entsprechend reagieren zu können. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen werden daher Erkenntnisse zum Arbeitskräftebedarf der Zukunft, zu Qualifizierungsaspekten und zur Kompetenzentwicklung generiert. Zur Beantwortung aktueller und möglichst zeitnah zu behandelnder Forschungsfragen hat das BMBF darüber hinaus – neben der fortlaufenden Berufsbildungsforschung des BIBB – weitere Forschungsaktivitäten initiiert.

3.3.1 Neue und modernisierte Ausbildungsordnungen

Junge Menschen sollen eine zukunftsfähige Berufsausbildung erhalten, für die Wirtschaft müssen qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. Da sich die verwendeten Technologien, Rahmenbedingungen und Anforderungen am Arbeitsplatz ständig weiterentwickeln und verändern, muss das Berufsbildungssystem diese Veränderungen aufnehmen und berücksichtigen.

Hierzu ist es nötig, bestehende Ausbildungsordnungen fortlaufend auf Aktualität zu überprüfen und gegebenenfalls an Veränderungen in den jeweiligen Berufen anzupassen, für neu entstandene Wirtschaftsbereiche neue Berufe zu schaffen und Berufe, für die kein Bedarf mehr besteht, abzuschaffen.

Zum 1. August 2011 sind 15 modernisierte Ausbildungsordnungen nach dem BBiG/der HWO in Kraft getreten, ein Beruf wurde neu geschaffen. Damit wurden seit 2000 147 Berufe modernisiert und 51 Berufe neu geschaffen.

Neu im Jahr 2011 ist der Beruf Medientechnologe Druckverarbeitung/Medientechnologin Druckverarbeitung, mit dem für Unternehmen wie Zeitschriften- und Buchverlage, die Druckprodukte in hoher Stückzahl herstellen, qualifizierte Fachkräfte für die eingesetzten modernen Fertigungstechniken ausgebildet werden können.

Modernisiert wurden zum 1. August 2011 folgende Ausbildungsordnungen⁹⁷:

- Augenoptiker/Augenoptikerin
- Bootsbauer/Bootsbauerin
- Buchbinder/Buchbinderin
- Buchhändler/Buchhändlerin
- Fachkraft für Lederverarbeitung
- Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice
- Mechatroniker/Mechatronikerin
- Mediengestalter Flexografie/Mediengestalterin Flexografie
- Medientechnologe Druck/Medientechnologin Druck

- Medientechnologe Siebdruck/Medientechnologin Siebdruck
- Packmitteltechnologe/Packmitteltechnologin
- Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin
- Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin
- Textilgestalter im Handwerk/Textilgestalterin im Handwerk
- Tourismuskaufmann (Kaufmann für Privat- und Geschäftsreisen)/Tourismuskauffrau (Kaufrau für Privat- und Geschäftsreisen)

3.3.2 Neue und modernisierte Fortbildungsordnungen

Das System der nach Berufsbildungsgesetz beziehungsweise Handwerksordnung bundeseinheitlich geregelten Aufstiegsfortbildung wurde aktualisiert und erweitert. Die Absolventen anerkannter Ausbildungsberufe erhalten damit Angebote zu attraktiven beruflichen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Die Betriebe der jeweiligen Branche können diese Fortbildungsstrukturen und -abschlüsse bei ihrer Personalentwicklung und Personalrekrutierung auch zu ihrem betrieblichen Vorteil nutzen.

Die Fortbildungsordnung zum Abschluss „Geprüfter Fachwirt/Geprüfte Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen“ trägt dem wachsenden Bedarf an betriebswirtschaftlichen Kompetenzen in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, z. B. Krankenhäusern, Kur- und Alteneinrichtungen, Rechnung. Sie berücksichtigt den Qualifikationsbedarf auf der mittleren Führungsebene und das Spektrum dieser Einrichtungen (Verordnung vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1679)).

Der Fortbildungsabschluss „Geprüfter Betriebswirt nach der Handwerksordnung/ Geprüfte Betriebswirtin nach der Handwerksordnung“ (Verordnung vom 13. März 2011 (BGBl. I S. 511)) ist die „Premiummarke“ der geregelten Aufstiegsfortbildung im Handwerk. Er setzt gem. § 2 in der Regel bereits die handwerkliche Meisterprüfung voraus. Der Absolvent soll insbesondere in der Lage sein, die Entwicklung eines handwerklichen Unternehmens strategisch zu planen, das Unternehmen zu führen und die Ziele operativ umzusetzen. Gerade diese strategische Ausrichtung, die Unternehmensführung, das Innovations- und das Personalmanagement sind hier wesentliche Elemente, die diese Fortbildungsregelung deutlich von der bisherigen Kammerregelung des Betriebswirtes (HWK) abheben. Die Fortbildungsordnung ist zugleich ein Beitrag zur Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Qualifikation und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe des Handwerks.

Mit der Verordnung über die Prüfung zu anerkannten Fortbildungsabschlüssen in der Finanzdienstleistungswirtschaft vom 9. Februar 2012 (BGBl. I S. 274) werden die bisherigen Kammerabschlüsse abgelöst und dem Qualifikationsbedarf in diesem Dienstleistungssektor entsprochen. Mit den konsekutiven Abschlüssen „Geprüfter Fachberater für Finanzdienstleistung/Geprüfte Fachbera-

⁹⁷ Weitere Informationen zu den Berufen sind im Internet abrufbar unter <http://www.bibb.de/de/26171.htm>

terin für Finanzdienstleistung“ und „Geprüfter Fachwirt für Finanzberatung/Geprüfte Fachwirtin für Finanzberatung“ wird dem bildungspolitischen Ziel nach Zwischenstufen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung Rechnung getragen. Gerade die Absolventen und Absolventinnen einschlägiger kaufmännischer Ausbildungsberufe, wie z. B. Bankkaufmann/Bankkauffrau erhalten hiermit kurz nach der Ausbildung die Möglichkeit, einen anspruchsvollen Fortbildungsabschluss zu erwerben.

Mit dem Fortbildungsabschluss „Geprüfter Tourismusfachwirt/Geprüfte Tourismusfachwirtin“ (Verordnung vom 9. Februar 2012 BGBl. I S. 302) steht nun nach der Neuordnung der Ausbildungsberufe ein bundesrechtlich geregelter Fortbildungsabschluss auf dem Fachwirte-Niveau zur Verfügung. Der Tourismusfachwirt/die Tourismusfachwirtin ist qualifiziert, anspruchsvolle Fach- und Führungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Tourismuswirtschaft wahrzunehmen.

Die Verordnung zum anerkannten Fortbildungsabschluss „Geprüfter Meister für Kraftverkehr/Geprüfte Meisterin für Kraftverkehr“ vom 9. Februar 2012 (BGBl. I S. 286) löst nach nahezu 30 Jahren die bisherige Rechtsverordnung ab. Sie entspricht aktuellen Bedürfnissen und nimmt neue Entwicklungen auf. Dieser Fachmeister/diese Fachmeisterin ist insbesondere qualifiziert, Fach- und Führungsaufgaben in Fuhrparken von Kraftverkehrsunternehmen wahrzunehmen.

Der neu geordnete Fortbildungsberuf „Fachkaufmann/Fachkauffrau für Büro- und Projektorganisation“ vom 9. Februar 2012 (BGBl. I S. 268) löst den vor zehn Jahren geschaffenen Fortbildungsabschluss „Fachkaufmann/Fachkauffrau für Büromanagement“ ab. Gerade Absolventen und Absolventinnen kaufmännischer Ausbildungsberufe bietet dieser Querschnittsberuf die Möglichkeit, sich für Planungs-, Steuerungs- und Organisationsvorhaben in den verschiedensten Bereichen der Bürowirtschaft zu qualifizieren. Den gewandelten Arbeitsabläufen in den Sekretariatsbereichen wird Rechnung getragen.

3.3.3 Berufsbildungsforschungsinitiative des BMBF

Mit Blick auf die Komplexität der für die Berufsbildungspolitik entscheidungsbeeinflussenden Faktoren und Rahmenbedingungen bilden auch die Erkenntnisse der Berufsbildungsforschung eine Grundlage für die politische Entscheidungsfindung. Ziel der im Rahmen der Berufsbildungsforschungsinitiative (BBFI)⁹⁸ geplanten Forschungsvorhaben ist es, Informationen, Daten und Vorschläge in Form von Expertisen und empirischen Untersuchungen für bildungspolitisches Handeln zu generieren. Die Initiative ist inhaltlich und organisatorisch als lernendes System konzipiert, das sich kontinuierlich an den bildungspolitischen Anforderungen ausrichtet.

In 2011 wurden im Rahmen der Initiative drei neue Forschungsprojekte gestartet, ein Projekt fortgeführt und drei Forschungsvorhaben beendet. Abgeschlossen wurden die

Projekte „Analyse der Optionen zur Anrechnung von beruflicher Vorbildung“, „Strukturen, Instrumente und Strategien erfolgreicher Berufsorientierung für Jugendliche mit schlechteren Startchancen im europäischen Vergleich“ und „Umsetzung der Prüfungsbestimmungen von Fortbildungsordnungen in der Prüfungspraxis“.

Neu gestartet wurden die Projekte „Die Wahrscheinlichkeit für KMU-Mitarbeiter, an betrieblicher Weiterbildung teilzunehmen“, „Zulassungs- und Anrechnungsvorschriften von Fortbildungsordnungen in der Praxis“ sowie „Stellenwert der dualen Ausbildung in Großunternehmen – Untersuchung zur inhaltlichen Ausgestaltung von betrieblichen Qualifizierungs- und Personalentwicklungskonzeptionen“. Die Studie zur „Bestandsaufnahme der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen im europäischen Vergleich“ ist fortgesetzt worden.

Zur Veröffentlichung von Studien, Expertisen und Gutachten der Berufsbildungsforschungsinitiative hat das BMBF 2009 die Reihe ‚Berufsbildungsforschung‘ aufgelegt. In 2011 ist Band 11 „Gewinnung von ehrenamtlichen Prüfern in der Berufsbildung“, Band 12 „Bestandsaufnahme und Konsistenzprüfung beruflicher Weiterbildungsförderung auf Bundes- und Länderebene“ und Band 13 „Teilzeitberufsausbildung: Inanspruchnahme, Potenziale, Strukturen“ erschienen⁹⁹. Dabei hat Band 11 unter den Kammern und den ehrenamtlichen Prüfern eine breite Aufmerksamkeit erfahren. Mit diesen Veröffentlichungen setzt das BMBF seinen Beitrag zur Berufsbildungsforschung fort, stärkt in diesem Bereich die Transparenz und Qualität seiner Forschungsaktivitäten und verdeutlicht, dass seine Entscheidungen Evidenz basiert getroffen werden.

In 2012 wird das BMBF neue Projekte starten. Bereits ausgeschrieben wurde ein Projekt mit dem Titel „Attraktivität des dualen Ausbildungssystems aus Sicht von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlicher Leistungsstärke“. Darüber hinaus sind Projekte zu den Themenfeldern Fortbildungsprüfung, Nachqualifizierung und Übergang von der Ausbildung in den Beruf geplant.

Im Rahmen der Forschungsförderung unterstützt das BMBF u. a. auch die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN)¹⁰⁰. Ziel der AG BFN ist die Förderung des Informationsaustausches in der Berufsbildungsforschung sowie der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Hierzu werden regelmäßig Workshops und alle zwei Jahre ein Forum zu aktuellen Themen der Berufsbildungsforschung veranstaltet.

3.3.4 Früherkennung von Qualifikationsbedarf

Jobmonitor

Wer erfolgreich handeln will, braucht verlässliche Daten zur Orientierung. Deshalb entwickelt das BMAS derzeit mithilfe wissenschaftlicher Unterstützung ein Instrumentarium zur Feststellung des aktuellen und zukünftigen Arbeitskräftebedarfs nach Branchen, Berufen und Regionen (Jobmonitor).

⁹⁸ Siehe: www.bmbf.de/de/13567.php

⁹⁹ Siehe: www.bmbf.de/de/6201.php

¹⁰⁰ Siehe: www.agbfn.de

Erste Ergebnisse zum aktuellen Arbeitskräftebedarf wurden im November 2011 in einem Arbeitskräftereport veröffentlicht, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit wissenschaftlicher Zuarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erstellt hat.

Es handelt sich hierbei um eine differenzierte Analyse der Entwicklung der Arbeitskräfteengpässe seit 2006 und eine Darstellung der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bis 2014. Der Arbeitskräftereport zeigt, dass von einem flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland derzeit noch nicht gesprochen werden kann, aber Engpässe in einzelnen Berufen und Regionen bestehen.

Im Frühjahr 2013 werden mithilfe eines Prognosemodells auch fundierte Aussagen zu Arbeitskräftenachfrage wie Arbeitskräfteangebot bis zum Jahr 2030 getroffen. Die Ergebnisse liefern Politik, Unternehmen, Sozialpartnern und allen Interessierten Orientierung.

Arbeitsmarkt der Zukunft: Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2030

Das BIBB und das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hatten im Jahr 2010 eine neue Modellrechnung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes bis zum Jahr 2025 vorgelegt.¹⁰¹ Die Studie betrat methodisches Neuland, da sie die Wege zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf (berufliche Flexibilität) nachzeichnet. Längerfristige Berufsfeld- und Qualifikationsentwicklungen können nun differenzierter aufgezeigt werden. Die Projektionen zeigen, in welchen Bereichen Fachkräftemangel entstehen könnte und welche Qualifikationsebenen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden. Eine neue Fassung der Veröffentlichung erscheint in 2012 und gibt nun die Entwicklungen bis 2030 wieder.

Die neuen Projektionsergebnisse zeigen, dass durch gestiegenes Erwerbsverhalten insbesondere von Älteren Fachkräfteengpässe und -mangel erst um 2030 gesamtwirtschaftlich erkennbar sein werden. In einigen Bereichen wird dies jedoch schon früher eintreten. Dies gilt insbesondere bei Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene, da trotz eines leicht rückläufigen Bedarfs an Beschäftigten bis 2030 ein deutlicher Rückgang der Erwerbspersonen mit entsprechender Qualifikation gegenüber steht. Zudem scheidet ab dem Jahr 2020 eine steigende Zahl von Fachkräften mit einer mittleren Qualifikation aus dem Erwerbsleben aus. Aufgrund der gestiegenen Studienanfängerquoten wird das Angebot an Akademikern in den kommenden Jahren zu einem leichten Überangebot führen, wobei dies unterstellt, dass der Bedarf an Akademikern in der Wirtschaft weiterhin konstant aber verhalten zunimmt. Dies legt den Schluss nahe, dass bei gleichbleibender Entwicklung langfristig kein genereller Akademikerengpass droht, wenngleich es sowohl auf regionaler Ebene als auch bei spezifischen Anforderungen bereits schon jetzt zu Engpässen kommen kann. Zudem werden hoch qualifizierte und spezialisierte Personen, wie z. B. aus den MINT-Berufen, weiterhin sehr gute Chancen

auf dem Arbeitsmarkt haben. Bei den Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss wird der Bedarf nach den Projektionen von BIBB und IAB bis zum Jahr 2030 leicht zurückgehen. Für diese Gruppe wird es jedoch zunehmend schwieriger werden, eine Beschäftigung zu finden.

Nach den Ergebnissen der Modellrechnung zeichnet sich insbesondere in den Gesundheits- und Sozialberufen, aber auch in den Gastronomie- und Reinigungsberufen ab, dass der globale Arbeitskräftebedarf der Unternehmen das Arbeitskräfteangebot übersteigen wird. In den folgenden Berufsfeldern ergeben sich angespannte Arbeitsmarktsituation, jedoch deckt hier rein rechnerisch das projizierte Angebot weiterhin den Bedarf: Rohstoffgewinnende Berufe, be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe, Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe, Berufe im Warenhandel und Vertrieb, Technisch-Naturwissenschaftliche Berufe sowie Medien-, Geistes- und Sozialwissenschaftliche, künstlerische Berufe.

BIBB Qualifizierungspanel

Für Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik ist von besonderem Interesse, wie Betriebe mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgehen und welche Strategien sie verfolgen, um ihren Fachkräftebedarf zukünftig zu decken. Daher fördert das BMBF den Aufbau eines Betriebspanels zur Qualifizierung und Kompetenzentwicklung im BIBB

Das BIBB-Qualifizierungspanel ist eine jährliche Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Daten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden.

Ein Schwerpunkt der ersten Befragung 2011 lag auf der betrieblichen Erstausbildung und hier insbesondere auf Leistungs-, Produktivitäts- und Kompetenzniveaus der Auszubildenden, Problemen bei der Besetzung neu angebotener Ausbildungsstellen, betrieblichem Übernahmeverhalten nach Abschluss der Ausbildung und der Ausbildungsplanung für die kommenden Jahre. Erste Ergebnisse zu unbesetzten Berufsausbildungsstellen sind in Kapitel 2.5 des vorliegenden Berufsbildungsberichts eingeflossen.¹⁰²

Im Frühjahr 2012 startet die zweite Befragung des BIBB-Qualifizierungspanels.

Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Hälfte der UN-Dekade – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2013

Fördervolumen: 3 Millionen Euro

Internet: www.bibb.de/de/56741.htm

¹⁰¹ Vergleiche www.bibb.de/de/55403.htm

¹⁰² Weitere Ergebnisse sind im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A4.10.4 und B1.2.3, veröffentlicht.

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Ziel, Nachhaltigkeit als Leitbild in der beruflichen Bildung zu verankern, fördert das BIBB aus Mitteln des BMBF innerhalb des Förderschwerpunkts Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Hälfte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014 Modellversuche nach § 90 Absatz 3, Nummer 1d Berufsbildungsgesetz.

Resultate der Bundesförderung:

Eine erste positive Bilanz der Modellversuchsarbeit konnte in einem Programmworkshop im Juni 2011 gezogen werden. Verbünde und Netzwerke, die eine dauerhafte Implementierung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in die berufliche Bildung beziehungsweise den beruflichen Alltag erwarten lassen, konnten bereits aufgebaut werden. Verstetigung und Transfer werden prozessbegleitend forciert.

Erwartet werden von den vier ausgewählten Verbundprojekten sowohl die Verstetigung erfolgreicher Produkte nach Beendigung der Förderung aus Mitteln des BMBF für einen Transfer in weitere Bereiche beruflicher Bildung als auch Belege für eine gelungene Netzwerkbildung, wie sie der Modellversuchsförderung des BIBB im Nationalen Aktionsplan für die UN-Dekade aufgegeben ist. Darüber hinaus soll der gesamte Förderschwerpunkt mit nunmehr 6 Modellversuchen die Zusammenhänge nachhaltiger Entwicklung in der beruflichen Bildung mit Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen sowie Qualifizierungsbedarfen und -maßnahmen und weitere bildungsrelevante Aspekte definieren und in politischen Handlungsempfehlungen umsetzen.

3.3.5 Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung – ASCOT*Eckdaten:*

Laufzeit: 12/2011 bis 11/2014
Fördervolumen: rund 7 Millionen Euro
Internet: www.ascot-vet.net

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit der neuen BMBF-Forschungsinitiative „Technologieorientierte Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung“ (Ascot – Technology-based Assessment of Skills and Competencies in VET) fördert das BMBF erstmals Forschungsprojekte zum Thema Kompetenzmodellierung und Kompetenzerfassung in der beruflichen Bildung. Im allgemeinbildenden Bereich sind durch PISA bereits zahlreiche Verfahren zur Messung schulischer Leistungen entwickelt worden. Das Berufsbildungssystem verlangt aufgrund seiner Komplexität jedoch andere Anforderungen an output-orientierte Messinstrumente. Mit Hilfe moderner, technologieorientierter Verfahren soll im Rahmen der Forschungsinitiative ein erster Schritt unternommen werden, um einer angemessenen Erfassung des Lernerfolgs beziehungsweise der Diagnose von individuellen Kompetenzen in der beruflichen Bildung näher zu kommen.

Maßgeblich für alle Projekte ist eine Orientierung an einer konsistenten Methodenentwicklung zur Messung beruflicher Kompetenzen in einer interdisziplinär und international ausgerichteten Kompetenz(mess-)forschung. Um die Akzeptanz und Anwendung der Messinstrumente zu erleichtern, wird zudem frühzeitig die Praxis in die Forschung mit eingebunden.

In der ersten Phase werden Kompetenzmodelle und Messinstrumente national in vier bedeutsamen Berufsfeldern, konkret am Beispiel von Kfz-Mechatronikern, Elektronikern für Automatisierungstechnik, Industriekaufleuten, medizinischen Fachangestellten und Altenpflegern, entwickelt, erprobt und analysiert. Mit ersten Ergebnissen ist Anfang 2014 zu rechnen.

Umsetzungsstand und Ausblick:

Zur Erreichung der Zielsetzungen wurden fünf Projektverbünde und ein Einzelvorhaben in den genannten Ausbildungsberufen ausgewählt. Gemeinsamer Projektstart ist der 1. Dezember 2011.

Die entwickelten Methoden zur Kompetenzmessung werden so angelegt, dass sie mit geringem Aufwand zu einem späteren Zeitpunkt auf andere Berufe sowie in Prüfungs- und Weiterbildungskontexte übertragen werden können. Im weiteren Verlauf der Forschungsinitiative sind Kooperationen mit anderen europäischen Ländern zur Anwendung der Instrumente u. a. im Rahmen internationaler Vergleichsstudien geplant.

4 Stand und Perspektive der beruflichen Bildung in der internationalen Zusammenarbeit

Die Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraums und die Umsetzung der Strategie Europa 2020 prägten 2011 die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. Für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde durch die Entscheidung des Rates vom Mai 2009 der „Strategische Rahmen 2020“ („ET 2020“) festgelegt. „ET 2020“ verfolgt vier strategische Ziele:

1. Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität,
2. Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung,
3. Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns,
4. Förderung von Innovation und Kreativität – einschließlich unternehmerischen Denkens – auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Die 2010 im Rahmen des „Kopenhagen-Prozesses“ erlassene Brügge-Erklärung zu einer verstärkten Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung im Zeitraum 2011 bis 2020 nimmt diese Ziele auf und unterlegt sie mit konkreten Zielen und Maßnahmen, die im Zeitraum bis 2014 erreicht werden sollen. Die entsprechende Bearbeitung beziehungsweise Realisierung bestimmte die europäische

Zusammenarbeit im Jahr 2011. Hervorzuheben ist die im November 2011 durch den Rat Bildung getroffene Vereinbarung, die transnationale Mobilität in der Berufsbildung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 6 Prozent der 18-34-jährigen mit Berufsausbildung zu steigern.

Zentrales Umsetzungsinstrument für die Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraums war weiterhin das EU-Programm für Lebenslanges Lernen. In 2011 starteten Vorbereitungen und Verhandlungen für die Zukunft der EU-Bildungsprogramme für die Jahre 2014 bis 2020. Die umfangreiche Zwischenevaluierung der EU sowie der Mitgliedstaaten hat den deutlichen europäischen Mehrwert des Programms belegt. Die neue Programmgeneration 2014 bis 2020 mit dem voraussichtlichen Namen „Erasmus für alle“ soll auf den Erfolgen und Erkenntnissen aus der Programmgeneration 2007 bis 2013 aufbauen und sich gleichzeitig an den aktuellen Herausforderungen in Europa ausrichten. Deutschland hat sich nach einem ersten Konsultationsprozess mit den bildungspolitischen Schlüsselakteuren mit einer nationalen Stellungnahme zur Zukunft der Programme positioniert. Die Bundesregierung legt in den weiteren Verhandlungen Wert darauf, dass die berufliche Bildung auch in Zukunft eine sichtbare und adäquate Stellung erhält.

In der internationalen Zusammenarbeit sind ein deutliches Interesse und eine hohe Anerkennung für das duale System der Berufsausbildung spürbar. Viele Staaten und auch etwa die OECD sehen gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt das duale System als ein Kernelement für den Erfolg der Wirtschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Internationale Berufswettbewerbe

Die 41. WorldSkills – die sogenannte Weltmeisterschaft der Berufe – fanden vom 4. bis 9. Oktober 2011 in London statt. An vier Wettbewerbstagen wurden auf dem ExCel Messegelände unter 950 Wettbewerbsteilnehmern aus 51 Ländern im Alter bis 22 Jahre die weltweit Besten in 46 Berufen aus Industrie, Handwerk und Dienstleistungsbereich ermittelt. Deutschland startete mit einem Team von 26 Wettkämpfern – eine Frau und 25 Männer – in 23 Berufsdisciplinen. Das deutsche Team erreichte eine Gold, zwei Silber und eine Bronzemedaille sowie zwölf Exzellenzauszeichnungen. Das BMBF förderte die Teilnahme der deutschen Mannschaft in London.

Die 42. Weltmeisterschaft der Berufe wird 2013 vom 2. bis 7. Juni in Leipzig auf dem Gelände der Leipziger Messe stattfinden. Das BMBF und das Land Sachsen (aus Mitteln des ESF) fördern die Durchführung mit jeweils 10 Millionen Euro.

Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur beruflichen Bildung

Die OECD Mitgliedstaaten haben die Durchführung der neuen Studie „Skills beyond School“ – als Nachfolgestudie zu „Learning for Jobs“ – vereinbart. Bei der im Sep-

tember 2010 veröffentlichten Studie „Learning for Jobs“ hatte das deutsche duale Ausbildungssystem sehr gut abgeschnitten. Mit der Veröffentlichung dieser Studie zusammen mit „Education at Glance“ gelang es erstmals, das jährliche Ritual in der öffentlichen Diskussion, Deutschland habe zu wenige Akademiker, zu unterbrechen.

Im Rahmen der Studie „Skills beyond School“ untersucht die OECD die „post-secondary VET“ Möglichkeiten beziehungsweise Angebote in den jeweiligen teilnehmenden Ländern. Unter „post-secondary VET“ werden in der deutschen Studie die nicht akademischen Weiterbildungsmöglichkeiten im Anschluss an die berufliche Erstausbildung verstanden. Die Schwerpunkte der Studie werden daher auf Meisterqualifikationen, Fort- und Weiterbildungsangebote der Kammern und privater Anbieter sowie die Fachschulen/Fachakademien als postsekundäre Bildungsmöglichkeit im schulischen Bereich gelegt. Die Studie „Skills beyond School“ wird von der OECD in den Jahren 2011 und 2012 durchgeführt; die Veröffentlichung der Studienergebnisse wird voraussichtlich Anfang 2013 erfolgen.

Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR)

Die Bildungsminister der EU und das Europäische Parlament (EP) haben mit dem EQR einen gemeinsamen Referenzrahmen als Übersetzungsinstrument zwischen verschiedenen Qualifikationssystemen und deren Niveaus beschlossen, das zu mehr Transparenz, Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Qualifikationsbescheinigungen in Europa führen soll. Die EU-Empfehlung zum EQR sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Qualifikationsniveaus auf transparente Art und Weise mit den Stufen des EQR verknüpfen.

Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)

In Deutschland haben sich Bund und Länder bereits im Jahr 2006 auf die Entwicklung eines DQR verständigt. Als struktureller Ausgangspunkt wurde eine hohe Kompatibilität zum EQR vorgegeben. Auf dieser Basis wurde im Jahr 2008 gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen der Sozialpartner sowie der Wissenschafts- und Bildungsorganisationen im Arbeitskreis DQR (AK DQR) ein Diskussionsvorschlag für einen DQR erarbeitet. Dieser wurde bis Juni 2010 durch Experten in vier Berufs- und Tätigkeitsfeldern (Metall/Elektro, IT, Handel sowie Gesundheit) durch die beispielhafte Zuordnung von Qualifikationen auf seine Funktionsfähigkeit geprüft.

Auf der Basis der Expertenvoten wurde die DQR-Matrix überarbeitet. Der AK DQR verabschiedete den DQR-Entwurf im März 2011. Wie der EQR besteht der DQR-Entwurf aus acht Niveaus, die allgemein über einen Niveauindikator sowie über die erforderlichen Fachkompetenzen und personalen Kompetenzen charakterisiert werden. Sämtliche Niveaus sollen über verschiedene Bildungswege, auch der beruflichen Bildung, zu erreichen sein.

Im Mittelpunkt der Arbeit des AK DQR in 2011 stand die Erarbeitung eines Vorschlags für die Zuordnung formaler Qualifikationen des deutschen Bildungssystems zum DQR, zu dem Anfang 2012 eine politische Einigung erreicht wurde. Dabei ist es gelungen, eine gleichwertige Einstufung von Meistern/Technikern und dem Hochschulabschluss Bachelor auf Niveaustufe 6 zu erreichen. Für die berufliche Erstausbildung wird eine Zuordnung auf Niveau 4 (3- und 3½-jährige Ausbildungen vorgekommen). 2-jährige Ausbildungen sind auf Niveau 3 angesiedelt. In der gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und Sozialpartnern (vergleiche Kapitel 1) wurde vorerst auf eine Einbeziehung allgemein bildender Bildungsabschlüsse in den Deutschen Qualifikationsrahmen verzichtet.

Zur Erarbeitung von Empfehlungen, nach welchen Kriterien nicht-formales und informelles Lernen an den DQR Anschluss finden kann, wurden im Juni 2011 zwei Arbeitsgruppen unter Beteiligung insbesondere der Hauptakteure der Fort- und Weiterbildung sowie der Sozialpartner gebildet. Zentrale Aufgabe des AK DQR wird es künftig sein, einen Leitfaden zu erstellen, der eine Zuordnung von Qualifikationen in der Breite des Deutschen Bildungssystems ermöglicht.¹⁰³

Europäisches Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET)

Mit der vom Europäischen Parlament und Rat des Europäischen Union 2009 verabschiedeten Empfehlung zur Einrichtung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung soll die Anrechnung, Anerkennung und Akkumulierung bewerteter Lernergebnisse von Einzelpersonen, die eine Qualifikation erwerben wollen, erleichtert werden. Im Rahmen des lebenslangen Lernens soll des Weiteren die Übertragbarkeit von Qualifikationen zwischen verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und innerhalb des Arbeitsmarktes gefördert werden. Wichtige Zielsetzung der Erprobung von ECVET ist es zugleich, die europäische Bildungszusammenarbeit sowie die Etablierung transnationaler Praxisnetzwerke zu fördern. Bis 2014 sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, entsprechende praxisorientierte Verfahren und Instrumente zu entwickeln und zu erproben.

Bildungsakteure und Lernende, die ECVET im Rahmen von EU-geförderten Pilot-Projekten testen und weiterentwickeln, sehen darin eine Möglichkeit zur nachhaltigen Verbesserung der Qualität von grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen als auch der Etablierung längerfristiger Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung. Die Zahl der Bildungsakteure, die ECVET erproben, steigt stetig: Im Rahmen des EU-Programms für lebenslanges Lernen werden in mehr als 130 ECVET-Projekten¹⁰⁴ praxistaugliche, transparente Verfahren und Instrumente entwickelt, die die Übertragbarkeit von Lernergebnissen von einem Land in ein anderes sowie zwi-

schen unterschiedlichen Bildungsbereichen erleichtern können. Hierzu gehören z. B. die vier Pilotprojekte mit deutscher Federführung beziehungsweise deutscher Beteiligung aus der ersten EU-Förderperiode 2008: SME Master plus¹⁰⁵, CREDCHEM¹⁰⁶, AEROVET¹⁰⁷ und Va-LOGReg¹⁰⁸.

Unterstützt werden die Bildungsakteure bei der Entwicklung übertragbarer ECVET-Verfahren und Instrumente, die die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten berücksichtigen, seit 2010 von einem europäischen Netzwerk nationaler Agenturen (NetECVET)¹⁰⁹. Ziel des Netzwerks ist es, dazu beizutragen, europäische Mobilität zu qualitätsgesicherter ECVET-Mobilität weiterzuentwickeln und die Basis für eine breite Umsetzung von ECVET im Bereich der transnationalen Mobilität zu schaffen.

In Deutschland werden Bildungsakteure bei der Erprobung von ECVET im Kontext transnationaler Mobilität von der Nationalen Koordinierungsstelle (NKS) ECVET¹¹⁰, die das BMBF bei der Nationalen Agentur „Bildung für Europa“ eingerichtet hat, informiert, beraten und unterstützt. Gemeinsam mit Bildungsexperten aus der Praxis hat die NKS ECVET 2011 einen Leitfaden zur Beschreibung von Lernergebniseinheiten erarbeitet, der die europaweite Anerkennung bewerteter und validierter Lernergebnisse erleichtern soll.

Die Erprobung eines nationalen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung in Deutschland erfolgt im Rahmen der vom BMBF von 2007 bis 2012 geförderten Pilotinitiative DECVET¹¹¹. In zehn betriebspraktisch ausgerichteten Pilotprojekten wurden Verfahren zur Anrechnung von Kompetenzen und Lernergebnissen entwickelt und erprobt, die einen Beitrag zur Verbesserung von Mobilität und Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Bildungssystemen leisten sollen.

ESCO (European Skills, Competencies and Occupations taxonomy) Entwicklung einer europäischen Taxonomie für Berufe, Kompetenzen und Qualifikationen

ESCO (European Skills/Competences, Qualifications and Occupations) ist eine neue Initiative der EU und geht zurück auf die Europäische Strategie „New Skills for new Jobs“, die vom Europäischen Rat verabschiedet wurde.

ESCO hat das Ziel, eine gemeinsame europäische Taxonomie und Klassifikation von Berufen, Kenntnissen/Fähigkeiten und Qualifikationen aufzustellen und dabei eine einheitliche Sprache und Brücke zwischen der Arbeits- und Bildungswelt zu schaffen.

¹⁰⁵ www.sme.master.eu

¹⁰⁶ www.credchem.eu

¹⁰⁷ www.pilot-aero.net

¹⁰⁸ www.ecvet-projects.eu/Projects/ProjectDetail.aspx?id=16

¹⁰⁹ www.netecvet.com

¹¹⁰ www.ecvet-info.de

¹¹¹ www.decvet.net

¹⁰³ Vergleiche

¹⁰⁴ Vergleiche www.adam-europe.eu/adam/thematicgroup/ECVET

ESCO soll im Kern auf drei verbundenen Säulen beruhen: Säule Berufe, Säule Fertigkeiten/Kompetenzen, Säule Qualifikationen. Die strategischen Zielsetzungen von ESCO und die Ausgestaltung der Säulen und deren Interaktion werden zurzeit in einer von der EU-Kommission eingesetzten ESCO-Steuerungsgruppe beraten, in der das BMBF vertreten ist.

Die Europäische Kommission sieht in ESCO verschiedene Vorteile für den europäischen Arbeitsmarkt und die europäischen Bildungssysteme, insbesondere:

- Besseres Matching von Angebot und Nachfrage auf dem europäischen Arbeitsmarkt (Berufsberatung; Arbeitsvermittlung),
- Bessere Vergleichbarkeit von Branchen/Sektoren, Institutionen und Ländern,
- Förderung der Mobilität innerhalb der EU,
- Referenzrahmen für die Ausschreibung von Arbeitsstellen, von Berufsprofilen, für Bewerbungen, für die Entwicklung von Lehr- und Ausbildungsplänen, für die näher am Arbeitsmarkt orientierte Beschreibung von Qualifikationen,
- Inbezugsetzung von Lernergebnissen des Einzelnen mit Arbeitsmarktanforderungen und Berufen,
- Individueller Mehrwert für Personen ohne Berufsabschluss, die ihre „Teilqualifikationen“ und Kompetenzen aufgrund der Standardisierung der ESCO-Beschreibung besser auf dem Arbeitsmarkt verwenden könnten,
- Unterstützung bei der Schaffung von nationalen Klassifikationssystemen, wo noch nicht vorhanden, beziehungsweise zur Sicherung der Kooperationsfähigkeit zwischen den nationalen und sektoralen Klassifikationen.

Von ESCO sollen insbesondere drei Zielgruppen profitieren:

- Bürger und Bürgerinnen/Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen: Unterstützung bei der Erstellung persönlicher Skills Profiles, die erworbene Lernergebnisse, berufliche Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen umfassen sollen (hierzu ist offenbar auch ein European Skills Passport geplant, der mit dem EuroPASS verbunden werden soll),
- Bildungs-/Berufsbildungseinrichtungen: Unterstützung von für die Entwicklung von Qualifikationen verantwortlichen Stellen bei der Beschreibung von Lernergebnissen in arbeitsmarkttauglicher Weise,
- Arbeitgeber: Unterstützung bei der Erstellung von Stellenausschreibungen und bei der passgenauen Besetzung von Stellen.

Nach Vorstellung der Europäischen Kommission sollen von ESCO langfristig alle europäisch relevanten Berufe und Qualifikationen erfasst werden, wobei stufenweise vorgegangen und 2012 eine erste Erprobungswelle mit einer kleinen Anzahl von Berufen gestartet werden soll.

Die Steuerungsgruppe zu ESCO, besetzt mit Vertretern von Bildungs- und Arbeitsverwaltungen sowie von Sozialpartnern, trifft die strategischen Entscheidungen bei der ESCO-Entwicklung. Daneben wurden 2011 ein sogenanntes „Maintenance Committee“ sowie mehrere Referenzgruppen zu ersten Einzelberufen eingesetzt, die die fachlich-technische ESCO-Spezifikation und -Erprobung über EU-einheitliche Beschreibungen von Berufen und von betreffenden Kenntnissen und Fähigkeiten zum Ziel haben. Auch im ESCO-Maintenance-Committee sind deutsche Experten, unter anderem der Sozialpartner, vertreten. Erste Ergebnisse der ESCO-Erprobung werden im Jahr 2012 erwartet.

Die ESCO-Steuerungsgruppe sieht grundsätzlich potenzielle Vorteile in der Schaffung einer ESCO-Taxonomie, betont allerdings auch weiteren Klärungsbedarf zum Kosten-Nutzen-Verhältnis, zur Dimension des Projekts, zur Ausgewogenheit der bildungs- und beschäftigungspolitischen Interessen, zum zugrundezulegenden Berufskonzept und zu etwaigen bildungspolitischen Konsequenzen sowie zum Verhältnis von ESCO zum Europäischen Qualifikationsrahmen. Das ESCO-Projekt ist aufgrund seiner übergreifenden Zielstellung und seiner hohen Komplexität und Steuerungsdichte bewusst als Langfristprojekt angelegt, das sich Schritt für Schritt mit jeweiligen Meilensteinplanungen entwickeln soll.

Europass

Ein Ziel der Europäischen Kommission ist es, die transnationale Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu befördern. Mit dem Instrument europass können die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Qualifikationen in klarer, einheitlicher und international verständlicher Form präsentieren.¹¹² Der europass schafft somit die Voraussetzungen dafür, die Transparenz von individuellen Lern- und Berufserfahrungen herzustellen und die Vergleichbarkeit der in den jeweiligen Mitgliedstaaten erworbenen Qualifikationen international zu befördern.

Der europass besteht aus fünf Einzeldokumenten. Das Dachdokument ist der europass Lebenslauf, den jeder Bürger und jede Bürgerin für seine beziehungsweise ihre Bewerbung verwenden kann. Über 16 Millionen europass Lebensläufe wurden bereits europaweit seit Einführung 2005 erstellt. Ausbildungsaufenthalte im Ausland werden mit dem europass Mobilität dokumentiert. Deutschland liegt mit ca. 100 000 beantragten Dokumenten europass Mobilität in Europa an der Spitze.

Das Nationale Europass Center (NEC) bei der NA-BiBB ist verantwortlich für die Ausgabe der europass Dokumente in Deutschland sowie für deren Bekanntmachung und Verbreitung. 2011 wurde der Internetauftritt des europass neu aufgesetzt: Zielgruppenspezifische Zugänge für Bewerber und Bewerberinnen, Personalverantwortliche und Institutionen ermöglichen nun eine schnellere Orientierung auf der Website. Komplettiert wurde die Broschüre

¹¹² Weitere Informationen unter www.europass-info.de.

renreihe „kompetenz“¹¹³, so dass jetzt für jedes der fünf europass Dokument eine eigene Broschüre vorliegt, die in einer Mappe zusammen oder auch einzeln online bestellt werden kann. Neben dem NEC fungieren auch die Kammern als Ausgabestelle für den europass.

Durch eine 2011 fertiggestellte Nachhaltigkeitsstudie für den europass Mobilität wurde bestätigt, dass dieses Transparenzinstrument breite Anwendung findet und vor allem bei Bewerbungen um Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsplätze eingesetzt wird.

Information und Beratung zu Auslandsmobilität

Da Vorbereitung und Information wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung von Mobilitätsphasen sind, ist die Informations- und Beratungsstelle für Praxiserfahrung im Ausland (IBS) seit 1987 als zentrale deutsche Serviceeinrichtung für Fragen rund um die berufliche Auslandsqualifizierung tätig.¹¹⁴ Im Auftrag des BMBF bietet die IBS einen Überblick über die Vielzahl von Stipendienangeboten und Fördermaßnahmen, die Mobilität zu Lernzwecken unterstützen. Als institutionenübergreifende Schnittstelle bietet die IBS eine Vielfalt von Dienstleistungen, um in Wirtschaft und Gesellschaft Möglichkeiten zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland zu stärken und bekannt zu machen. Weiterhin werden durch die Beraterinnen und Berater der Bundesagentur für Arbeit im EuroGUIDANCE-Netzwerk (Europäische Bildungs- und Berufsberatung) Endnutzer wie auch Multiplikatoren wie z. B. Berufsberaterinnen und Berufsberater oder Lehrerinnen und Lehrer über die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten in Europa informiert. Durch die ebenfalls erbrachten Leistungen im EURES-Netzwerk können die oft ineinander übergehenden Phasen der Bildungs- und Arbeitsmobilität in gemeinsamen Beratungsleistungen kombiniert werden. Für das Thema Auslandsaufenthalt während der beruflichen Bildung stehen zudem mehr als 30 Mobilitätsberaterinnen und Mobilitätsberater in Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern Betrieben, Auszubildenden und Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern mit Rat und Tat zur Seite¹¹⁵.

EU-Programm für Lebenslanges Lernen

Das bildungspolitische Ziel der Europäischen Union, die transnationale Mobilität von Lehrenden und Lernenden in allen Bildungsbereichen sowie die Qualität und Effizienz der Bildungssysteme zu befördern, wird durch das EU-Programm für lebenslanges Lernen unterstützt¹¹⁶. Bei einer Laufzeit von sieben Jahren (2007 bis 2013) ist das Programm mit einem Budget von rund sieben Milliarden Euro ausgestattet. Es besteht aus vier Einzelprogrammen, die sich an den Bildungsbereichen Schule (COMENIUS), Hochschule (ERASMUS), Berufsbildung (LEONARDO DA VINCI) und Erwachsenenbildung (GRUNDTVIG)

orientieren. Das EU-Bildungsprogramm wird durch ein Querschnittsprogramm ergänzt. Es soll insbesondere die Konzeption politischer Maßnahmen unterstützen, den Sprachenerwerb fördern, die Integration der Medien in Bildungsprozesse voranbringen sowie die Verbreitung von Ergebnissen des Programms unterstützen.

Das Programm für lebenslanges Lernen flankiert den Kopenhagen Prozess im Bereich der Berufsbildung vor allem durch das Einzelprogramm LEONARDO DA VINCI. Zentrales Instrument des Programms ist die Projektförderung, unter anderem in den Aktionen Mobilität, Partnerschaften und Innovationstransfer, für die 2011 insgesamt fast 40 Millionen Euro zur Verfügung standen. Das quantitative Ziel des Programms ist es, bis zum Jahr 2013 die Zahl der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt durchführen, auf 80 000 pro Jahr zu steigern.

In Deutschland hat die Zahl der 2011 in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität beantragten und bewilligten Auslandsaufenthalte im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent zugenommen. Es konnten mehr als 12 700 Auszubildende sowie Berufsschüler und Berufsschülerinnen gefördert werden. Darüber hinaus wurden 2 000 Personen am Arbeitsmarkt sowie 2 000 Fachkräfte der beruflichen Bildung gefördert. Das BMBF hat im Jahr 2011 die Mobilität in der beruflichen Erstausbildung mit 1,4 Millionen Euro aus nationalen Mitteln kofinanziert.

Eine von der Nationalen Agentur Bildung für Europa im Jahr 2011 veröffentlichte und vom BMBF und der EU-Kommission finanzierte Studie mit dem Titel „Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung“ hat erstmalig erfasst, wie viele Auszubildende und Berufsfachschüler in Deutschland im Rahmen ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvieren¹¹⁷. Bislang lagen nur die Teilnehmerzahlen in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität und den bilateralen Austauschprogrammen des BMBF vor. Unbekannt war die Zahl derer, die ihren Auslandsaufenthalt im Rahmen anderer Programme oder privat finanziert haben. Die Studie ergab, dass in den Jahren 2007 bis 2009 durchschnittlich 23 500 junge Menschen pro Jahr im Rahmen ihrer beruflichen Erstausbildung einen Auslandsaufenthalt durchgeführt haben. Damit haben in den Jahren 2007 bis 2009 durchschnittlich 3 Prozent der Absolventen in der beruflichen Bildung eine Lernphase im Ausland realisiert. Darüber hinaus trifft die Studie wichtige Aussagen zur Struktur der grenzüberschreitenden Mobilität und ihren Nutzen für die teilnehmenden Personen und Betriebe.

Die institutionelle und systemische Verankerung von Auslandsaufenthalten in der Berufsbildung ist ein zentrales politisches Ziel, um eine nachhaltige Internationalisierung der Ausbildung in Deutschland zu gewährleisten. Unternehmen und Bildungsinstitutionen, die dies leisten, können im Rahmen des LEONARDO DA VINCI Programms ein Zertifikat erhalten. Mit der Zertifizierung

¹¹³ Vergleiche www.lebenslanges-lernen.eu

¹¹⁴ Vergleiche www3.giz.de/ibs

¹¹⁵ Vergleiche www.mobilitaetscoach.de/

¹¹⁶ Vergleiche www3.giz.de/ibs

¹¹⁷ Die Studie ist auf der Homepage der Nationalen Agentur beim BIBB unter www.na-bibb.de veröffentlicht.

sind eine erleichterte Antragstellung und mehr Planungssicherheit für künftige Mobilitätsförderungen verbunden. Im Jahr 2011 wurden von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung 27 Zertifikate an Mobilitätsprojekte vergeben. Damit erhöhte sich die Zahl der zertifizierten Einrichtungen im EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI auf 130.

In der Aktion LEONARDO DA VINCI Partnerschaften konnte Deutschland die Erfolge der Vorjahre weiter fortführen. 124 Partnerschaften mit deutscher Beteiligung wurden von der Europäischen Kommission in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten ausgewählt. Die Prozess- und Produktorientierung der Partnerschaften ermöglichten den Bildungsakteuren zielorientiert und flexibel zu agieren. Konzept- und Praxisaustausch, die zu einem verbreitungsfähigen Produkt führten, standen hierbei im Vordergrund. So erarbeiten die LEONARDO DA VINCI Partnerschaften innovative Produkte für lebenslanges Lernen und intensivieren sichtbar die europäische Netzwerkarbeit. Mit ihren Produkten leisten sie einen wichtigen Beitrag in der Weiterentwicklung und Umsetzung von Schlüsselthemen der europäischen Berufsbildung: ECVET, EQR, soziale Inklusion, Professionalisierung des Berufsbildungspersonals. Die LEONARDO DA VINCI Partnerschaften und ihre Produkte können in einer europäischen Datenbank¹¹⁸ eingesehen werden.

Auch in der Aktion LEONARDO DA VINCI Innovationstransfer konnten im Jahr 2011 mit 31 Projekten mehr Förderungen vergeben werden als im Vorjahr. Die ausgewählten Projekte zielen auf die Umsetzung zentraler bildungspolitischer Initiativen der Europäischen Kommission ab: ECVET, EQR und EQAVET, die Initiative „New Skills for New Jobs“ sowie die Vermittlung berufsrelevanter Schlüsselkompetenzen. Inhaltlich beziehen sie sich vor allem auf diejenigen Themen, die auch die nationale Debatte bestimmen: auf den demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräftemangel sowie auf die wirtschaftliche Krise mit ihren Auswirkungen auf Bildung und Beschäftigung. In den Projekten werden innovative Lösungen für bestehende Bedarfe aus einem Kontext in einen anderen transferiert und in der Praxis beziehungsweise im Berufsbildungssystem implementiert. Dabei erfolgt der Transfer über Länder-, Sektor- oder Zielgruppengrenzen hinweg. Details zu laufenden sowie zu abgeschlossenen Projekten können in der europäischen ADAM-Datenbank¹¹⁹ eingesehen werden.

Bilaterale Austauschprogramme in der beruflichen Bildung

Mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung zu intensivieren, fördert das BMBF bilaterale Austauschprogramme in der beruflichen Bildung mit Frankreich, den Niederlanden und Norwegen. Durch den Aufbau dauerhafter grenzüber-

schreitender Kooperationsstrukturen und die gleichzeitige Stärkung der Zusammenarbeit relevanter Berufsbildungsakteure werden berufliche Lernerfahrungen während der Lehre unterstützt.

Für die Programmkoordination mit den Niederlanden und Norwegen ist in Deutschland die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) verantwortlich. Das Deutsch-Französische Austauschprogramm in der beruflichen Bildung wird seit 1980 vom Deutsch-Französischen Sekretariat (DFS)¹²⁰ durchgeführt. Im Jahr 2011 konnten insgesamt circa 2 500 deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen dieser Programme gefördert werden. Dank der deutlichen Einbeziehung der Wirtschaft weisen die Austauschprojekte einen hohen Praxisbezug auf und tragen damit zu einem hohen fachlichen Kompetenzgewinn bei den Auszubildenden bei. Das den bilateralen Austauschprogrammen zugrunde liegende Prinzip der Gegenseitigkeit leistet einen entscheidenden Beitrag zur grenzüberschreitenden Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure.

Auch das Deutsch-Israelische Programm zur Zusammenarbeit in der Berufsbildung, das vom BMBF gemeinsam mit den israelischen Partnern getragen wird, hat die Weiterentwicklung der Berufsbildung in beiden Ländern zum Ziel. Das Programm, mit dessen Durchführung ebenfalls die GIZ beauftragt ist, ermöglicht es Fach- und Führungskräften im Bereich der beruflichen Bildung seit nunmehr 42 Jahren, Erfahrungen auszutauschen und innovative Ansätze und Produkte in der Berufsbildung zu entwickeln und in der Praxis zu erproben. Seit Juni 2011 ist diese Zusammenarbeit des BMBF mit dem zuständigen israelischen Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit (MOITAL) nunmehr in einem gemeinsamen Ressortabkommen festgeschrieben. Im Mai 2011 fand in Tel Aviv darüber hinaus eine öffentlichkeitswirksame deutsch-israelische Konferenz zum Thema „Legislation, Regulation and Qualification Framework in VET“ statt.

Qualitätsentwicklung in der Berufsbildung in Europa fördern

Wirtschaftliche und finanzpolitische Probleme der EU sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel) unterstreichen die Relevanz des Themas „Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“ im nationalen sowie europäischen Kontext. Es herrscht Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten, dass die Prosperität Europas entscheidend davon abhängen wird, inwieweit es der Gemeinschaft durch eine engere Zusammenarbeit gelingen wird, mehr Vertrauen, Transparenz und Mobilität in der Berufsbildung zu erreichen. Mit der Recommendation von 2009 zum Europäischen Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQAVET) legten der Rat und das europäische Parlament dafür die Grundlagen. Diese EQAVET-Empfehlung basiert nicht auf einem spezifischen Qualitätsmodell. Vielmehr beinhaltet sie v. a.

¹¹⁸ www.na-bibb-est.eu/

¹¹⁹ www.adam-europe.eu

¹²⁰ www.dfs-sfa.org

den Zyklus für einen systematischen Qualitätssicherungsprozess (Deming-Kreis), Referenzindikatoren und Beschreibungen empfohlener Vorgehensweisen.

Wesentlich ist, dass der Europäische Bezugsrahmen als „Werkzeugkasten“ zu verstehen ist, aus dem die verschiedenen Anwender jene Indikatoren auswählen, die ihnen hinsichtlich der Anforderungen ihres eigenen Qualitätssicherungssystems geeignet erscheinen. Die zehn vorgeschlagenen Indikatoren sind dabei als Orientierungshilfe gedacht. Sie ersetzen also keine bereits bestehenden Qualitätssicherungssysteme, sondern ergänzen diese je nach Bedarfslage. Seit 2011 liegt zudem ein englischsprachiges Online-Tool für die Systemebene vor, auf das jeder Nutzer der EQAVET-Website frei zugreifen kann. In Planung ist ein weiteres Tool für die Anbieterebene, das sich an Berufsschulen und insbesondere an kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) richten soll.

Darüber hinaus sieht die EQAVET-Empfehlung die verbindliche Einrichtung von nationalen Referenzstellen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung vor. In Deutschland hatte das BMBF bereits im Juli 2008 dem BIBB den Auftrag erteilt, eine „Nationale Referenzstelle für Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung – DEQA-VET“ zu bilden, was zum 1. August 2008 umgesetzt worden ist.

DEQA-VET bildet einen Knotenpunkt innerhalb des EQAVET-Netzwerkes. Sie setzt sich für die Förderung einer „Kultur der Qualitätssicherung“ ein, indem sie alle relevanten Akteure der Berufsbildung anspricht und deren Vernetzung anregt. Die deutsche Referenzstelle bietet aktuelle Informationen auf ihrer Website an¹²¹, stellt gelungene Praxisbeispiele vor, richtet Fachveranstaltungen aus und unterstützt den EQAVET-Prozess aktiv. So führte sie etwa im Dezember 2011 ein EQAVET-Sektorseminar in Dortmund zum Thema Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung im Bereich Tourismus und Gastronomie durch und nimmt regelmäßig an EQAVET-Arbeitstreffen mit Vertretern anderer Mitgliedsstaaten teil.

Weiterbildung mit europäischer Dimension

Das Europäische Zentrum für die Berufe in der Denkmalpflege in Thiene bietet theoretische und praktische Weiterbildungen in vier Sprachen – Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch – an und fördert den Dialog zu Konzepten und Herausforderungen in der europäischen Denkmalpflege. Das BMBF vergibt seit 1985 jährlich Stipendien an Gesellen/Gesellinnen und Meister/Meisterinnen in den Bereichen Maler/Lackierer, Steinmetz, Tischler, Stuckateur und Metallbauer für einen dreimonatigen Fortbildungskurs. Auch im Herbst 2011 konnten 18 junge Deutsche an dem Intensivkurs in Thiene teilnehmen und gewerkeübergreifend in einem internationalen Kontext Restaurationstechniken erlernen und festigen.

¹²¹ www.deqa-vet.de

Berufsbildungsexport

Weltweit wächst der Bedarf nach gut ausgebildeten Fachkräften und damit nach beruflicher Aus- und Weiterbildung – eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Besonders in wirtschaftlich dynamischen Ländern und Regionen stellt der akute Mangel an Fachkräften eine ernst zu nehmende Gefahr für das weitere Wirtschaftswachstum dar. Deutschland verfügt über herausragende Stärken in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen „made in Germany“ werden daher weltweit zunehmend nachgefragt.

Die Kooperation in der beruflichen Bildung mit Indien, Russland, China und der Türkei wird durch hochrangige bilateralen Arbeitsgruppen zur beruflichen Bildung unter Leitung des BMBF flankiert. Deutschland bietet den Partnerländern mögliche Lösungsbeiträge auf der Grundlage der weltweit anerkannten deutschen dualen Aus- und Weiterbildung an. Das BMBF unterhält außerdem mit einer Vielzahl von weiteren Ländern einen bildungspolitischen Dialog.

Der Export von beruflicher Aus- und Weiterbildung entwickelt sich mehr und mehr zu einem Zukunftsmarkt. Über die kulturell politische Dimension der internationalen Berufsbildungsk Kooperation hinaus bietet diese Situation große Chancen für die Wirtschaft Deutschlands. Ein direkter wirtschaftlicher Nutzen ist durch den Export von Dienstleistungen der deutschen Anbieter von Aus- und Weiterbildung zu erzielen. Der Export von deutschen Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen ermöglicht zudem einen Hebeleffekt für die deutsche Industrie, da der Export von Gütern z. B. im Maschinenbau oder in der Automobilindustrie oft die Existenz von gut ausgebildeten Fachkräften im Ausland zwingend voraussetzt. Gut ausgebildete Fachkräfte können daher eine Eintrittskarte für weitere Exporte deutscher Waren darstellen. Zur Unterstützung deutscher Anbieter von Aus- und Weiterbildung bei der Erschließung dieser Kooperationsmöglichkeiten und des damit verbundenen Marktpotentials fördert das BMBF seit 2009 Verbundprojekte zum Berufsbildungsexport. 2011 wurde die dritte Förderbekanntmachung mit einer Laufzeit bis 2014 veröffentlicht.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Bildungsexports wurde 2010 auch in einer erstmals von iMOVE initiierten Studie bestätigt. iMOVE (International Marketing of Vocational Education), eine BMBF-Initiative zur Unterstützung deutscher Bildungsanbieter bei deren Engagement auf internationalen Märkten, feierte 2011 ihr zehnjähriges Jubiläum. iMOVE unterstützt vorwiegend kleine und mittelständische Bildungsunternehmen bei der strategischen Planung und Realisierung ihres Engagements im Ausland mit einem umfangreichen Serviceangebot. Dazu gehören Publikationen und ein sieben-sprachiges Internetportal, Seminare und Konferenzen sowie Delegationsreisen. Mit der Marke „Training – Made in Germany“ wirbt iMOVE im Ausland zudem für deutsche Kompetenz in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Schwerpunktländer und Regionen der iMOVE-Aktivitäten 2011 waren unter anderem die arabischen Länder, Brasilien, Indien, Russland und Lettland. Eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Internationalisierung von Aus- und Weiterbildungsangeboten in Indien und dem Arabischen Raum veröffentlichte iMOVE in gesonderten Publikationen. Das 3. Deutsch-Arabische Bildungsforum unter Schirmherrschaft von Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan, welches von iMOVE und der Ghorfa (Arab-German Chamber of Commerce and Industry) organisiert wurde, zeigte ebenfalls das stark wachsende Interesse der arabischen Länder an einer Zusammenarbeit mit Deutschland.

Stand und Perspektiven der beruflichen Bildung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Armut und Bildungsarmut gehen Hand in Hand. Durch eine arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildung erhalten Menschen die Chance, durch Beschäftigung Einkommen zu erzielen und der Spirale von Armut und Abhängigkeit zu entkommen. Zudem ist jedes Land auf qualifizierte Facharbeiter und Facharbeiterinnen angewiesen, um eine selbsttragende und breitenwirksame wirtschaftliche Entwicklung zu entfalten.

In der überwiegenden Anzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer gibt es weder ausreichende Berufsbildungssysteme noch sind diese hinreichend nachfrageorientiert oder beschäftigungsrelevant ausgerichtet. Ferner fehlt es meist an Weiterbildungsmöglichkeiten für Fach- und/oder Lehrkräfte sowie an einem Prüfungs- und Zertifizierungswesen, das professionellen Standards genügt.

Da insbesondere arme Bevölkerungsgruppen kaum Zugang zu einer formalen und berufsspezifischen Ausbildung haben, sind zudem Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, die sich insbesondere an der konkreten Arbeits- und Lebenswelt der im informellen Sektor Tätigen ausrichten. Denn auch im informellen Sektor, der sich weitgehend staatlicher Einflussnahme entzieht, bleiben die Potenziale der Menschen vielfach ungenutzt.

Bildung ist ein Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vertritt einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der alle Bildungsbereiche einschließt. So werden Grund-, Sekundär- und Tertiärbildung sowie berufliche Bildung und Erwachsenenbildung komplementär unterstützt. Die BMZ Bildungsstrategie „Zehn Ziele für mehr Bildung“ wurde der Öffentlichkeit im Februar 2012 vorgestellt. Darin ist der Ausbau der beruflichen Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eines der erklärten Ziele, die erreicht werden sollen.

Im Rahmen der BMZ-Bildungsstrategie werden für den Bereich der beruflichen Bildung zur Zeit zwei Konzepte entwickelt: das BMZ-Positionspapier „Berufliche Bildung in der deutschen Entwicklungspolitik“ sowie das BMZ-Konzeptpapier zu „Berufsbildungspartnerschaften“.

Die Förderung der beruflichen Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwick-

lungsziele (MDGs), indem sie zur Erlangung und zum Erhalt von Beschäftigungsfähigkeit beiträgt. Im Jahr 2007 wurde die Schaffung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit als neues Unterziel des Millenniumsziels 1 (Halbierung der Armut) beschlossen. Direkter Bezug der beruflichen Bildung besteht außerdem zu den Entwicklungszielen 3 (Steigerung der Erwerbsquote für Frauen), 7 (Umweltschutz – etwa durch die Förderung der Ausbildung in „grünen“ Berufen) und 8 (weltweite Entwicklungspartnerschaft).

Die Förderung beruflicher Bildung in der deutschen Entwicklungspolitik zielt primär auf die Entwicklung von praxisorientierten, an den Bedarf der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts angepassten Berufsbildungssystemen. Sie unterstützt lebenslanges Lernen für Beschäftigung und soziale Integration. Durch die Vermittlung qualitativ hochwertiger und nachfrageorientierter beruflicher Bildung erhöhen sich für eine große Anzahl von Menschen in unseren Partnerländern die Chancen auf Beschäftigung und Einkommen.

Die Instrumentenvielfalt der deutschen EZ orientiert sich dabei an den erfolgreichen Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsausbildung in Deutschland. Allerdings ist das deutsche Berufsbildungssystem keine Blaupause, die einfach exportiert werden kann. Vielmehr muss der Qualifizierungsbedarf an die Strukturen und Möglichkeiten des Partnerlandes angepasst werden. Als Grundlage der Ansätze im Bereich der beruflichen Bildung gelten aber auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die fünf Kernmerkmale der deutschen Berufsausbildung:

- Enge Kooperation von Staat und Wirtschaft
- Lernen im Arbeitsprozess
- Gesellschaftliche Akzeptanz allgemeinverbindlicher Standards
- Qualifizierung von Berufsbildungspersonal
- Institutionalisierte Berufsbildungsforschung

In diesem Sinne werden die bewährten Instrumente der beruflichen Bildung eingesetzt und ausgebaut. Die deutsche EZ unterstützt u. a. den Dialog zwischen Staat und Wirtschaft, die Erarbeitung von überbetrieblichen Berufs-, Ausbildungs- sowie Prüfungsstandards oder die Entwicklung von Qualifizierungsprogrammen für diejenigen, die als Lehrer, Ausbilder, Schulleiter oder Bildungsplaner im Bereich der Aus- und Weiterbildung tätig sind. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau und die Ausstattung von Berufsschulen und Technologiekompetenzzentren, die Entwicklung von nachhaltig wirksamen Finanzierungsmodellen, die institutionelle Vernetzung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sowie die begleitenden Organisationsentwicklung.

Maßnahmen der Berufsbildung werden vom BMZ in ca. 80 Entwicklungsländern gefördert. Die ODA¹²²-Auszahlungen im Bereich berufliche Bildung bewegen sich seit 2000 in einer Bandbreite zwischen 65 und 85 Millionen

¹²² Official Development Assistance

Euro. Im Jahre 2010 lag die Auszahlung bei 70,2 Millionen Euro, davon kamen 64,6 Millionen Euro aus dem BMZ-Haushalt. Für 2012 wurden die Mittel erheblich gesteigert und es sind Zusagen in Höhe von 125 Millionen Euro geplant

Wie auch in den vorangegangenen Jahren entfiel im Jahr 2010 über die Hälfte aller deutschen ODA-Mittel für berufliche Bildung auf Asien (56 Prozent) gefolgt von Afrika (30 Prozent), Europa (8 Prozent) und Lateinamerika (30 Prozent). In Low Income Countries fließen 21 Prozent der bilateralen deutschen ODA in den Bereich der beruflichen Bildung, davon 78 Prozent in Least Developed Countries.

Entsprechend der neuen entwicklungspolitischen Konzeption des BMZ sowie der BMZ Bildungsstrategie baut das BMZ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus. Hierzu wurde u. a. das BMZ Team Berufliche Bildung gegründet. Das BMZ Team Berufliche Bildung trifft sich ergänzend zum Thementeam Bildung. Im BMZ Team Berufliche Bildung, in dem Vertreter der Durchführungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft vertreten sind, werden die zentralen Vorgänge in der Entwicklungspolitik im Bereich der beruflichen Bildung diskutiert. Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden so an zentralen Prozessen des BMZ in der beruflichen Bildung beteiligt. Darüber hinaus lobte das BMZ den Ideenwettbewerb für „Innovationspartnerschaften des BMZ mit der privaten deutschen und lokalen Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ aus, um besonders erfolgreiche Arten der Zusammenarbeit zu identifizieren und zu verbreiten. Der Startschuss für den Wettbewerb wird voraussichtlich im Sommer 2012 erfolgen.

Seit 2011 fördert das BMZ Berufsbildungspartnerschaften mit der deutschen Wirtschaft. Sie haben zum Ziel, die Kompetenzen der deutschen verfassten Wirtschaft – der Kammern, Verbände und deren Einrichtungen – stärker für die berufliche Bildung in der EZ nutzbar zu machen, da die deutsche EZ die Privatwirtschaft als bedeutenden Partner versteht. Im Mittelpunkt steht der Transfer von Know-how aus Deutschland in Entwicklungsländer durch direkten Erfahrungsaustausch zwischen ähnlichen Einrichtungen der verfassten Wirtschaft hinsichtlich ihrer Funktion in der Berufsbildung. Die berufliche Aus- und Weiterbildung in den Partnerländern wird darüber hinaus durch die direkte Einbindung von Unternehmen nachfrage- und praxisorientierter gestaltet.

Eine engere Abstimmung zwischen den Bundesressorts im Bereich der beruflichen Bildung in der Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern wird mittelfristig im Rahmen der „Edvance Initiative“¹²³ angestrebt. Edvance ist eine Initiative der Bundesregierung unter Federführung von BMBF und BMZ – gemeinsam mit deutschen Bildungs- und Entwicklungsinstitutionen. Ziel der Initiative ist es, die Kohärenz zwischen den zahlreichen deutschen Akteuren in der beruflichen Bildung zu verbessern, insbesondere im Übergang zwischen Entwicklungszusammen-

arbeit und partnerschaftlicher Kooperation. Insgesamt betrug die weltweite ODA für berufliche Bildung im Jahr 2009 rund 480 Millionen Euro. Der bilaterale ODA-Anteil an beruflicher Bildung lag 2009 bei 350 Millionen Euro. Im internationalen Vergleich ist Deutschland der größte bilaterale Geber zur Förderung beruflicher Bildung (rund 22 Prozent), gefolgt von Frankreich (rund 17 Prozent), Spanien (rund 11 Prozent) und Japan (8 Prozent). Insgesamt kommen aus Mitgliedstaaten der EU rund 73 Prozent der weltweiten bilateralen Mittel für den Sektor berufliche Bildung. Die multilateralen ODA-Ausgaben für berufliche Bildung lagen im Jahr 2009 bei 130 Millionen Euro, davon entfielen alleine rund 48 Prozent beziehungsweise 62 Millionen Euro auf die Europäische Kommission.

Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) begrüßt den Entwurf des Berufsbildungsberichts und dankt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem BIBB für die umfassende und detaillierte Information. Die Gruppen im Hauptausschuss nehmen wie folgt zu dem Entwurf Stellung:

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012

Gute Ausbildungschancen für junge Menschen

Die Ausbildungschancen für junge Menschen haben sich im Jahr 2011 noch weiter verbessert. Zum 30. September 2011 wurden 570 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, was einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1,8 Prozent entspricht. Der Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsverträge beträgt sogar 4 Prozent. Dieser Anstieg an Ausbildungsverträgen ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass gleichzeitig die Zahl der Bewerber um 2,5 Prozent demografiebedingt zurückgegangen ist. Das ist ein Beleg dafür, dass sich die Unternehmen stark für die Fachkräftesicherung engagieren und es gelungen ist, mehr lernschwächere Jugendliche und Altbewerber in Ausbildung zu vermitteln.

Zum 30. September gab es wieder – wie bereits in den Vorjahren – mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als noch unvermittelt gemeldete Ausbildungsbewerber; der Überhang hat nochmals zugenommen. Das Angebot überstieg die Nachfrage um 18 100 (2010: +7 300): Zum 30. September 2011 waren noch 11 600 Bewerber bei den Arbeitsagenturen als unvermittelt registriert. Ihnen standen 29 700 unbesetzt gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. Die Aussichten für die Nachvermittlung waren dementsprechend ausgezeichnet. Bis Januar konnte daher auch die Zahl der noch unvermittelt gemeldeten Bewerber weiter auf 5 700 reduziert werden. Ihnen standen noch ausreichend Angebote zur Verfügung.

Der Ausbildungspakt, der mit neuer Schwerpunktsetzung im Herbst 2010 verlängert wurde, hat zu diesem erfreulichen

¹²³ Vergleiche www.edvance-net.de

chen Ergebnis maßgeblich beigetragen. Die Paktzusagen der Wirtschaft wurden mit über 70 000 eingeworbenen neuen Ausbildungsplätzen und 43 000 neuen Ausbildungsbetrieben erneut deutlich übertroffen. Für die Einstiegsqualifizierungen wurden über 25 000 Plätze zur Verfügung gestellt, darunter erstmals 4 600 Plätze für EQ-Plus speziell für förderungsbedürftige Jugendliche.

Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben große Herausforderungen bestehen, denen sich die Paktpartner in den nächsten Jahren annehmen werden. Hierzu zählen die Verbesserung der Berufsorientierung und die Sicherstellung der Ausbildungsreife, um zukünftig passgenauer die offen gebliebenen Stellen besetzen zu können. Dabei gilt es, alle Potenziale für eine duale Berufsausbildung zu erschließen – leistungsschwächere Jugendliche genauso wie leistungsstärkere.

Ausbildungsengagement der Betriebe nach wie vor sehr groß

Die gute Bilanz auf dem Ausbildungsmarkt und die erneut verbesserten Chancen junger Menschen auf Ausbildung basieren auf dem hohen Ausbildungsengagement der Unternehmen und Freiberufler in Deutschland. Meldungen, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe gesunken ist, sind zwar statistisch richtig, lassen aber unberücksichtigt, dass diese Zahl immer wieder Schwankungen unterliegt und keine Rückschlüsse auf das Ausbildungsengagement der Unternehmen insgesamt zulässt. Denn trotz des Rückgangs ist die Ausbildungssituation ausgesprochen gut und die Ausbildungsleistung der Unternehmen in den letzten Jahren auf hohem Niveau stabil – gemessen am Bewerberrückgang sogar deutlich gestiegen. So wurden 2011 +2,2 Prozent mehr Ausbildungsverträge als 2003 abgeschlossen; im gleichen Zeitraum ist die Zahl der nicht-studienberechtigten Schulabgänger (die Hauptnachfrager nach einer Berufsausbildung) um -21,3 Prozent zurückgegangen.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass immer mehr Betriebe Probleme haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies gilt insbesondere für kleine Betriebe, die oft nur einen Ausbildungsplatz anbieten können und – wenn dieser nicht besetzt werden kann – aus der Ausbildung herausfallen. Laut BIBB-Qualifizierungspanel konnte im Jahr 2010 jeder dritte Betrieb (35 Prozent), der Ausbildungsplätze angeboten hat, einen oder mehrere Plätze nicht besetzen. Bei den kleinen Betrieben ist das Problem sogar noch deutlicher, von jenen mit 1 bis 19 Beschäftigten hatten 42 Prozent Besetzungsprobleme. Gemessen an der Zahl der ausbildenden Betriebe dieser Größenordnung (336 000) waren das immerhin gut 140 000 Betriebe.

Nicht sachgerecht ist insbesondere auch die Botschaft, dass nur gut 20 Prozent der Betriebe ausbilden. Denn dies lässt unberücksichtigt, dass nur gut die Hälfte aller Betriebe ausbilden darf. Von diesen bildet mehr als die Hälfte aus, bei den größeren sind es fast alle. Gerade kleine Betriebe können aber oft nicht pausenlos ausbil-

den. Daher muss die Ausbildungsbeteiligung über einen längeren Zeitraum betrachtet werden. Dann bilden fast vier Fünftel der ausbildungsberechtigten Betriebe auch aus. Insgesamt bleibt es wichtig, Betriebe und Freiberufler für Ausbildung zu gewinnen beziehungsweise sie in ihrem Engagement zu bestärken. Einseitige Debatten über die Ausbildungsbeteiligung helfen hier allerdings nicht weiter.

Effizientere Gestaltung der Übergänge von Schule in Ausbildung

Die Förderlandschaft am Übergang von Schule in Ausbildung ist in ihrer Vielfalt kaum mehr zu überblicken. Neben fehlender Transparenz sind die Maßnahmen oft nicht ausreichend praxisnah und nicht anschlussfähig. Das erschwert es den Jugendlichen, die für ihre individuellen Potenziale passende Maßnahme zu finden und zu einem Berufsabschluss zu gelangen. Trotz einer deutlichen Verringerung münden nach wie vor viele Schulabgänger in den so genannten Übergangsbereich (2010: 324 000; 2005: 418 000). Umso wichtiger ist eine effizientere Gestaltung der Maßnahmen und Konzepte an dieser Stelle.

Aus Sicht der Wirtschaft muss der direkte Übergang von Schule in betriebliche Ausbildung gestärkt werden. Hierzu sollten Bund und Länder die unübersichtliche Förderlandschaft deutlich reduzieren, indem das Angebot an Maßnahmen orientiert an ihrer Wirksamkeit zurückgefahren und besser aufeinander abgestimmt wird. Betriebliche Angebote wie die Einstiegsqualifizierungen sollten dabei besonders gestärkt werden, denn hier sind die Übergangsquoten in Ausbildung erfahrungsgemäß am größten. Ebenso sollten Angebote, die betriebliche Qualifizierung flankierend unterstützen, im Vordergrund stehen.

Um das Angebot an Maßnahmen im Übergangsbereich reduzieren zu können, muss bereits in der Schule angesetzt werden. Hierbei sind die Sicherstellung von Ausbildungsreife und eine fundierte Berufsorientierung zentrale Ansatzpunkte. Die Wirtschaft bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre Zusage aus dem Nationalen Ausbildungspakt, jeder interessierten Schule einen Partner aus der Wirtschaft zu vermitteln. Darüber hinaus schafft eine frühzeitige Kompetenzfeststellung in der Schulzeit die Grundlage dafür, Jugendliche passgenau in Ausbildung vermitteln zu können.

Gerade lernschwächere Jugendliche brauchen – aufbauend auf einer Kompetenzfeststellung – individuelle Begleitung und Unterstützung, wie sie auch im Bildungskettenansatz der Bundesregierung vorgesehen ist. Die Wirtschaft begrüßt daher, dass ab dem 1. April 2012 die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung an allen Schulen möglich ist, und fordert die Länder als Verantwortliche für die Sicherstellung der Ausbildungsreife auf, die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen. Eine solche Ausweitung der Berufseinstiegsbegleitung würde vielen Jugendlichen effektiv helfen und die Basis schaffen, andere Fördermaßnahmen beim Übergang von Schule in Ausbildung zurückzufahren.

Weichen für den DQR gestellt

Nachdem die Arbeiten zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) aufgrund der umstrittenen Zuordnung allgemeinbildender und beruflicher Qualifikationen 2011 ins Stocken geraten sind, hält die Wirtschaft den mit der Kultusministerkonferenz Ende Januar 2012 gefundenen Kompromiss für sinnvoll, zunächst nur arbeitsmarktrelevante Qualifikationen dem DQR zuzuordnen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass es in einem breiten Konsens gelungen ist, die Gleichwertigkeit zwischen Bachelorabschlüssen und hochwertigen beruflichen Weiterbildungspfeilen, wie zum Beispiel Meister- und Fachwirtequalifikationen, herzustellen. Das ist ein starkes Signal, dass tertiäre Bildungswege nicht nur über die Hochschule, sondern auch über die Berufsbildung möglich sind.

Die gemeinsam vereinbarte fünfjährige Evaluationsphase sollte dazu genutzt werden, die jetzt vorgenommenen Einordnungen insbesondere unter dem Blickwinkel der Outcomeorientierung zu überprüfen und weitere offene Fragen zu klären, zum Beispiel die Weiterentwicklung kompetenzorientierter Ordnungsmittel und die Berücksichtigung non-formal und informell erworbener Leistungen im DQR.

ECVET als flexibles Instrument nutzen

Die Erprobung des Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET) hat gezeigt, dass gewisse Elemente der Kommissionsempfehlung nicht oder nur schwer umsetzbar sind. Dies trifft vor allem auf den Einsatz von Leistungspunkten sowie die Anrechnung im Ausland bewerteter Lernergebnisse auf die Abschlussprüfung zu. ECVET sollte deshalb als ein flexibles technisches Regelwerk angesehen und genutzt werden, auf dessen Grundlage Berufsbildungsakteure in Europa Mobilitätsphasen im Ausland erleichtern und qualitativ verbessern, die Mobilitätsquote in der beruflichen Aus- und Weiterbildung mittelfristig erhöhen und internationale Bildungs-kooperationen intensivieren können.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012

A. Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Der demografische Wandel machte sich auch im Jahr 2011 auf dem Ausbildungsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Abgänger aus Haupt- und Realschulen ist bundesweit um 20 000 gesunken. Die doppelten Abiturjahrgänge sowie die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes haben nur zu einer leicht erhöhten Nachfrage geführt. In Ostdeutschland ist die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen aufgrund des demografischen Wandels weiter stark gesunken, von 224 100 im Jahr 2006 auf 125 200 im Jahr 2011. Damit einhergehend wurden die öffentlich finanzierten („außerbetrieblichen“) Ausbildungsplätze weiter zurückgeführt. In den alten Bundesländern verläuft der demografisch bedingte Rückgang ausbildungsinteressierter Jugendlicher wesentlich moderater (Rückgang von

821 600 im Jahr 2007 auf 709 000 in 2011). Zusätzlich wird er noch durch doppelte Abiturientenjahrgänge (unter anderem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) abgemildert.

Eine besondere Herausforderung sind die wachsenden regionalen Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt. So kamen zum Beispiel im Jahr 2011 in den Regionen Herford und Helmstedt nur 81 Angebote auf 100 Nachfrager/-innen. Komfortabler gestaltete sich die Lage in Stralsund, wo auf 100 Bewerber/-innen immerhin 120 Angebote kamen.

Zudem gibt es erhebliche Ungleichgewichte innerhalb der Branchen. Vor allem in den Berufen Restaurantfachmann/-frau, Fachmann/-frau für Systemgastronomie und Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk blieben viele Ausbildungsplätze unbesetzt. Die Ergebnisse aus dem Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeigen, dass gerade in den Branchen, in denen die Ausbildungsbedingungen nicht akzeptabel sind, zahlreiche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Viele Betriebe sind schlicht nicht ausbildungsreif: Sie bieten eine niedrige Vergütung. Sie halten viele Überstunden und unregelmäßige Arbeitszeiten für normal. Hohe Abbrecherquoten von mehr als 40 Prozent und geringe Übernahmequoten sind nicht selten. Dies gilt gerade für die Hotel- und Gaststättenbranche. Wenn junge Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und ihnen keine attraktiven Berufsperspektiven für die Zeit nach der Ausbildung angeboten werden, bewerben sie sich in diesen Unternehmen nicht mehr. So kommen auf 100 gemeldete Stellen in der Gastronomie nur 37 registrierte Bewerberinnen und Bewerber. Wenn Betriebe für Bewerber/-innen attraktiv sein wollen, müssen sie ihre Auszubildenden besser bezahlen, die Qualität der Ausbildung verbessern, mehr Auszubildende übernehmen und die Beschäftigungsbedingungen verbessern.

Trotz der demografischen Entspannung und der guten Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2011 bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt enttäuschend. Die Wirtschaft hat ihre gute Auftragslage aus dem Jahr 2011 kaum genutzt, um die jungen Menschen auszubilden, die bisher keine Chance hatten. Das Plus von 1,8 Prozent bei den abgeschlossenen Verträgen liegt weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen der Arbeitgeber zurück. Im Handwerk stagnieren die Vertragsabschlüsse trotz millionenschwerer Imagekampagnen. Im Öffentlichen Dienst gab es sogar einen Einbruch der Ausbildungsplatzzahlen: Dort sank die Zahl der Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent. Insgesamt liegt die Zahl der Neuverträge mit 570 140 weit unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Damals erhielten 616 342 junge Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag.

Rund 647 000 Bewerberinnen und Bewerber standen nur knapp 600 000 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Während die Wirtschaft über 29 689 unbesetzte Ausbildungsplätze klagt, haben 76 740 Jugendliche, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) als „ausbildungsreif“ eingestuft wurden, noch keinen Ausbildungsplatz. Sie wurden entweder trotz weiteren expliziten Ausbildungswunschs in Warteschleifen „versorgt“ (65 190) oder als

unversorgte Bewerberinnen und Bewerber weitergeführt (11 550). Besonders betroffen sind davon junge Frauen, Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und junge Menschen aus dem SGB II-Bereich. De facto übersteigt die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der offenen Plätze um mehr als das Doppelte.

Während die Spitzenverbände der Wirtschaft einen Fachkräftemangel beklagen, bilden immer weniger Unternehmen junge Menschen aus. So ist der Anteil der ausbildenden Betriebe 2010 auf 22,5 Prozent gesunken (2009: 23,5 Prozent). Ausbildungsberechtigt waren 2009 immerhin 56,0 Prozent aller Betriebe. Letztlich bedeutet diese Entwicklung, dass immer weniger Unternehmen ihrer Verantwortung für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses nachkommen. Gerade deshalb bleibt ein fairer finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben auf der Tagesordnung, die Forderung nach einer Ausbildungumlage aktuell.

Nach der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation standen im Jahr 2011 rechnerisch 92,7 unbesetzten Ausbildungsplätzen 100 Nachfragende gegenüber. Mit dieser Lücke kann nach wie vor nicht von einer entspannten Situation oder gar einem auswahlfähigen Angebot auf dem Ausbildungsmarkt gesprochen werden.

Die Summe aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen¹²⁴ betrug im Jahr 2011 833 238. Von diesen sind laut der „Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen“ nur 68,4 Prozent tatsächlich in eine duale Berufsausbildung eingemündet. Diese Quote ist im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht gestiegen, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Fast jeder dritte Ausbildungsplatzinteressierte hat keinen Ausbildungsvertrag bekommen.

B. Den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich gestalten

Die Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf bleibt offenbar eine Daueraufgabe. Auch wenn die Zahl der Jugendlichen im so genannten „Übergangssystem“ in den letzten fünf Jahren um 22,5 Prozent reduziert wurde, bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Bundesdurchschnitt angespannt. Noch immer befinden sich knapp 300 000 Jugendliche in verschiedenen Maßnahmen und „Warteschleifen“, häufig ohne Aussicht auf eine vollqualifizierende Ausbildung. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss in der Altersgruppe zwischen 20 bis 29 Jahren liegt seit 2008 konstant bei rund 1,5 Millionen Menschen. Das sind 17,0 Prozent dieser Altersgruppe.

Eine Mitverantwortung an dieser Lage trifft auch die Bundesländer: Es ist ihnen bisher nicht gelungen, Schulsysteme zu entwickeln, die auf Förderung statt Auslese

setzen. Die negativen Folgen sind enorm: Jahr für Jahr verlassen fast 60 000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Das Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels im Herbst 2008, die Quote der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss bis zum Jahr 2015 von 8,0 auf 4,0 Prozent zu senken, ist noch in weiter Ferne. So ist in den Jahren 2000 bis 2009 die Quote von 9,4 auf 7,0 Prozent gesunken – also nur um 2,4 Prozent.

Eine gute Vorbereitung auf die Ausbildung und die Arbeitswelt sowie die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (Betriebe, Bundesagentur für Arbeit, Jugendsozialarbeit, Kommune) beim Übergang in Ausbildung gehört mit zu den Aufgaben der allgemeinbildenden Schulen.

Eine Stigmatisierung der Jugendlichen als „nicht ausbildungsreif“ ist unbedingt zu vermeiden, stattdessen muss der Übergang in Ausbildung ohne unnötige Warteschleifen und ohne Ausgrenzung ermöglicht werden. Hier sind vielerorts positive Schritte zu verzeichnen, die allerdings noch nicht bundesweit zu einem kohärenten System des Übergangs geführt haben.

Berufsorientierung, Berufsberatung und berufliche Förderung junger Menschen ist zersplittert und in den Händen unterschiedlichster Akteure: Schulen, Betrieben, Jobcentern, lokalen Akteuren, Trägern von Maßnahmen und geförderten Modellprojekten. Eine wirkliche Vernetzung und ein stringentes Zusammenarbeiten der einzelnen Akteure auf lokaler Ebene ist bisher die Ausnahme. Notwendig sind klare Zuständigkeiten für jeden beteiligten staatlichen Akteur, der Abbau überflüssiger Verwaltungsschnittstellen und eine Form institutionalisierter Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltung mit den Trägern der Jugendhilfe (insbesondere Jugendberufshilfe).

Unverzichtbar sind frühzeitige Beratung und Orientierung und direkte Erfahrungen mit der Arbeitswelt, die zum Standard in den Schulen – in Zusammenarbeit mit Betrieben und Ausbildungsträgern – werden müssen. Eine auf die Arbeitswelt vorbereitende gute individuelle Berufsorientierung darf nicht nur vom Engagement der einzelnen Lehrerin beziehungsweise des einzelnen Lehrers abhängen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist aufgefordert, individuelle Berufsorientierung verstärkt in Curricula und in der Lehreraus- und -fortbildung zu verankern.

Die Länder und die allgemeinbildenden Schulen müssen ihrer Pflicht zur Vermittlung von Abschlüssen, die auch für eine Berufsausbildung qualifizieren, endlich gerecht werden. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss muss drastisch reduziert werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie auch ausbildungsrelevante Kompetenzen vermitteln, die auf die nachfolgende Berufsausbildung angerechnet werden können. Eine bessere Verzahnung der Akteure an den jeweiligen Schnittstellen Schule/Beruf/Arbeitsleben ist unerlässlich. Durch eine Begleitung in den Phasen des Übergangs können Stärken gezielt gefördert und Schwächen sofort erkannt werden. Diese Angebote sind bei Bedarf um eine gezielte sozialpädagogische Begleitung zu ergänzen. Die Länder tragen Verantwortung dafür, dass

¹²⁴ über die einstellenden Betriebe, die zuständigen Stellen und die Bundesagentur für Arbeit erfasste und als „ausbildungsreif“ eingestufte Jugendliche sowie bei Jobcentern und zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) registrierte Ausbildungsinteressierte

alle Jugendlichen eine Ausbildung erhalten und diese bei fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen auch in berufsbildenden Schulen in Kooperation mit Betrieben absolvieren können (siehe Hamburger Modell).

Der Lernort Betrieb muss in den Mittelpunkt der Berufsvorbereitung gestellt werden. Hierfür ist eine enge Kooperation zwischen Betrieben und den anderen Bildungsinstitutionen notwendig. Kooperationsvereinbarungen zwischen Trägern und Betrieben sollen die Dualisierung der Berufsvorbereitung fördern. Dies ist auch ein Handlungsfeld für geschlechtergerechte Arbeit. Jungen Frauen und Männern muss eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen, auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten, die durch die Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie auch junge Männer oft. Hier muss gegengesteuert werden. Allen Jugendlichen in Berufsvorbereitung muss ein Anschluss in Ausbildung eröffnet werden.

Für Jugendliche, die nicht im ersten Anlauf einen Ausbildungsplatz bekommen, können Tarifverträge neue Möglichkeiten eröffnen. Der Arbeitgeberverband METALL NRW und die IG Metall haben zum Beispiel mit dem Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit (TV FAF) einen neuen Weg in die Berufsausbildung eröffnet. Eine Phase der Ausbildungsvorbereitung verbunden mit einem Ausbildungsvertrag geht in die richtige Richtung.

Einstiegsqualifizierungen (EQ) sollen zur Anwendung kommen, wenn alle anderen Vermittlungsbemühungen gescheitert sind. EQ müssen zielgruppenadäquat eingesetzt werden.

Die Arbeitnehmerbank unterstützt die Initiative von Bund und Ländern, den Aufbau einer integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) auf den Weg zu bringen. In allen Ländern sollen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen Individualdaten erfasst und für die Auswertung zur Verfügung gestellt werden. Das Übergangsverhalten eines Jahrgangs soll damit künftig möglichst vollständig erfasst und transparent dargestellt werden. So wird es in Zukunft möglich sein, Maßnahmen am Übergang differenzierter zu betrachten und zu bewerten. Dadurch wäre auch die Grundlage für eine bessere und kontinuierliche Evaluierung von Bundes- und Landesprogrammen gelegt.

C. Die Qualität der Ausbildung verbessern

Gegenüber dem Vorjahr (22,1 Prozent) ist die Quote der Vertragslösungen auf 23,0 Prozent gestiegen – und das trotz der eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung von Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch. Die verbesserte Ausbildungsmarktsituation im Jahr 2011 erleichtert allerdings auch Abbrüche, weil die Chancen größer sind, wieder einen Ausbildungsplatz zu finden. Dennoch ist diese Quote eindeutig zu hoch. Dabei ist auch der Vergleich mit der noch höheren Quote der Studienabbrecher (24,0 Prozent) weder zielführend noch hilfreich. Die hohen Abbrecherquoten in der Berufsausbildung sind zu analysieren, um den Ursachen auf die Spur zu kommen.

Es ist auch Aufgabe der zuständigen Stellen, die Qualität der Ausbildung in den Betrieben und die „Ausbildungsreife“ der Unternehmen durch eine stärkere Überprüfung und Unterstützungsmaßnahmen zu gewährleisten. Die Doppelrolle der Kammern als zuständige Stelle, die die Qualität der Berufsausbildung zu kontrollieren hat, und als Lobbyverband der Unternehmen schafft Loyalitätskonflikte, die der Qualität der Ausbildung schaden können.

In Zukunft müssen Jugendliche, die bisher keine Chance auf eine Ausbildung hatten, sich beim Einstieg in die Ausbildung auf Hilfen als Regelangebot verlassen können. Jede/-r Auszubildende, bei der/dem das Lernziel gefährdet erscheint, muss eine individuell angepasste Hilfe erhalten. Bei Bedarf müssen eine fachliche und eine sozialpädagogische Begleitung zur Verfügung stehen. Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebot der Berufsausbildung sein, um die Jugendlichen zu unterstützen.

Die Gewerkschaften tragen in Neuordnungsverfahren dazu bei, langfristig berufliche Perspektiven für die Beschäftigten zu sichern. Mit großer Sorge betrachten die Gewerkschaften, dass das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) bezüglich der Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 auf 3 Jahre die Expertise beider Sozialpartner ignoriert.

Das Ministerium erlässt 3,5-jährige Ausbildungsberufe nur noch befristet für fünf Jahre. Nach Ablauf der Frist soll die Rechtsgrundlage für die Ausbildung im betroffenen Beruf erlöschen und neu über die Dauer entschieden werden. Für die Betriebe und Jugendlichen wird damit ein falsches Signal gesetzt: Es entsteht der Eindruck, dass dies Berufe „auf Probe“ sind.

Als Folge dieser Politik des BMWi zeichnet sich bereits jetzt ab: Gewerkschaften und Arbeitgeberfachverbände stellen ihre Pläne zurück, Berufe neu zu ordnen oder sie geben die Neuordnungspläne ganz auf. Konkret zeichnet sich diese Entwicklung ab bei den Flugtechnischen Berufen, dem Gießereimechaniker und beim größten Handwerksberuf, dem Verfahrensmechaniker Sanitär, Heizung, Klima. Das BMWi wird somit zur Innovationsbremse in der beruflichen Bildung.

In Berufen mit regulär zweijähriger Ausbildungsdauer ging die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 1 008 beziehungsweise um 1,9 Prozent zurück. Damit ist der Anteil der zweijährigen Berufe am gesamten Ausbildungsvolumen leicht gesunken (2010: 9,5 Prozent, 2011: 9,1 Prozent). Grund dafür ist der Rückgang der außerbetrieblichen Ausbildung, insbesondere in den neuen Ländern. Denn in den neuen Ländern entfielen 2011 37,0 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen auf überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildungsformen. Im Vorjahr hatte der Anteil noch bei 52,5 Prozent gelegen. Die Gewerkschaften lehnen eine sehr spezialisierte, nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung ab. Sie beeinträchtigt die Flexibilität und Durchlässigkeit des (Berufs-)Bildungssystems und mindert die

Attraktivität und die Qualität. Erfahrungen mit „Kurzausbildungen“ zeigen, dass sie den inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen in der Arbeitswelt nicht entsprechen. Bildungsziele wie Kritikfähigkeit, die Fähigkeit zur Mitgestaltung und Emanzipation bleiben bei verkürzten Ausbildungszeiten häufig außen vor. Alle Berufsabschlüsse müssen auf einer Berufsausbildung mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 3 Jahren basieren.

Die Forderung aus dem Arbeitgeberlager, für vermeintlich praktisch begabte Jugendliche Ausbildungsgänge mit weniger Theorie und einer nur zweijährigen Dauer anzubieten, lehnen die Gewerkschaften grundsätzlich ab. Besonders für benachteiligte Jugendliche muss es statt kürzerer Ausbildungszeiten bessere Förderung geben. Statt einer Anrechnung von zweijährigen Berufen sollte die vom Gesetzgeber im Berufsbildungsgesetz (BBiG) geschaffene Möglichkeit der Stufenausbildung, wie zum Beispiel in der Berufsausbildung der Bauwirtschaft, genutzt werden, um den Jugendlichen eine echte Durchlässigkeit zu gewährleisten.

Im März 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. Diese ist rechtsverbindlich und stellt einen Meilenstein in der Behindertenpolitik dar. Im Sinne der Inklusion ist deshalb auch für Menschen mit Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (gem. § 4 BBiG/§ 25 Handwerksordnung, HwO), im Bedarfsfall unter Zuhilfenahme des § 65 BBiG/§ 421 HwO (Nachteilsausgleich), verstärkt anzustreben.

Für Menschen, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine vollständige Ausbildung in einem anerkannten Beruf nicht in Betracht kommt, können die zuständigen Stellen auf Antrag der behinderten Menschen oder ihrer gesetzlichen Vertreterinnen oder Vertreter Ausbildungsregelungen entsprechend den Empfehlungen des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung erlassen. Um die Qualität in diesem Bereich zu sichern, sollten unter Einbindung der Sozialpartner mehr bundesweite Musterregelungen erarbeitet und alte Kammerregelungen außer Kraft gesetzt werden.

D. Weiterbildung ausbauen

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen: Der demografische Wandel führt zu einem starken Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet bis 2020 mit einem Rückgang von 1,8 Millionen Menschen in diesem Personenkreis. Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen führt zu steigenden Anforderungen an die Beschäftigten. All diese Entwicklungen machen eine gezielte Weiterbildung unabdingbar.

Wichtige Aspekte sind hierbei die kontinuierliche Weiterbildung in Unternehmen, die BA- geförderte Weiterbildung für Arbeitslose sowie die Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer/-innen und Geringqualifizierte. Gerade deshalb sind die teils drastischen Kürzungen im Weiterbildungshaushalt der BA kontraproduktiv – sowohl für

die Sicherung des Fachkräftebedarfs als auch für die nachhaltigen Beschäftigungschancen der Menschen. Notwendig wären vielmehr ein massiver Ausbau der abschlussbezogenen Weiterbildung und ein echtes Programm der „Zweiten Chance“ für das Nachholen eines Schul- beziehungsweise Berufsabschlusses.

Zudem ist eine Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung überfällig. Zurzeit leben in Deutschland rund 7,5 Millionen funktionale Analphabeten im Alter von 18 bis 64 Jahren. 57,0 Prozent der funktionalen Analphabeten sind berufstätig, rund 6,0 Prozent befinden sich in einer Ausbildung. Diese Zahlen zeigen: Analphabetismus ist ein Problem, das die Mitte der Gesellschaft betrifft – und gehört deshalb in die Mitte der Bildungspolitik. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen den Analphabetismus ist die „Skills for Life“-Strategie aus Großbritannien. Dort hat der Staat mit rund 3,6 Milliarden Euro massiv in die Alphabetisierung investiert und insbesondere die Kursangebote drastisch ausgebaut. Das Ergebnis: Die Zahl der Analphabeten ist signifikant gesunken. So ging die Quote im Alpha-Level 4 um 11,0 Prozent zurück. Die von Bund und Ländern verabschiedete Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung bleibt weit hinter den Anforderungen zurück. Vor allem die Länder haben sich nicht auf einen konkreten Ausbau der Kursangebote verpflichtet. Das Engagement der Bundesländer muss deshalb dringend massiv ausgebaut werden. Auch die Betriebe müssen sich mehr in Sachen Alphabetisierung und Grundbildung engagieren.

Seit langem besteht in der Bildungspolitik Konsens, dass die Teilnahme an der Weiterbildung zu steigern ist. Dennoch stagniert die Beteiligung in Deutschland seit Jahren. Mehr noch: Auch im Weiterbildungssystem zeigt sich eine starke soziale Spaltung. Geringqualifizierte Menschen, Teilzeitbeschäftigte und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind deutlich unterrepräsentiert. Auch international vergleichende Studien stellen Deutschland ein schlechtes Zeugnis in Sachen Weiterbildungsbeteiligung aus: Es reicht nur für einen Platz im hinteren Mittelfeld der europäischen Länder; weit hinter den Spitzenreitern aus Skandinavien, aber auch noch hinter den meisten westeuropäischen Staaten.

Um die Teilnahme am lebensbegleitenden Lernen zu steigern, ist der Ausbau eines flächendeckenden Beratungssystems nötig. Es sollte am Subjekt orientiert, geschlechts- und kultursensibel sein und so dazu beitragen, bisher benachteiligte Personengruppen in lebensbegleitendes Lernen einzubeziehen.

Weiterbildung wird immer wichtiger für das berufliche Fortkommen. So hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren einige Weiterbildungsprogramme initiiert, die die Qualifizierung unterstützen. Mit der Bildungsprämie konnten seit 2008 über 150 000 Prämiegutscheine ausgegeben werden, die Weiterbildungsinteressierte bei ihrer Fortbildung unterstützen. Notwendig wird es allerdings sein, dieses Instrument weiter auszubauen und insbesondere den Zuschuss in Höhe von 500 Euro gerade für Geringqualifizierte weiter zu erhöhen.

Mit den „Meister-BAföG“-Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz hat sich der berufliche Aufstieg für Berufstätige erhöht und trägt so zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung bei. Auch hier gilt es, die Förderleistungen insbesondere für Frauen und Alleinerziehende zu erhöhen. Über die heutige Begrenzung auf Abschlüsse der anerkannten Fortbildung hinaus sollten auch Erstausbildungsabschlüsse und Zusatzqualifikationen in die Förderung einbezogen werden. Beim Zugang zu solchen Angeboten müssen auch die in der Arbeit erworbenen Kompetenzen berücksichtigt werden.

Immer noch fehlen die institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass lebensbegleitendes Lernen selbstverständlicher Teil der Biografie jedes Menschen wird. Deutschland muss umsteuern. Wir brauchen ein wirksames, solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen einen besseren Zugang ermöglicht.

Berufliche Fort- und Weiterbildung muss ein integraler Bestandteil der Personalpolitik in den Unternehmen sein. Nur so können sich ständig wandelnde Anforderungsprofile, technologischer Wandel und neue Fertigungs- und Produktionsprozesse umgesetzt werden. In Unternehmen muss eine echte Weiterbildungskultur verankert werden. Die vorhandenen Qualifizierungstarifverträge müssen als Grundlage für eine systematische Qualifizierungspolitik genutzt werden.

Berufliche Weiterbildung muss sukzessive wieder zum Herzstück aktiver Arbeitsmarktpolitik werden. Die drastischen Kürzungen in 2011 bei der durch die BA finanzierten beruflichen Fortbildung, die gemäß dem Geschäftsbericht der BA 2011 44,0 Prozent im SGB III-Bereich und 29,0 Prozent im SGB II-Bereich im Vergleich zum Vorjahr ausmachen, haben höchst negative Folgen. Hier fordern die Gewerkschaften einen Kurswechsel, denn für die Behebung des Fachkräftemangels und die Integration Benachteiligter in Arbeit ist nicht weniger, sondern mehr berufliche Weiterbildung in angemessener Qualität erforderlich. Mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, dem Programm WeGebAU, der Bildungsprämie oder der ESF-Richtlinie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten (Sozialpartnerrichtlinie) wurden wichtige Akzente gesetzt.

Bundesregelungen für die Weiterbildung sind unverzichtbarer Bestandteil einer neuen Weiterbildungskultur. Länder wie Frankreich, Dänemark und Schweden zeigen, dass mehr öffentliche Verantwortung wichtige Impulse geben kann. In einem Bundesgesetz muss der Staat Rahmenbedingungen setzen für ein Recht auf Weiterbildung, für rechtlich garantierte Lernzeiten, für unterstützende Finanzierung, für mehr Beratung und Transparenz, für Qualitätssicherung und Zertifizierung. Die Arbeitnehmerseite fordert eine Erweiterung der Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung – unter anderem durch die Förderung von Branchenfonds der Tarifvertragsparteien. Für Erwerbslose müssen Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsrecht eingeführt werden. Als weiterführende Maßnahme im Bereich der be-

ruflichen (nicht-betrieblichen) Weiterbildung schlägt die Arbeitnehmerseite vor, über die Arbeitslosenversicherung finanzierte Bildungszeiten in Abhängigkeit von der Dauer der Beitragsleistung einzuführen. Die Arbeitslosenversicherung soll im Sinne einer Beschäftigungsversicherung präventiv weiterentwickelt werden. Eine Verzahnung mit Langzeitarbeitskonten soll eröffnet werden.

Die Finanzierung der individuellen Weiterbildung soll mit einem Erwachsenen-BAföG für das Nachholen eines Hochschulstudiums und beruflicher Abschlüsse gewährleistet werden. Die Teilnahme an der Aufstiegsfortbildung soll wie bisher durch das Meister-BAföG finanziert werden, alle anderen individuellen Weiterbildungsmaßnahmen mit einem einkommensunabhängigen, sozialverträglich ausgestalteten Darlehen.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012

Die Beauftragten der Länder des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung sind der Auffassung, dass der Berufsbildungsbericht 2012 einen umfassenden und fundierten Überblick über die wesentlichen Entwicklungen der beruflichen Bildung in Deutschland gibt. Sie danken der Bundesregierung und dem BIBB für die Erstellung des Berichts.

Die Länderbeauftragten stellen fest:

1. Betriebliche Ausbildung sichert Wohlstand und Wettbewerb in Deutschland und verschafft jungen Menschen eine sichere Berufs- und Lebensperspektive.
2. Die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich für die Bewerberinnen und Bewerber insgesamt deutlich verbessert; regionale und sektorale Disparitäten führen allerdings zunehmend zu Matching-Problemen zwischen Angebot und Nachfrage.

Deshalb fordern die Länderbeauftragten

- von der Wirtschaft, Ausbildung weiterhin attraktiv zu gestalten, sich frühzeitig um Personalentwicklung zu kümmern und Jugendlichen mit schwächeren schulischen Leistungen eine Chance zu geben, um langfristigen Fachkräftebedarf zu decken,
- von der Bundesagentur für Arbeit, Betriebe, die leistungsschwächeren Jugendlichen eine Chance geben, effektiv zu unterstützen und ihren Fokus hinsichtlich der beruflichen Weiterbildung stärker auf abschlussbezogene Maßnahmen zu richten,
- von der Bundesregierung, Programme zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in Ausbildung mit den Ländern besser abzustimmen.

Im Einzelnen:

Insgesamt stellt sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt für die Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber deutlich günstiger als in den Vorjahren dar. Die beiden wesentlichen Gründe dafür sind die verbesserte konjunkturelle Lage in Deutschland sowie der Rückgang

der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der demografischen Entwicklung. Dieser ist in den neuen Ländern doppelt so hoch wie in den alten. Gleichzeitig haben die Betriebe und Verwaltungen zunehmend Probleme, ausreichend Berufsnachwuchs zu finden. Betriebe sind es oftmals nicht mehr gewohnt, Personalentwicklung zu betreiben, da in der Vergangenheit ausreichend Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung standen.

Die duale Ausbildung muss weiterhin attraktiv bleiben, dazu zählt eine hohe Ausbildungsqualität, gute Ausbildungsbedingungen, tarifliche Ausbildungsvergütung und die Übernahme in Arbeit sowie das Wissen über Karrierewege für Frauen und Männer.

Insgesamt sind Unternehmen und Verwaltungen gefordert, auch schwächeren Schulabgängern oder jungen Menschen aus dem sog. Übergangssystem mehr Chancen einzuräumen, um dadurch alle Ausbildungspotenziale zu erschließen. Die Deckung des Fachkräftebedarfs und die gezielte Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen werden in der Berufsbildungspolitik der kommenden Jahre noch stärker in den Vordergrund treten.

Zunehmende Bedeutung gewinnt die Ausbildung in Pflege- und Gesundheitsberufen. Mit einem steigenden Arbeitskräftebedarf gerade in diesem Bereich muss aufgrund der Altersstruktur in Deutschland gerechnet werden. Um ausreichend Fachkräfte zu gewinnen, ist es daher notwendig, das entsprechende Ausbildungsangebot wesentlich zu erhöhen und im Zuge der Neuordnung der Pflegeberufe für junge Menschen die Berufsausbildung attraktiv zu gestalten und die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Die Ausbildung in Pflegeberufen sollte stärker das Prinzip der dualen betrieblichen Ausbildung aufgreifen, um dadurch attraktiver zu werden.

Insbesondere wegen des demografischen Rückgangs ist es zwingend notwendig, alle Bildungskapazitäten und Bildungsreserven zu erschließen. Dabei gilt es, wie auch der Berufsbildungsbericht herausstellt, zunächst die „Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative“ noch intensiver an eine Ausbildung heranzuführen. Zwar ist der Anteil der „Bewerber mit Alternative“ seit 2009 kontinuierlich gesunken, er ist jedoch mit 12,1 Prozent immer noch hoch.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verbesserung des Übergangs Schule–Beruf zu richten. Die Länderbeauftragten verweisen auf die Empfehlung des Hauptausschusses vom 17. Juni 2011 und fordern alle beteiligten Akteure auf, diese zügig und konstruktiv umzusetzen. Der direkte Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf muss gestärkt werden. Grundsätzlich sollen sich Übergangsmaßnahmen nur auf junge Menschen mit schlechten Startchancen konzentrieren mit dem Ziel, eine abschlussbezogene Berufsausbildung anzuschließen.

Hier ist insbesondere die Bundesagentur für Arbeit gefordert, Instrumente zur zügigen Eingliederung in Ausbildung zu entwickeln und umzusetzen. Wie der Bericht zurecht herausstellt, ist der Anteil der Jugendlichen, die keine weitere aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche

nachfragen, mit 85 968 Personen viel zu hoch. Es besteht die Gefahr, dass ein Teil dieser Jugendlichen unbemerkt aus dem Bildungssystem herausfällt – mit negativen individuellen, sozialen und ökonomischen Folgen. Hier ist auch ein Umdenken in der Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit gefordert. So kann ein erheblicher Anteil dieser Jugendlichen noch über die Schulen erreicht werden. Dies setzt aber voraus, dass die Agenturen für Arbeit und die beruflichen und allgemeinbildenden Schulen mit Unterstützung der Wirtschaft noch enger zusammenarbeiten und gemeinsam offensiv auf die Jugendlichen zugehen und sie begleiten.

Auch aufgrund der ungünstigen Ausbildungsstellensituation der vergangenen Jahre verfügen rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen bundesweit über keinen Berufsabschluss. Die negativen Folgen stellt der Bericht zutreffend heraus. Es fehlt jedoch an einem schlüssigen, nachhaltigen und flächendeckenden Konzept, diesen Personenkreis auch in späteren Jahren an einen Berufsabschluss heranzuführen und geeignete Instrumente für die Nachqualifizierung zu entwickeln und zu verstärken. Dieser Personenkreis hat zumeist einen höheren Bedarf für den Lebensunterhalt als Jugendliche, sei es, dass bereits Kinder vorhanden sind oder die Eltern keine Unterstützung leisten können. Daher werden nachträgliche Erstausbildungen in größerem Umfang nur dann erfolgreich sein, wenn die faktische Deckung des Lebensbedarfs durch öffentliche Unterstützung eine größere Bedeutung erhält. Darüber hinaus müssen Konzepte zur beruflichen Qualifizierung von Ungelernten bis hin zum Fachkräfteniveau entwickelt werden.

Aber auch eine Reduzierung der Zahl der Ausbildungsabbrüche, die auf einer Vielzahl von Gründen beruhen, ist zur besseren Ausschöpfung der Ausbildungspotenziale notwendig. Es können Ausbildungswechsel, aber auch endgültige Abbrüche sein. Der Bericht nennt nur Gründe, die in der Sphäre der Auszubildenden liegen, dabei sind branchentypische, unterschiedlich hohe Abbruchquoten statistisch zu belegen. Daher wird eine Untersuchung angeregt, die über einen längeren Zeitraum hinweg alle Aspekte von Ausbildungsabbrüchen beleuchtet und Ansätze für eine Reduzierung bietet. Entsprechend können auch die Gründe für das Nichtbestehen von Abschlussprüfungen untersucht werden.

Bedenklich und langfristig problematisch ist der Rückgang der von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Weiterbildung um rund 30 Prozent im Vorjahresvergleich. Der Rückgang ist ein Indiz dafür, dass die deutlichen finanziellen Einschränkungen durchschlagen. Daher ist die Bundesagentur aufgefordert, ein überarbeitetes Konzept vorzulegen, wie dieser Kernbereich der Berufsbildung stabilisiert und intensiviert werden kann. Der Fokus ist insgesamt stärker auf ab- und anschlussorientierte Maßnahmen zu richten, um dadurch eine nachhaltige Integration in Beschäftigung zu erreichen.

Der Berufsbildungsbericht bietet einen sehr guten Überblick über die vielen bildungspolitischen Maßnahmen und Programme des Bundes. Diese reichen vom Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs bis hin

zum Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen“. So wichtig und hilfreich die jeweiligen Maßnahmen sein können, sie sind in ihrer Vielfalt vor Ort kaum mehr überschaubar. Da viele Projekte zeitlich begrenzt sind, können sie keine Nachhaltigkeit entfalten. Außerdem überschneiden sie sich teilweise mit eigenen erfolgreichen Programmen der Länder, auf die im Bericht nicht eingegangen wird. Auf dieses Problem haben sowohl die Arbeits- und Sozialministerkonferenz als auch die Wirtschaftsministerkonferenz in der Vergangenheit bereits

mehrfach hingewiesen und den Bund gebeten, seine Fördermaßnahmen im Vorfeld mit den Ländern abzustimmen. Die Beauftragten der Länder begrüßen daher die Ankündigung der Bundesregierung im Berufsbildungsbericht 2012, noch im laufenden Jahr mit den Ländern einen strukturierten Abstimmungsprozess zur künftigen Anpassung beziehungsweise Förderung von Maßnahmen im Übergangsbereich aufzunehmen und dabei auch die künftige Förderung aus Bundes- und Länderprogrammen zum Europäischen Sozialfonds einzubeziehen.

